Maneo Lesewerk 1

Standpunkte

Texte zum Thema Homophobie

Resümees zu Diskussionen, die im Rahmen der MANEO-Soiréen geführt wurden.

Maneo

Maneo Lesewerk 1

Standpunkte

Texte zum Thema Homophobie

Bastian Finke (Hrsg.)

Maneo Lesewerk 1

MANEO
Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin
c/o Mann-O-Meter e.V.
Bülowstraße 106
10783 Berlin

Tel. 030 - 216 33 36
Fax: 030 - 236 381 42
E-Mail: maneo@maneo.de
Internet: www.maneo.de

Projektleitung: Bastian Finke

Spendenkonto:
Mann-O-Meter e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Konto-Nr. 312 60 00
Zweck: MANEO/Opferhilfe

Spenden sind steuerabzugsfähig.
Für die Erstellung einer Spendenbescheinigung
bitten wir um Benachrichtigung.

Maneo ToleranzKampagne
Ermöglicht durch die Stiftung
Deutsche Klassenlotterie Berlin

Auf ein Wort
Bastian Finke (Hrsg.) 8

Überblick
Die Themen in der Kurzzusammenfassung 14

1 **Opfer von Gewalt** 17
Pieke Biermann: Bewusstlos im Tiergarten 18
Martin Reichert: Jeder nach seiner Façon 22
Dr. Christian Messer: Viktimisierung von Menschen mit homosexueller Identität bei vorurteilsorientierter Gewalt 27

2 **CSD und das Bewusstsein in den Szenen** 33
Robert Kastl: Schön war's! 34
Andreas Marschner: Findungskrise: CSD-Paraden in der Sinn-Rezession 41

3 **Schwule in den Medien** 55
Martin Reichert: Schwule in den Medien 56

4 **Homosexualität in der Gesellschaft** 69
Jan Feddersen: Feigheit aus Bequemlichkeit 70

5 **Einblicke in die Verfolgungsgeschichte homosexueller Männer** 83
Andreas Prezel: Homosexuelle Männer vor dem Sondergericht in Berlin 84

6 **Ansätze für die Aufklärungsarbeit** 97
Bernard Könnecke: Jungenarbeit – Was bringt sie für den Abbau von Homophobie? 98
Detelf Mücke, Guido Mayus & Ulf Höpfner: Homosexualität – immer noch ein „heißes Eisen“ in der Schule 112
Christian Deker: „Fußball ist alles – auch schwul“. Strategien gegen Homophobie im Fußball 123

MANEO

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zwei große Umfragen hat MANEO unter schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Erwachsenen in den Jahren 2007 und 2008 in Deutschland durchgeführt. Die unerwartet große Zahl von Rückmeldungen hat im ersten Moment alle Erwartungen hinsichtlich der Resonanz übertroffen – so gesehen ein Erfolg. Bei einem genauen Blick auf die Ergebnisse wird aber Erschreckendes offenbar: 2008 haben sich 7.100 Menschen als Gewaltopfer geoutet. Bei 17.500 Rückläufern ist das eine Quote von über 40 Prozent. Bei der Polizei angezeigt wurden aber gerade einmal 10 Prozent der Taten.[1]

Was sagen diese Zahlen nun über das Vertrauen von Homosexuellen in den Rechtsstaat aus? Warum zeigen von bundesweit 7.100 Betroffenen nicht einmal 700 Menschen an, dass sie beleidigt, genötigt oder tätlich angegriffen wurden?

Ein Erklärungsversuch

Von welchen Gewalttaten sprechen wir? Nur einige Beispiele aus den letzten Monaten: Da wird ein schwuler Mann während des Berliner CSDs auf dem U-Bahnhof Nollendorfplatz ins Gesicht gespuckt und als „schwule Sau“ beleidigt; ein schwuler Jugendlicher wird von seinem Vater verprügelt, nachdem der Vater beobachtete, wie der Sohn einen Freund küsste; Drag-Kings werden in Kreuzberg angegriffen; das Homo-Mahnmahl wird wiederholt geschändet; im Tiergarten wird ein schwuler Mann halbtot geschlagen, liegt wochenlang im Koma; im Friedrichshain wird irrtümlich ein Familienvater für schwul gehalten und zusammengeschlagen; ein schwuler Mann wird am U-Bahnhof Hallesches Tor krankenhausreif geprügelt, weil er den scheinbaren Fehler machte, einen Freund zum Abschied zu küssen.

Oberflächlich überwunden geglaubte Homophobie hat eine lange Geschichte, die sich nicht kurzfristig aus den Köpfen der Menschen tilgen lässt. Nur zur Erinnerung: Erst am 17. Mai 1990 wurde Homosexualität als Krankheitsbegriff aus dem Manual psychischer Erkrankungen der WHO gestrichen. In Deutschland blicken wir vor allem auf die 122 Jahre andauernde Verfolgungsgeschichte schwuler Männer durch den Strafparagraphen 175 zurück, den die Nazis benutzten, um Tausende schwuler Männer zu ermor-

1 Die Umfrageberichte wurden veröffentlicht unter: www.maneo-toleranzkampagne.de

den, und der auch nach Ende des Dritten Reiches weitere Tausende schwuler Männer ins Zuchthaus brachte. Dieser Unrechtsparagraph wurde erst 1994 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Mittlerweile haben wir in Deutschland ein Antidiskriminierungsgesetz (AGG), in Berlin eine Landesverfassung, die unter anderem ausdrücklich benennt, dass niemand wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt werden darf.

Einige religiöse Glaubensvertreter predigen leider immer noch Ausgrenzung und Diskriminierung, bis hin zu öffentlichen Mordaufrufen;[2] Aufrufe zu Toleranz sind hier noch immer eine Seltenheit.[3] Und nicht zuletzt die globalen Wanderungsbewegungen führen dazu, dass längst überwunden geglaubte falsche Moralvorstellungen den Nährboden für eine erneute homophobe Saat bilden.

Wir müssen uns immer wieder aber auch selbst die Frage stellen, ob wir die Verantwortung für die Einstellungen kommender Generationen energisch genug übernehmen. Um es ganz deutlich zu machen: Die rechtlichen Rahmenbedingungen bleiben nur leere Hülsen, solang die Umsetzung nicht energisch eingefordert wird. Homosexuelle müssen klar und deutlich vor Diskriminierung und Übergriffen geschützt werden. Dies beginnt auf den Schulhöfen, wo gerade junge Schwule mit den Erfahrungen von Diskriminierung und Alltagsbeleidigungen regelmäßig konfrontiert sind, ebenso in Sportvereinen und freien Jugendeinrichtungen. Solang verantwortliche Erwachsene nicht eingreifen und sich schützend vor Schwule und Lesben stellen, solange werden Schwule und Lesben lernen, dass ihre Identität

2 Das schwule Nachrichtenportal Queer.de berichtet regelmäßig u.a. von religiös-motivierter Diskriminierung und Gewalt gegen Homosexuelle: Der islamische Prediger Anjem Choudary aus Großbritannien rief öffentlich zur Steinigung von Homosexuellen auf (Bericht vom 23.03.09). Der christlich-fundamentalistische US-Senator Scott Renfroe bezeichnete Homosexualität als Sünde gegen Gottes Gesetz und Missachtung des Naturgesetzes. Er verglich Homosexuelle mit Mördern (Bericht vom 25.02.09). Der katholische Priester Gerhard Maria Wagner aus Österreich propagiert die Heilung von Homosexuellen und erklärte, dass Homo-Veranstaltungen Naturkatastrophen auslösen würden (Bericht vom 26.02.09). Papst Benedikt XVI verglich die Ausbreitung von Homosexualität mit der Abholzung des Regenwaldes (Bericht vom 23.12.08). Katholische Gruppen in Polen riefen zum Boykott von IKEA auf, weil in einem neuen Katalog auch ein Homopaar abgebildet wurde (27.11.08). Das evangelikale Jugendfestival „Christival“ bot ein Seminar zur „Heilung“ von Homosexualität an (09.01.08). Eine Bombe explodiert auf der geplanten CSD-Route in Jerusalem. Die Polizei verdächtigt orthodoxe Juden als Urheber. (23.04.07). Der Spiegel berichtete am 07.01.08, dass der Metropolit der russisch-orthodoxen Kirche Kyrill Homosexualität mit der Bibel als Sünde erklärte und Homosexuelle mit Kinderschändern gleichsetzt.

3 Vgl. „Wort der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg am 02.08.1991 zur Gewalt gegen Homosexuelle: ... Wir bitten daher unsere Gemeinden, homosexuelle Mitchristen als Schwestern und Brüder anzunehmen. Wir appellieren an die Menschen in unserem Land, Toleranz gegenüber den homosexuellen Mitbürgern zu üben und ihnen die Furcht vor Verunglimpfung zu nehmen, damit sie ihre gesellschaftliche Prägung nicht verleugnen müssen. Wir fordern die Verantwortlichen in unserer Gesellschaft dazu auf, Maßnahmen zum Schutz von Homosexuellen zu treffen und Gewaltakte gegen sie im Ansatz zu verhindern.“

nicht geschützt wird, dass ihnen fundamentale Menschenrechte aberkannt werden. Dies setzt sich fort, wenn beispielsweise Verwaltungen aus Angst und fehlendem Stehvermögen faule Kompromisse schließen.[4]

MANEO hat in seiner Arbeit genau mit dem Ergebnis dieser Politik zu tun: Hier finden die Opfer Hilfe. Opfer, die wir beraten und unterstützen, sind Jugendliche und Erwachsene, in erster Linie Berliner – in Berlin geborene und zugezogene Menschen deutscher und nicht-deutscher Herkunft – auch Touristen, die Berlin besuchen. Jedes einzelne Opfer verdient es, in seiner individuellen Betroffenheit und Situation erkannt zu werden. Opferhilfearbeit trägt wesentlich zum Genesungsprozess der Betroffenen, ebenso zum sozialen Frieden bei. Wenn Opferhilfearbeit richtig funktioniert – und so erleben wir dann die Betroffenen in unseren Gesprächen – sind sie die letzten Menschen, die nach schärferen Gesetzen und mehr Sanktionen rufen.

Was muss nach der ersten Hilfe für die Opfer geschehen?

Das hohe Dunkelfeld nicht-angezeigter Straftaten macht es erforderlich, vertrauensbildend in den unterschiedlichen Szenen unserer Stadt zu arbeiten, vor allem auch den Tätern das Gefühl zu nehmen, Homosexuelle würden sich nicht wehren, würden bei der Polizei nicht ernst genommen, nicht gleichwertig behandelt. Neben notwendiger, allgemein zu fördernder gesellschaftlicher Aufklärungsarbeit muss vor allem Vertrauensarbeit mit Vorbildcharakter in den Szenen unserer Stadt geleistet werden. Hier kommt Selbsthilfe und Empowerment zum Tragen.

In diesem kriminalpräventiven Bereich war MANEO seit Anbeginn aktiv tätig. Wir haben nie eine passiv abwartende Haltung eingenommen, („Wenn etwas passiert, werden die Opfer schon kommen."), sondern stets „pro-aktiv" gearbeitet, indem wir im Rahmen unserer Vorort-Arbeit stets auf die schwulen Szenen zugegangen, offensiv und selbstbewusst mit Multiplikatoren gesprochen und sie aufgeklärt haben – eben auch mit den Betreibern von Cafés, Lokalen, Veranstaltungsorten, Internet-Foren etc. All diese Räume sind sozial wichtige Räume für die schwulen Szenen.

In zahlreichen Runden Tischen, die MANEO organisiert hat, haben

4 Beispiel: In Berlin tritt ein „Berliner Ratschlag für Demokratie" wieder hinter die Berliner Landesverfassung zurück und verklausuliert die sexuelle Identität als „Lebensweise", die gleich hinter der Benennung von „Kleidung" rangiert. Der Text des „Berliner Ratschlags für Demokratie" lautet: „Berliner Verpflichtung. »Du bist anders als ich. Ich respektiere dich.« »Ich bin anders als du. Respektiere mich.« Wer andere Menschen wegen Aussehen, Hautfarbe, Sprache, Herkunft, Religion, Kleidung oder Lebensweise herabsetzt oder ausgrenzt, trifft auf unseren Widerstand. Wir zeigen Gesicht...."

wir die Polizei miteingebunden und so dazu beigetragen, dass Vertrauen in den schwulen Szenen gegenüber der Polizei wachsen konnte. Dies war ein mühsamer Prozess, für den wir in der Vergangenheit aus einem mittlerweile randständigen Szenespektrum heraus wiederholt heftig kritisiert wurden, weil wir in den letzten 20 Jahren immer wieder sogenannte Tabubrüche vollzogen haben, indem wir Anfang der 1990er-Jahre beispielsweise damit angefangen hatten, in der Polizei nicht länger ein Feindbild zu suchen – eben weil sich deren Rolle auch mit der Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen verändert hatte. Wir sind auf die Polizei zugegangen, haben einen kritischen Dialog begonnen und Formen der Zusammenarbeit gesucht. Diese Form der Zusammenarbeit beinhaltet, dass wir einerseits auch weiterhin Kritik üben werden, wenn beispielsweise Verhalten von Polizeibeamten dazu Anlass geben, dass wir aber andererseits auch Anerkennung aussprechen, wenn beispielsweise der Berliner Polizeipräsident die Regenbogenflagge vor dem Präsidium hisst und nach Protesten innerhalb der eigenen Behörde das Gespräch mit den Kritikern sucht.

Einen weiteren (vermeintlichen) Tabubruch hat es gegeben, als wir Staatsgelder für die Förderung einer Antidiskriminierungs- und Emanzipationsarbeit eingefordert haben, ohne jedoch unsere kritische Haltung gegenüber der Verwaltung aufzugeben. Und wir haben schließlich unter dem Motto „Empowerment“ Bündnisse mit der Wirtschaft, eben auch mit der schwullesbischen Wirtschaft gesucht, als wir das Lesbisch-Schwule Stadtfest und weitere Initiativen begründet haben.

Diese Form der vernetzenden Gewaltprävention muss weiter ausgebaut werden. Vor allem muss das Selbstbewusstsein der Szenebesucher weiter gestärkt werden, Gewalttaten zu melden, Strafanzeige zu erstatten und damit den Tätern die Sicherheit zu nehmen, Schwule würden sich nicht wehren, nicht zu ihrem Recht kommen. Bedrohlich wird es dann, wenn diese Unterstützung seitens Politik und Verwaltung ausbleibt, wenn gerade auch Hassgewalt gegen Homosexuelle nicht beim Namen genannt und diese Gewalt nicht regelmäßig verurteilt wird – eben weil damit die Signale und der Signalcharakter verloren gehen, dass es der Gesellschaft ernst ist, den Schutz von Homosexuellen sicherzustellen.

Auf unseren drei europäischen Fachkonferenzen zum Thema „Homophobie und schwulenfeindliche Gewalt im öffentlichen Raum“, die wir in Berlin organisierten, haben wir wiederholt die Gründe diskutiert, die dafür verantwortlich gemacht werden müssen, warum das Anzeigeverhalten unter schwulen Männern so niedrig ist und was dagegen getan werden kann. Denn in den vielen Diskussionen, die wir im politischen Umfeld, mit der Verwaltung und mit der Polizei geführt haben, ist uns immer wieder erklärt

worden, dass abseits von spektakulären Vorfällen erst Zahlen (d.h. bei der Polizei angezeigte Vorfälle) dazu führen, dass Gewalt als Problem wahrgenommen, eben auch homophobe Gewalt ernst genommen wird.

Maneo bewegt

MANEO ist ein Projekt, das neben der Opferhilfearbeit noch drei weitere Kernbereiche miteinander verbindet. Dies sind die Bereiche „Meldestelle", „Gewaltschutz und –prävention" und „Engagement". Deren Zusammenwirken setzt bereits vielfältige Synergiekräfte frei. Die Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements betrachten wir dabei ganz bewusst als eine tragende Säule – nicht zuletzt, weil der größte Teil unserer Anti-Gewalt-Arbeit gar nicht finanziert wird und wir somit auf die Unterstützung durch viele ehrenamtliche Helfer angewiesen sind. Aufgrund der finanziellen Förderungspraxis – im letzten Jahr haben wir für unsere Projektarbeit € 66.000 erhalten, weitere € 10.000 müssen wir jährlich als Eigenmittelanteil erwirtschaften – sind wir in Anbetracht der großen Herausforderungen schon immer darauf angewiesen gewesen, ehrenamtliche Mitarbeiter für unsere Arbeit zu finden. Sie einzuarbeiten, regelmäßig zu schulen, ihren Einsatz zu koordinieren und ihre Arbeit zu begleiten, erfordert ebenfalls Zeit und Einsatz.

Ehrenamtliche Mitarbeiter zu gewinnen gelingt uns, weil unser Projekt, weil unsere tägliche Arbeit, weil das MANEO-Projektmanagement überzeugt. So auch der „Gewinn" der MANEO-Toleranzkampagne: Gemeinsam haben wir eine Plakatkampagne anlässlich der Fußball-WM 2006 realisiert, unsere Präsenz auf dem CSD und dem von uns 1992 gegründeten Lesbisch-Schwulen Stadtfest gesichert, zwei Kino-Spots mit der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin (dffb) entwickelt, drei internationale Fachkonferenzen in Berlin in Zusammenarbeit mit unseren Partnerorganisationen aus Frankreich, Polen und Spanien organisiert, die beiden Aufsehen erregenden, wissenschaftlich begleiteten Umfragen durchgeführt sowie zahlreiche öffentliche Diskussionsrunden, eine Wanderausstellung „Zeugnisse schwulenfeindlicher Gewalt", mehrere Events rund um den Internationalen Tag gegen Homophobie, eine Vielzahl von Informationsmaterialien und Handreichungen und die MANEO-Jahres- und Fachzeitschrift IMPULS initiiert.

Mit unserer Kampagne haben wir für das Thema Homophobie und Hassgewalt in Berlin sensibilisiert. Ergebnis sind Demonstrationen und Mahnwachen nach homophoben Übergriffen in Berlin. Ergebnis ist außerdem ein im Berliner Abgeordnetenhaus von Berlin eingebrachter „Aktionsplan gegen Homophobie" von Bündnis 90/Die Grünen und ein daraufhin von den Regierungsparteien SPD und Linkspartei eingebrachter Änderungs-

antrag mit dem Titel „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“. Die MANEO-Toleranzkampagne, anfangs noch als kaum zu stemmendes Mammutvorhaben milde belächelt, betrachten viele nun mit Staunen.

In diesem vorliegenden Lesewerk sind viele unterschiedliche Aspekte der Projektarbeit versammelt. Sie sollen eine Anregung für die weitere Auseinandersetzung mit homophober Gewalt sein und die vielen noch offenen Fragen nachzeichnen, deren Beantwortung eine enorme gesellschaftliche Herausforderung darstellt.

MANEO will dazu weiterhin seinen Beitrag leisten und ist auf breite gesellschaftliche Unterstützung angewiesen – auch auf Ihre!

*Bastian Finke**
MANEO-Projektleiter

* *Bastian Finke, Diplom Soziologe. Seit 1990 Projektleiter und Fachberater für Opferhilfe bei MANEO. Weiterbildung zum Mediator in Strafsachen, Psychotraumatherapeut (HeilPG) und Entspannungstrainer (AT/PMR). Gründer und Leiter des Lesbisch-Schwulen Stadtfestes Berlin (1993-1998).*

Kurzzusammenfassung

Eine Auswahl der zwischen 2006 und 2009 im Rahmen der öffentlichen Talkrunde MANEO-Soirée behandelten Themen ist nun in dem vorliegenden 140-seitigen MANEO-Lesewerk dokumentiert. In den von MANEO ausgerichteten Talkrunden haben zahlreiche Fachpersonen und Akteure Ursachen und Folgen von Homophobie und Gewalt sowie Ansätze und Strategien zur Überwindung diskutiert. Zwölf Autorinnen und Autoren haben für MANEO die geführten Diskussionen nachgezeichnet, Positionen herausgearbeitet, nachgefragt und einen vertiefenden Blick in die Materie vorgenommen.

Mit ihrer hintergründigen Reportage „Bewusstlos im Tiergarten“, die einen homophoben Übergriff aus dem Sommer 2008 nachzeichnet, hatte die damalige Polizeireporterin des *Tagesspiegel*, Pieke Biermann, für Verstimmung im Berliner Polizeipräsidium gesorgt, legte sie doch eklatante Missstände im Ermittlungsverfahren offen (Seite 18). Dabei ist für Kriminalitätsopfer das Ernstnehmen durch die Polizei von erheblicher Bedeutung, wie nochmals Martin Reichert in seinem Portrait „Jeder nach seiner Façon“ herausarbeitet (Seite 22). Dr. Christian Messer, Facharzt für psychotherapeutische Medizin, beschreibt die weitergehenden Folgen der „Viktimisierung von Menschen mit homosexueller Identität bei vorurteilsorientierter Gewalt“ (Seite 27).

„Schön war's!“, überschreibt Robert Kastl, Geschäftsführer des Berliner CSD e.V. und Geschäftsführer der auf Gay Marketing spezialisierten Agentur Publicom, seinen Essay in Anlehnung an die mitunter oberflächliche Berichterstattung auch und gerade in schwulen Medien über die zuvorderst politischen CSD-Demonstrationen – die jährlich in aller Welt stattfindenden CSDs gelten als Errungenschaft im Kampf um rechtliche Gleichstellung und bürgerliche Freiheiten (Seite 34). Der Journalist Andreas Marschner schreibt denn auch über deren „Findungskrise“ angesichts des schwierigen Balanceaktes zwischen politischer Demo und kommerzieller Party, insbesondere vor dem Hintergrund medialer Mechanismen, und verortet so manche „CSD-Paraden in der Sinn-Rezession“ (Seite 41).

Der Frage, warum die schwulen Medien in den 1990er-Jahren und noch am Anfang dieses Jahrzehnts versagt haben, Homophobie als Problem zu erkennen und zu thematisieren, geht Journalist, Autor und *taz*-Redakteur Martin Reichert in seinem Beitrag „Schwule in den Medien“ nach (Seite 56).

Als „Feigheit aus Bequemlichkeit“, so der Titel, bezeichnet Journalist und *taz*-Redakteur Jan Feddersen das vielfache Versagen von Politik und Verwaltung, wenn es darum geht, Homosexuellen Sicherheit über ihre erkämpften Rechte zu gewährleisten. Die Folgen – Unsicherheit und zunehmende Unzufriedenheit in den schwulen Szenen – sieht er denn auch in direktem Zusammenhang (Seite 70).

Der Historiker Andreas Pretzel macht in seinem historischen Aufsatz „Homosexuelle Männer vor dem Sondergericht in Berlin“ einen Zeitsprung bis in die 1930er-Jahre zurück und zeichnet die Geschichte der Verfolgung unter dem § 175 StGB, der noch bis in die frühen 1970er-Jahre praktizierte männliche Homosexualität unter Strafe stellte und erst 1994 ersatzlos gestrichen wurde (Seite 84).

Die Geschichte der Verfolgung und Diskriminierung homosexueller Männer scheint in unserer Gesellschaft überwunden. Rechtliche Rahmenbedingungen wurden geändert, Gleichbehandlung wird mittlerweile per Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) eingefordert. Trotzdem tut sich Aufklärungsarbeit in unserer Gesellschaft schwer.

Der Jungenarbeit attestiert Diplom-Politologe Bernard Könnecke, Mitarbeiter von Dissens e.V. und derzeit vorwiegend im Fortbildungsbereich tätig, noch immer zu viele vertane Chancen und fragt: „Was bringt sie für den Abbau von Homophobie?“ Neben seiner fundierten Kritik des Verharrens auf heterozentristischen Positionen zeigt er anhand von Beispielen aus der praktischen pädagogischen Arbeit Wege auf, wie Jungenarbeit dem Auftrag gerecht werden kann, unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Lebensweisen Rechnung zu tragen und Diskriminierung aktiv entgegenzuwirken (Seite 98).

Die Autoren Detlev Mücke, Guido Mayus und Ulf Höpfner, alle drei in der AG Schwule Lehrer der GEW Berlin tätig, schlagen in ihrem Beitrag „Homosexualität – immer noch ein ‚heisses Eisen’ in der Schule“ eine Brücke zwischen Theorie und Praxis, indem sie in ihre Analyse der Qualität, Verbreitung und Akzeptanz aufklärenden Unterrichtsmaterials gleichsam fundierte Einschätzungen und Erfahrungen aus ihrer praktischen Arbeit einfließen lassen (Seite 112).

Christian Deker, Journalist und als Fußball-Aktivist eine der treibenden Kräfte beim DFB-Toleranzbildungsprozess, resümiert unter dem Titel „Fussball ist alles – auch schwul“ Strategien gegen Homophobie im Fußball und deren Hürden (Seite 123).

1 Opfer von Gewalt

Pieke Biermann:
Bewusstlos im Tiergarten 18

Martin Reichert:
Jeder nach seiner Façon 22

Dr. Christian Messer:
Viktimisierung von Menschen mit homosexueller Identität bei vorurteilsorientierter Gewalt 27

Bewusstlos im Tiergarten

*von Pieke Biermann**

Die Schriftstellerin Pieke Biermann erzählt über Kriminalität in Berlin, und dabei immer wieder auch über Gewalt gegen Schwule. Diesmal geht es um einen Überfall im Tiergarten, bei dem ausgerechnet die Berliner Polizei – Vorreiter in Sachen Toleranz und Sensibilisierung – am eigenen guten Image kratzt.

Sammy Meyer hat in seinem 48-jährigen Leben schon einiges eingebüßt. Gleich bei der Geburt sein eigenes Blut: Es musste ausgetauscht werden. Später seinen Beruf, Matrose der Binnenschifffahrt – „die Elbe rauf und runter, die Oder bis Stralsund, nur der Westen war tabu“: Mit drei Dialysen pro Woche geht das nicht. 1996 büßt er seine ganze kranke Niere ein, aber das ist mal Glück: Er bekommt eine neue transplantiert. Seine Mutter stirbt an dem Nierenleiden, das sie ihm vererbt hat. Sein Vater setzt sich im heimatlichen Nordbrandenburg mitsamt der Scheune in Brand und hinterlässt nur eine Jacke. Im Frühjahr 2008 stirbt sein Bruder, und ein lieber Freund in Niedersachsen hängt sich auf.

In der Nacht vom 10. auf den 11. August 2008 erleidet Sammy Meyer Verluste, von denen er sich bis heute nicht erholt hat und vielleicht nie erholen wird. Seitdem fehlen ihm Monate – im Gedächtnis. Und bis heute weiß niemand genau, wie das kam. Klar ist: Es geschah in Berlin, an einer bestimmten Stelle im Tiergarten.

Hier wird Sammy Meyer kurz nach Mitternacht gefunden. Die Polizeipressemeldung Nr. 2408 vom 11.8. verzeichnet drei Gewalttaten an diesem Ort – „Gegen 23 Uhr 45 griffen drei Unbekannte einen Obdachlosen (...) an. Der 50-Jährige hatte sich dort mit seinem Hab und Gut zur Ruhe gelegt, als ihn zwei der drei Täter ohne jede Vorwarnung schlugen und traten. Der dritte Täter durchsuchte die Sachen des Mannes und nahm persönliche Gegenstände und eine Taschenlampe an sich. Anschließend flüchtete das Trio in unbekannte Richtung. Kurz nach Mitternacht überfielen erneut drei Unbekannte einen 46-Jährigen (...). Gegen 0 Uhr 10 leuchtete einer der drei dem Mann mit einer Taschenlampe ins Gesicht und schlug zu, als der 46-Jährige sich das verbat. Durch weitere Schläge und Tritte ging er zu Boden. Die bei-

---

* *Pieke Biermann, geboren 1950, lebt seit 1976 in Berlin als Schriftstellerin und Übersetzerin. Ihre Romane (POTSDAMER ABLEBEN, 1987; VIOLETTA, 1990; HERZRASEN, 1993; VIER, FÜNF, SECHS, 1997) bekamen dreimal hintereinander den „Deutschen Krimipreis“, haben Berlin als Ort deutschsprachiger Literatur wiederentdeckt und wurden ins Englische, Französische und Italienische übersetzt. In ihnen tut auch der vermutlich weltweit erste schwule Kriminalkommissar Dienst. Ihre Kriminalreportagen für den „Tagesspiegel“ und „RBB-Inforadio“ erschienen 2008 als Buch, DER ASPHALT UNTER BERLIN und 2009 als CD BERLINER VERBRECHEN.*

den Komplizen des Angreifers nahmen Bargeld aus den Hosentaschen des Geschädigten. Anschließend flüchteten die Täter in unbekannte Richtung. Alarmierte Polizeibeamte fanden im Rahmen ihrer Ermittlungen wenig später einen am Boden liegenden Mann mit einer Kopfverletzung. Der 48-Jährige lag in einem Gebüsch und war nicht ansprechbar. Die Feuerwehr brachte ihn in ein Krankenhaus. Die genauen Tatumstände sind ungeklärt. In allen drei Fällen könnte es sich um dieselbe Tätergruppe handeln."

Die Ermittlungen übernimmt die Kripo der örtlichen Direktion 3: VB III 1, ein Raubkommissariat. Noch in der Nacht erfährt MANEO von den Vorfällen durch einen anonymen Anrufer. Bastian Finke, der Leiter der schwulen Opferhilfe, nimmt Kontakt zur Kripo auf und bekommt für zwei der Täter detaillierte Beschreibungen. MANEO setzt nachmittags die erste Pressemeldung ab. „Weil wir natürlich im höchsten Maße daran interessiert sind, weitere Zeugen zu finden", sagt Finke. Und weil andere Cruiser gewarnt werden müssen, denn für MANEO ist klar: „Den Opfern wurde nachts gezielt aufgelauert an einem Ort, der zu der Zeit bekannt dafür ist, von Schwulen als Cruising-Gebiet genutzt zu werden. Die Annahme, die Täter seien rein zufällig in dieses abgelegene Areal des Parks gekommen, ist höchst unwahrscheinlich. Die Täter drangen gezielt ins Cruising-Gebiet ein, um Schwule anzugreifen. Ein solcher Angriff ist als homophob zu bewerten."

In der Polizeimeldung weist nichts darauf hin. Obwohl die Berliner Polizei seit 1990 einen „Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen" hat, heute Teil der Zentralstelle für Prävention des Landeskriminalamts (LKA Präv). Obwohl seit 2001 Delikte der Vorurteils- oder Hasskriminalität, die homophobe Angriffe explizit einbezieht, als „politisch motivierte Taten" bundesweit dem Staatsschutz gemeldet werden sollen. Und obwohl das DEUTSCHE FORUM KRIMINALPRÄVENTION 2003 feststellt, dass „der Botschafts- und Aufforderungscharakter der Vorurteilskriminalität klare Unterstützungssignale an die Opfer und ein striktes Vorgehen gegen die Täter" fordert, die „ganz besondere symbolische Bedeutung" des Strafrechts betont und dessen „konsequente Anwendung" anmahnt.

„Erstens schwules Opfer, zweitens Schwulentreff und drittens Raubüberfall, also homophobe Gewalt – so einfach ist das nicht, sondern die Frage muss unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles geprüft werden", gibt der Berliner Polizeipräsident zu bedenken. Genau die scheinen aber für einen homophoben Hintergrund zu sprechen, zumal Sammy nicht beraubt wurde. Dieter Glietsch, der zum Zeitpunkt des Gesprächs den

Fall nicht kannte, weist aber auch auf die notwendige besondere Sensibilität im Umgang mit bestimmten Opfern hin: „Das gilt gerade für Gewalt gegen Angehörige von Gruppen, die sich besonders verfolgt fühlen mussten in der Vergangenheit, bei denen wir wissen müssen, dass ein Misstrauen gegenüber der Polizei auch Ursachen hat, die die Polizei in früheren Jahrzehnten selbst gesetzt hat und die noch nicht beseitigt sind.“ Die Gruppe sind schwule Männer, die Ursachen die Nachbeben des §175. Effektive Polizeiarbeit ist das beste Gegengift gegen solches Misstrauen. „In jedem Fall haben wir allen Grund, innerhalb der Behörde dafür zu sorgen, dass keine Fehler gemacht werden und homophobe Gewalt als solche erkannt und bearbeitet wird“, sagt Dieter Glietsch, „denn das, was dadurch an Vertrauen im Einzelfall verloren geht, hat Rückwirkungen auf die gesamte Szene.“

Sammy Meyer verliert irgendwann im Oktober 2008 noch etwas – eben jenes Vertrauen in die Arbeit der Polizei. Das liegt an zwei Fragen: Warum ist er bis heute nicht von der Polizei befragt worden? Und warum hat die Polizei sein Auto erst gefunden, nachdem es zweimal umgesetzt worden war? Die erste Frage stellt er Bastian Finke, als der ihn am 30. Oktober besucht, um die ersten Schritte für die Opferentschädigung mit ihm zu besprechen. „Ich dachte, vielleicht haben die gar nicht mitbekommen, dass er wieder zu sich gekommen ist“, sagt Finke.

Sammy war nach über zwei Monaten im Virchow-Klinikum – zwischen Koma, Operationen, wachen Phasen mit ersten Gehversuchen und einem künstlichen Koma, aus dem er Anfang Oktober erwachte – Mitte Oktober in eine Reha-Klinik nach Wandlitz verlegt worden. Er hatte ein Schädelhirntrauma mit Jochbein- und Augenhöhlenbruch erlitten, danach einen Herzinfarkt, er war reanimiert worden, konnte lange nur unverständlich sprechen, und in seiner Erinnerung klafft ein tiefes Loch. Aber schon im Virchow hatte er mehrmals Besuch von Freunden, und manchmal war er da auch ansprechbar. Freunde helfen ihm heute, sachte die Lücken zu füllen. Sie wissen, dass er an jenem Sonntag mittags von einem Besuch im niedersächsischen Northeim mit seinem Auto nach Leipzig gefahren ist, um einen Freund abzusetzen, unterwegs einen Reifen wechseln musste und von Leipzig aus nach Hause fahren, aber in Berlin noch ins Kino wollte. Er könnte am frühen Abend in Berlin angekommen sein, den Film gesehen und danach, spätabends, noch einen Sprung „auf die Szene“ gemacht haben. Sammy ist schwul. Cruisen ist ihm allerdings schon länger viel zu gefährlich. „Und was mich wundert“, sagt er heute, „ich hab Brieftasche und alles im Auto gelassen.“ Was nicht seine Art ist. Vielleicht wollte er nur kurz austreten? Jedenfalls stellt er das Auto auf der Straße des 17. Juni ab.

Weil es auch nicht seine Art ist, sich nicht von zu Hause zurückzumel-

den – er ist schwerbeschädigt –, werden die Freunde aktiv. Monika gibt in Northeim per Internet am 15. August eine Vermisstenanzeige bei der Brandenburger Polizei auf. In der kommt auch das Auto vor. In Sammys Heimatort ist eine Stunde später eine Funkstreife bei seiner Adresse. Kein Auto. Monika telefoniert mehrmals mit der dortigen Polizei und dann mit einer Nummer in Berlin, die ihr die Brandenburger geben, damit sie da nochmal selber „Dampf machen" kann. Die Nummer gehört VB III 1. Sie ruft am 17. August an. Man sagt ihr, sonntags sei nur eine „magere Besetzung" da, notiert aber ihre Frage, ob das Auto in Berlin in der Fahndung sei, und das Aktenzeichen ihrer Internetanzeige. Montag bekommt sie einen Rückruf von VB III 1, die Sachbearbeiterin sagt ihr, sie habe die Internetanzeige gelesen, und verspricht, sich zu kümmern. Monika weiß inzwischen, was mit Sammy passiert ist, und sorgt sich, dass sein Auto womöglich unter der Woche im Halteverbot steht. Denn das muss dicht beim Tatort stehen. All das erzählt sie der Kommissarin von VB III 1 in diesem Gespräch. Danach hört sie nichts mehr aus Berlin.

Am 26. September stellt Bastian Finke die Auto-Frage noch einmal bei VB III 1. „Und da war man ein bisschen überrascht", erzählt er, „weil man gar nichts wusste von einem Auto, wollte sich aber gleich drum kümmern." Just an diesem Tag wird Sammys Auto zum zweiten Mal umgesetzt. Beide Umsetzungen erfolgten, weil da, wo es stand, wegen einer Veranstaltung kurzfristig Parken verboten war, bei keiner haben die Beamten den Halter abgefragt. Müssen sie auch nicht, es hatte kein Berliner Kennzeichen. Aber auch die Stelle, an der Umsetzungen datenverarbeitet werden, war anscheinend nicht informiert darüber, dass dieses Auto die Kripo interessiert – es könnte immerhin Hinweise auf die Täter enthalten, DNA-Spuren gar. Vielleicht haben sie es gestohlen – Sammys Autoschlüssel ist bis heute weg? Vielleicht hat der zarte, lebenslustige schwule Mann in den mittleren Jahren die drei jungen Männer vorher aufgegabelt und mitgenommen?

Bei Sammy trudeln die Gebührenbescheide ein, über dreihundert Euro soll er auch noch einbüßen, unter Androhung von Vollstreckungsverfahren und weiteren Kosten. Sicher gehen kann er immer noch nicht, und auch seiner Sprache hört man noch an, dass er sie mühsam zurückerobern musste.

Die beiden Fragen, die Sammy belasten und in der Szene Unruhe auslösen, konnte auch mir niemand beruhigend beantworten. Dieter Glietsch konnte zum konkreten Fall nichts sagen, Uwe Löher vom LKA Präv verwies mich an VB III 1. Diese Dienststelle allerdings war für mich nicht direkt erreichbar, die Leiterin der Polizeipressestelle übernahm die Beantwortung selbst. „Eine Fahndungsmeldung für das Auto kam nie in Berlin an", sagt Heike Nagora, „und der Geschädigte war ja nicht mehr vermisst, als er im

Krankenhaus lag.“ VB III 1 habe „am 26. September durch einen Anruf von Sebastian Finke vom schwulen Überfalltelefon zum ersten Mal von einem Auto gehört.“

Die andere Frage beantwortet sich für die Zeit nach Ende Oktober von selbst. Da hatte, laut Nagora, VB III 1 die Akte abgeschlossen und an die Staatsanwaltschaft geleitet. „Schwerer Raub nach § 250 StGB“ zu drei unbekannten Tätern, „auf die es keine brauchbaren Hinweise“ gab. Warum die Kripo Sammy nicht vorher mal befragt hat, konnte mir niemand sagen. „Auch wenn er sich an die Tat nicht erinnern kann“, seufzt Bastian Finke, „es hätte ihm zumindest deutlich gemacht, dass die Polizei auf seiner Seite ist, ihn ernst nimmt, und das wäre für ihn hilfreich gewesen.“ Denn Sammy Meyer ist ein Verbrechensopfer aus einer Gruppe von Menschen, die nicht nur aus historischen Gründen „im Kopf, im Herzen davon ausgehen: Ich werde angegriffen, weil ich homosexuell bin“, wie Dieter Glietsch sagt, „und bei denen deshalb die Polizei auch die Verpflichtung hat, alles zu tun, um Vertrauen aufzubauen und erarbeitetes Vertrauen nicht zu gefährden.“

© Pieke Biermann 2009.

Zuerst erschienen in „Der Tagesspiegel“ (Berlin) am 17. Januar 2009.
Mit freundlicher Genehmigung.

Jeder nach seiner Façon

*von Martin Reichert**

Opfer homophober Gewalt sind traumatisiert – und brauchen und finden individuelle Bewältigungsstrategien. Schon ein unterschiedlicher Jahrgang kann einen Unterschied ums Ganze ausmachen.

Jeder Mensch ist anders und hat entsprechend individuelle Bedürfnisse – was selbstverständlich auch für Schwule gilt. Gemeinsam ist ihnen ihre gleichgeschlechtliche Orientierung, die sie aufgrund gesellschaftlicher Stigmatisierung zu potentiellen Opfern homophober Gewalt macht – was

* *Martin Reichert, Jahrgang 1973, ist Redakteur der taz, Kolumnist, Buchautor und veröffentlicht regelmäßig Artikel in schwullesbischen Publikationen. Er lebt mit seinem Lebensgefährten in Berlin und dem brandenburgischen Kremmen.*

jedoch nicht bedeutet, dass sie mit einem solchen Übergriff auf die gleiche Art und Weise umgehen. Es sind zum einen persönliche, aber auch darüber hinaus gehende Faktoren, die die Einordnung und Verarbeitung eines gewalttätigen Übergriffs mitbestimmen und eine spezifische Betreuung und Unterstützung erforderlich machen. Ein Bisexueller, der in einer Ehe lebt und seine Sexualität nur heimlich lebt, steht in einer solchen Situation vor anderen Problemen als ein offen Schwuler. Ein Opfer mit einem anderen kulturellen Hintergrund häufig ebenfalls, zum Beispiel wenn er sich selbst vor allem in familiären oder traditionellen Zusammenhängen begreift, in denen ein homophob motivierter Überfall prinzipiell so tabuisiert ist, wie der mann-männliche Akt an und für sich.

Doch auch offen lebende Schwule, zum Beispiel in Berlin, können nicht über einen Kamm geschoren werden, zum einen, weil sich „die Szene" längst in spezifischere Unter-Milieus ausdifferenziert hat, zum anderen, weil schon eine unterschiedliche Generationenerfahrung einen großen Unterschied in der Bewältigung ausmachen kann. Während relativ junge, in die Phase der Liberalisierung hineingeborene Opfer häufig regelrecht schockiert auf einen Übergriff reagieren, der sie im Kern ihrer Identität verletzt, haben sich bei älteren Schwulen zum Teil Reaktionsmuster bzw. Verhärtungen etabliert, die eine emotionale Verarbeitung erschweren. Auch die Sichtweise in Bezug auf Polizei und Justiz ist häufig eine andere.

„Die Polizei? Bitte? Die haben uns doch früher immer bespitzelt", antwortet Helmut Arens spontan auf die Frage, ob er sich bei der Polizei gut aufgehoben gefühlt habe, nachdem er überfallen worden war. Arens, Jahrgang 1950, lebt seit 40 Jahren in Berlin – und war von Anfang an dabei bei der Homobewegung: „Mit einer Handvoll Homos auf einer Demo im Wedding. Und dann rufen die Leute: ‚Euch müsste man vergasen!' – und werfen mit Steinen." Der Soziologe, früher bei der Deutschen AIDS-Hilfe tätig und selbst an AIDS erkrankt, hat schon vieles gesehen – und der letzte gewalttätige Übergriff auf ihn war keineswegs der erste, sondern einer von vielen in seiner Geschichte als schwuler Mann: „Das sind Wellen, das passiert immer wieder. Und jetzt ist anscheinend gerade wieder eine Generation von Jungmännern in dem Alter, in dem sie sich ausprobieren müssen", sagt er lakonisch und liefert dazu eine Anekdote: „Ende der Achtziger haben die mal regelrecht Jagd auf Leute gemacht, die aus dem Dandy-Klub in Neukölln kamen. Die sind mit Autos auf einen zugerast, zum Teil über den Grünstreifen in der Mitte der Fahrbahn hinweg."

Helmut Arens hat einen kühlen Blick auf die Dinge. Mit leiser, unaufgeregter Stimme erzählt er von dem letzten Überfall, der ihm mehrere Knochenbrüche und Hämatome am ganzen Körper eingebracht hat. Wie aus

dem Nichts sei der Junge auf ihn zu gerannt. Ein Schlag ins Gesicht, „Du schwule Sau“, er ging zu Boden, der junge Mann trat nach. Es ging alles viel zu schnell, Arens konnte, anders als beim Mal zuvor, überhaupt nicht reagieren, sich nicht wehren: „Das Problem bestand darin, dass ich an diesem Morgen zu schwach war. Mir ging es gesundheitlich nicht gut, gleichzeitig hatte ich mich auf den Besuch meiner Tochter gefreut und war emotional sehr offen – unvorsichtig. Das alles zusammen hat mich zu einem idealen Opfer gemacht.“ Helmut Arens beharrt ehern, fast stählern auf der Ebene des Rationalen, wenn er über diese Vorfälle spricht. Wellen, die über einen kommen. Auswüchse einer Gesellschaft, die unter immer stärkeren Spannungen steht und sich Ventile sucht. Vom Psychologisieren hält er nicht viel.

Und von der Polizei erwartet er auch kein Verständnis: „Das sind normale Bürger, die interessieren sich für ihre Familie, Autos und Hunde. Schwule sind ihnen egal, das ist doch auch normal.“ Er erwartet von der Polizei einfach nur, dass sie ihren Job macht: „Es ist doch offensichtlich, dass es hier rund um den Nollendorfplatz nachts eine Sicherheitslücke gibt. Warum stellen die hier nachts keine Wanne hin? Früher habe ich immer gesagt: Bullen raus aus dem Kiez! Heute sage ich: Bullen rein in den Kiez.“ Dass man in einer Metropole mit Gewalt rechnen muss, setzt er einfach voraus. Doch er räumt auch ein: „Blöd ist es nur, wenn man zum Opfer wird, klar.“ Helmut Arens wirkt wie jemand, der von den Menschen nicht mehr viel erwartet – schon, um sich zu schützen. Für ihn ist das Ganze auch ein Kampf: „Denen räume ich nicht das Feld. Das ist hier mein Zuhause, das ist mein Viertel.“ Wie nebenbei erklärt er zum Abschied: „Manche Leute finden mich anscheinend unsympathisch, ich mache die regelrecht aggressiv. Dabei bin ich doch eigentlich ein netter, freundlicher Mensch.“

Genau so ein netter, freundlicher Mensch wie Holger. Holger ist 34, von Beruf Innenarchitekt und könnte vom Alter her der Sohn von Helmut Arens sein. Und auch Holger ist vor kurzem zum Opfer geworden: „Ich hatte immer nur überlegt, wie ich reagiere, wenn ich Zeuge eines Überfalls werde, wie ich einschreiten oder helfen könnte. Dass ich selbst zum Opfer werden könnte, das hätte ich nie gedacht. Ich hätte auch nicht gedacht, dass der Typ wirklich zuschlägt“, erzählt er. Der Überfall ist jetzt ein halbes Jahr her, und dass der Täter wirklich zugeschlagen hat, ist für Holger eine immer noch spürbare Tatsache. Der Kiefer war gebrochen, und noch immer kann Holger seinen Mund nicht ganz öffnen, die Knochen knirschen, es funktioniert alles noch nicht richtig.

Das alles ist ihm widerfahren, weil er einem Freund zum Abschied in der U-Bahn einen Kuss gegeben hat. „Ey, hast du gerade meinen Freund angemacht, oder was?” Zwei Jungmänner mit Migrationshintergrund, die mit

in der Bahn unterwegs waren, fühlten sich von diesem Kuss provoziert. Es blieb nicht bei den üblichen Beschimpfungen, sondern endete mit einem Kieferbruch, ausgelöst durch einen harten Schlag ins Gesicht.

Anders als Helmut Arens hatte Holger zunächst keine Vorbehalte gegenüber der Polizei – gut behandelt fühlte er sich im folgenden trotzdem nicht, von Anfang an. Die mitreisenden Fahrgäste hatten sich durchgängig vorbildlich verhalten, alle waren mit ausgestiegen und standen Holger mit Anteilnahme und Trost zur Seite, hatten sofort Krankenwagen und Polizei alarmiert. Wer nicht kam, war die Polizei. Erst später fand sie den Weg ins Krankenhaus, bis zur Aufnahme der Zeugenaussage vergingen drei Wochen. Als Holger dem Täter erneut in der U-Bahn begegnete, informierte er die Behörden, veranlasste, dass die Video-Aufnahmen von der gemeinsamen Bahnfahrt gesichtet werden sollten. Die Aufnahmen sind auch bei der Polizei, allerdings fehlt es ihr an der geeigneten Technik, um das Material zu sichten. Auch wenn die Polizeibeamtin, der er seine Zeugenaussage zu Protokoll gab, sehr nett war, hat Holger bis heute nicht das Gefühl, dass die Beamten die Aufklärung dieser Straftat mit aller gebotenen Energie betreiben: „Es wäre leichter, wenn Ihnen ein Handy gestohlen worden wäre“, hatte man ihm erklärt. Trotz einiger Gesetzesänderungen in den letzten Jahren liegt das Hauptaugenmerk von Polizei und Justiz noch immer auf Eigentumsdelikten – und dass es sich bei diesem Überfall um einen homophoben Übergriff gehandelt hatte, war der Aufmerksamkeit der Polizeibeamten zunächst völlig entgangen. Erst als MANEO mit Hilfe von Pressemitteilungen für Aufmerksamkeit gesorgt hatte, am Tatort, dem U-Bahnhof Hallesches Tor, eine Mahnwache veranstaltet worden war und der Polizeipräsident durch die Presse auf den Vorfall aufmerksam wurde, reagierten die Beamten: „Die haben mich spüren lassen, dass sie sauer waren wegen des medialen Rummels. Aber das ist doch nun wirklich nicht mein Fehler, sondern ihrer.“

Tröstlich bei allem Ärger ist für Holger, dass er sich ansonsten insgesamt gut aufgefangen fühlte, sowohl von seinem sozialen Umfeld als auch von MANEO: „Nach dem Überfall hatte ich vier Freunde per SMS informiert. Ich musste ja ins Krankenhaus und wusste nicht, wie es weitergeht. Ich hatte Angst, allein in dieser Situation zu sein. Nur wenig später waren alle meine Freunde bei mir im Krankenhaus.“ Sie waren es auch, die ihn überhaupt auf MANEO aufmerksam gemacht hatten, das schwule Überfalltelefon, eine Errungenschaft jener Generation von Homobewegten, der auch Helmut Arens angehört, und die viele jüngere Schwule zum Teil nur dem Namen nach kennen: „Ich wusste gar nicht, dass die einem auch helfen. Die Gespräche mit Bastian Finke waren eine große Unterstützung. Ich hatte zum Beispiel Alpträume – und Bastian hat mir klar gemacht, dass das zum

Verarbeitungsprozess gehört und ich das zulassen muss."

Holger stammt aus Wittenberge in Brandenburg. Sein Coming-out ist vergleichsweise harmonisch verlaufen. Seine Eltern, politisch engagiert in der SPD, fordern mittlerweile, nach anfänglicher Irritation und Sorge, dass sich ihre Partei gefälligst stärker um die Belange von Schwulen und Lesben kümmern sollte, was Holger „total süß findet". Trotzdem ist ein gewisses Maß an Homophobie auch für Holger stets „normal" gewesen. Blöde Sprüche, ein gezischtes „Du schwule Sau", das gehörte für ihn, der auch in Halle und Leipzig gelebt hat, selbstverständlich dazu: „Besonders in ostdeutschen Städten ist das noch immer so. Es sind auch gar nicht nur Nazis mit Glatze, sondern ganz normale Bürger." In Gewalt mündeten diese Aversionen allerdings bislang noch nie. „Das ist schon seltsam, wenn man plötzlich anfängt, darüber nachzudenken, wie man sich in der Öffentlichkeit verhält." Dank der Unterstützung aus seiner Umgebung ist er in dieser Beziehung schon ein großes Stück weitergekommen: Er hat sich den Kuss zum Abschied nicht nehmen lassen. Er fährt weiterhin U-Bahn. Er möchte sich nicht beschränken lassen.

Was ihn zutiefst überrascht hat, war, wie viele seiner Freunde und Bekannten selbst schon zu Opfern von Gewalt und Beschimpfungen wurden, ohne dass sie je ein Wort darüber verloren hätten: „Ich glaube, das Coming-out ist tatsächlich ein lebenslanger Prozess. Viele von uns, mich mit eingeschlossen, schämen sich und glauben, dass sie selbst schuld sind, wenn sie attackiert werden. Weil sie sich zu offen gezeigt haben oder am ‚falschen Ort' waren. Dabei ist das genau so, als ob man einer Frau, die vergewaltigt wurde, vorwirft, dass sie einen Minirock anhatte."

Das Feld geräumt haben weder Helmut Arens noch Holger – doch der Weg zu dieser Selbstbehauptung war für beide ein anderer. Es gibt Beschädigungen, die nicht in der Notaufnahme im Krankenhaus „repariert" werden können. Sie zu vermeiden oder zu heilen ist eine Aufgabe, die alle Menschen angeht.

Viktimisierung von Menschen mit homosexueller Identität bei vorurteilsorientierter Gewalt

*von Dr. Christian Messer**

Der Begriff der Viktimisierung wird in den Sozialwissenschaften kontrovers diskutiert. Praktisch wird er in Verbindung mit der Zuschreibung oder dem Erleben einer Opferposition konnotiert und verwendet. Die Bedeutung für den Einzelnen erschließt sich aus der jeweiligen Integration und Verarbeitung des Opfererlebens im individuellen psychodynamischen Kontext.

Was bedeutet das für die Entwicklung eines Menschen mit homosexueller Identität?

Wenn es um Viktimisierung von Menschen mit homosexueller Identität geht, muss genauer betrachtet werden, inwieweit die Entwicklung und Entfaltung der homosexuellen Identität an sich bereits ein konflikthaftes Geschehen darstellt und somit für den Fall einer späteren Traumatisierung eine Sollbruchstelle sowohl für die intakte Persönlichkeitsentwicklung als auch für die psychische Stabilität bildet.

Hier gilt, wie in der Psychogenese ganz allgemein: Wiederkehrende und atmosphärisch konstante – und damit prägende – Mikrotraumatisierung, also problematische Haltungen (etwa der Elternpersonen oder Repräsentanten derer Sozialisation) gegenüber einer Person über einen längeren Zeitraum während der psychischen Entwicklung und Reifung dieses Individuums, sind erheblich prägender – und im ungünstigen Fall dann auch schädlicher – als einmalige, als Traumata sehr viel leichter erkennbare Ereignisse. Problematische Haltungen der Beziehungsumgebung in sensiblen Entwicklungsphasen bereiten den Boden für eine spätere Verletzungsbereitschaft.

In aller Regel drängt sich eine homosexuelle Identität mit Beginn der Pubertät im 13. bis 15. Lebensjahr ins Bewusstsein; bei einigen setzt dieser Prozess bereits in der sogenannten Latenzphase ein, also etwa mit Beginn der Schulzeit. Individuen, die in einer explizit homophoben Umgebung aufwachsen, in der etwa „beiläufig“ entsprechend abwertende Äußerungen (meist in Form von Witzen oder Erzählungen) wiederkehren, entwickeln eine hohe Verletzbarkeit des Selbstwerterlebens. Unter dieser Vorausset-

* *Der Autor Dr. Christian Messer ist 45 Jahre alt und als Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie in eigener Praxis in Berlin tätig (www.praxis-messer.de). Er ist wissenschaftliches Beiratsmitglied bei MANEO.*

zung kann einer aufkeimenden Vermutung, prinzipiell oder partiell „falsch“ zu sein, Vorschub geleistet werden. Es bedarf in der Folge eines hohen Ich-Aufwandes, um die konflikthafte Coming-Out-Situation zu bestehen. Die Integration gelingt dann meist nach erheblicher innerpsychischer Konfliktbewältigung und nur in der in diesem Prozess gefestigten inneren Überzeugung, doch im Grunde „in Ordnung“ zu sein.

Die Entfaltung der homosexuellen Identität fällt in die Zeit der Pubertät, die von Hause aus eine konflikthafte Umbruchsituation darstellt, eine Zeit, in der sich Identität festigt. Zur Festigung der eigenen Identität bedarf es der Vorbilder in der Umgebung, anhand derer eine konstruktive Auseinandersetzung möglich ist. Dazu gehört selbstverständlich auch die pubertär-rebellische Bekämpfung der Leitfiguren, die letztlich für die Ausbildung einer persönlichkeitsprägenden eignen, gefestigten Position und den tragfähigen Boden für die weitere Entwicklung sorgt.

Diese notwendigen Vorbilder stehen bei jungen Menschen mit homosexueller Entwicklung nicht oder in einer nicht förderlichen Weise zur Verfügung. Zunächst gibt es in der Regel eben keine homosexuelle Vorbildfigur im engeren Familienkreis oder solche Personen sind als „andersartig“ stigmatisiert. Erschwerend kann zu diesem Umstand des Vorbildmangels in der Familie hinzukommen, dass sich Eltern enttäuscht abwenden, da ihre Erwartungen an das geschlechtsspezifische Rollenverhalten ihres Kindes (z.B. „dem Sportler-Vater ein guter Sportsfreund zu werden“) nicht erfüllt werden. Erwarten die Eltern, dass die geschlechtliche Identität ihrer Kinder automatisch die sexuelle Identität formt und wird eine Hinterfragung oder gar das In-Frage-Stellen solch eines Zusammenhangs aus Gründen der Abwehr- oder des Verständnismangels nicht zugelassen, entsteht auf diese Weise nicht selten ein fundamentales Gefühl des Alleine-Gelassen-Seins bei den jungen homosexuellen Menschen; gerade auch dann, wenn die bisherige Entwicklung durch eine empathische Beziehungserfahrung geprägt war.

Die in den Medien exponierten homosexuellen Persönlichkeiten eignen sich nur bedingt zum Vorbild, da sie im Falle einer Betonung der homosexuellen Identität (oft im Unterhaltungssektor) sehr häufig einer homosexuellen Klischeevorstellung entsprechen, was eine fruchtbare innere Auseinandersetzung – im Sinne eines Leitbildes – oft eher erschwert. Diese öffentliche Darstellung von Homosexualität ist möglicherweise der Ausdruck des allgemeinen Wunsches, dass Homosexuelle ein von Heterosexuellen unterscheidbares Bild abzugeben haben, was im Dienste der Abwehr gedeutet werden kann. Bei anderen prominenten homosexuellen Personen wird die sexuelle Identität öffentlich nach wie vor möglichst ausgeblendet, ebenfalls ein Abwehrmechanismus.

Die gesellschaftlich auf verschiedenen Ebenen allenthalben zu beobachtende Abwehr homosexueller Identität führt bei den homosexuellen Heranwachsenden zu inneren Konflikten und möglichen Problemen bei der Entwicklung eines stabilen Identitätserlebens. Die Abwehr der Umgebung ermöglicht und etabliert eine heterosexistische bis homophobe Außenwelt. Im schlechtesten Fall werden die eigenen unerwünschten homophilen Tendenzen eben im Außen an homosexuell identifizierten Menschen bekämpft, die für das Erleben der eigenen Impulse verantwortlich gemacht und – wenn nötig gewaltsam – zur Rechenschaft gezogen werden.

Eine echte Viktimisierung homosexueller Menschen entsteht also durch eine Remobilisierung der eigenen innersten Ablehnungs-Befürchtung, in aller Regel ausgelöst durch abfällige Bemerkungen auf der Straße, am Arbeitsplatz oder in einem anderen alltäglichen Kontext. Dabei setzt die Viktimisierung oft bereits im Stadium vor dem Coming-Out ein. „Schwul" ist ein beliebtes und gängiges Schimpfwort unter Schülern und oft genug trifft die Angriffslust hochsensibel reagierender pubertierender Horden den „Richtigen". Weiter geht die offene Diskriminierung danach auf der Straße, mit Abwertungen, Beschimpfungen und – nicht zuletzt – mit tätlichen Angriffen.

Diese Remobilisierung zuvor gehegter Identitätsängste hat – so lassen Ergebnisse neuester Befragungen vermuten – bei Schwulen ganz besondere Relevanz: 1/3 der Befragten (Maneo-Umfrage) bestätigt, sich jedes Jahr regelmäßig derartigen Konfrontationen ausgesetzt zu sehen, was auf eine relevante Wiederholungswahrscheinlichkeit schließen lässt. Dieser wiederkehrenden traumatischen Verunsicherung müssen eine sehr gefestigte Identität und Ich-Stärke gegenüberstehen, damit eine Beeinträchtigung der Persönlichkeitsentwicklung im Weiteren erfolgreich abgewehrt werden kann. Selbstredend können Gewalterfahrungen – genau wie andere Extremtraumata – je nach psychodynamischer Entwicklung des Betroffenen alle Formen der posttraumatischen Belastungs- oder Persönlichkeitsstörung auslösen.

Die klinische Erfahrung in der psychosomatisch-psychotherapeutischen Behandlung homosexueller Patienten bestätigt, dass jene im Vergleich zu heterosexuellen Patienten ungleich stärker der Viktimisierung ausgesetzt sind, eben aufgrund der sexuellen Identität. In diesem Zusammenhang ist die von Zizek (vgl. Zizek, Slavoj: „Liebe Dein Symptom wie Dich selbst", Frankfurt/M. 1991) aufgestellte Hypothese, dass das postmoderne Subjekt zu einem narzisstischen Selbstverhältnis neigt, bei dem es sich gern in seiner selbstgewählten Opferrolle darstellt, zu problematisieren, auch wenn aktuelle mediale Diskussionen immer wieder einen derartigen

Kontext bei der homosexuellen Viktimisierung zu suggerieren suchen. Die klinische Praxis weist vielmehr einen hohen Anteil homosexueller Patienten auf, die während der Pubertät in eine Außenseiterrolle geraten und sich mehr oder weniger verunsichert zurückziehen. Hierbei ist nicht immer leicht zu entscheiden, wie stark der verunsichernde und viktimisierende Prozess der sexuellen Identitätsentwicklung dabei eine Rolle spielt. Doch bleibt zu bemerken, dass die soziale Integration oftmals nach dem Wechsel in weniger homophile Umgebungsbedingungen gut gelingt, was eindeutig gegen primär verunsicherte Persönlichkeiten und vielmehr für primär viktimisierende Bedingungsfaktoren spricht.

Bei vorurteilsorientierter homophober Gewalt tritt also zumeist neben dem allgemeinen Traumaerleben (wie z.B. Erschütterung des Selbst- und Wertverständnisses, Verzweiflung, Hilflosigkeit und Zusammenbruch der Abwehrmechanismen) eine zusätzliche und spezielle Selbstwertverletzung ein: eben die Bestätigung der mehr oder weniger bewussten Befürchtungen, die aus den tendenziell heterosexistischen bis homophoben Entwicklungsbedingungen herrühren.

Dabei handelt es sich zudem oft um komplexe Traumasituationen, die eine Viktimisierung etablieren. Bei tätlichen Angriffen entsteht in aller Regel ein additives Trauma, etwa durch gleichzeitige Beschimpfung und körperliche Verletzung. Aber auch kumulative (z.B. Beschimpfungen, Diskriminierung am Arbeitsplatz, Kündigung, wirtschaftliche Not) oder sequentielle Traumasituationen sind bei vorurteilsorientierter Gewalt häufig.

Sequentiell entstehen die Traumata häufig durch die viktimisierende Haltung der zur Hilfe herbeigerufenen (oder aufgesuchten) Exekutiven. Dabei wäre eine unterstützende Haltung und ein sich als Hilfs-Ich sich zur Verfügung stellen in einer Situation, in der die Abwehr völlig zusammenbricht, essentiell notwendig, um genau diese Abwehr und damit die seelische Stabilität wieder herzustellen. Dahingegen befördert die gleichgültige bis vorwurfsvolle Haltung, denen Gewaltopfer nicht selten ausgesetzt sind, die Ausbildung klinisch relevanter und zum Teil schwerer Störungsbilder. Je nach vorherbestehender Persönlichkeit entstehen so alle möglichen neurotischen Störungen (etwa im Rahmen von Selbstwert- oder allgemein Über-Ich-Konflikten) bis hin zum Vollbild der posttraumatischen Belastungs- und Persönlichkeitsstörung.

Auch politisch korrekte Lippenbekenntnisse benennen in aller Regel den Abwehrcharakter homophob aggressiver Handlungen nicht und lassen diese damit unbeschadet. Dabei ist kaum zu verstehen, dass es offenbar eine große Angst gibt, religiös und kulturell bedingte viktimisierende Regelwerke und tabuisierte Sexualpraktiken – die genau im oben beschriebenen

Abwehrsinne zu homophoben Einstellungen führen und so viel Unheil und Unglück anrichten – mutiger öffentlich zu benennen: Auch so wird Viktimisierung auf einer gesellschaftlichen Ebene Vorschub geleistet.

Umso wertvoller bleibt die Arbeit von Opferhilfen, wie Maneo, die in ganz erheblichem Ausmaß hier schadenbegrenzend und nachhaltig hilfreich eingreifen können. In diesem Rahmen sei auch erwähnt, dass seit Januar 2009 Fachärzte für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie Sprechstunden anbieten können, in denen Opfer schnelle und angemessene Hilfe erfahren können, ohne gleich – wie das zuvor nur möglich war – eine Richtlinienpsychotherapie machen zu müssen. Neben den Vorteilen bezüglich versicherungsrechtlicher Aspekte (z.B. dass nach einer Richtlinienpsychotherapie keine Möglichkeit mehr besteht, eine Berufsunfähigkeitsversicherung oder private Krankenversicherung abzuschließen) gewährleisten die neuen Behandlungsmöglichkeiten einen noch sensibleren Umgang mit dem Problem der Viktimisierung homosexueller Menschen bei vorurteilsorientierter Gewalt.

2 CSD und das Bewusstsein in den Szenen

Robert Kastl:
Schön war's! 34

Andreas Marschner:
Findungskrise: CSD-Paraden in der Sinn-Rezession 41

Schön war's!

*von Robert Kastl**

Die Homopresse lässt an den CSDs kaum ein gutes Haar. Überall nur nackte tanzende Männerkörper zwischen Bierwerbung und Kosmetikpröbchen. Keine Politik, keine Inhalte, Scheiß-Mottos und drittklassiges Bühnenprogramm. Es stellt sich die berechtigte Frage: Ist der CSD wirklich so schlimm, wie ihn die Homomedien darstellen?

„Nackte Jungs. Die schönsten CSD-Fotos" titelte im Juli 2007 die *Siegessäule*, das Berliner schwullesbische Stadtmagazin, das den Berliner CSD regelmäßig für fehlende Inhalte, zu viel Kommerz und zu viele Partys kritisiert. Im Heft fand sich dann unter der Überschrift „Schön war's!" das, was auf dem Cover angekündigt war: Fotos von (halb)nackten Jungs, Transen und Szene-Promis; sogar die Bild-Zeitung brachte da mehr Inhalte. Der genannte Bericht ist – in leicht übersteigerter Form – durchaus exemplarisch für die CSD-Berichterstattung in den deutschen Homomedien. Eine freche Ausrede für derart mangelnde journalistische Tiefe wäre die Behauptung, dass die CSDs eben so sind und die schwullesbischen Medien daher auch nur so berichten können.

Nur Fummel und Fleisch?

Tatsache ist, es gibt sie auf allen CSDs: die aufgetakelten Transen, die gestählten Muskelschwuppen, die angeleinten Ledertypen und die lautstarken Wagen für die lokale Homo-Disco. Und das ist auch gut so. Doch sie alleine sind noch lange nicht der CSD. Wenn Homomedien das tatsächlich behaupteten, wäre das eine schallende Ohrfeige mitten ins Gesicht der vielen politischen Gruppen, die sich Jahr für Jahr redlich bemühen, neben den Disco-Trucks ihre Botschaften zu kommunizieren. Sieht man sich die Teilnehmerlisten der CSDs an, merkt man schnell, dass die „politischen" Gruppen wie der LSVD, Beratungsvereine, die Homoorganisationen der Parteien und Gewerkschaften, MigrantInnengruppen, HIV- und AIDS-Projekte und nicht-kommerzielle Freizeitgruppen wie schwullesbische Sportvereine, Leder- und Fetischgruppen, Bären, Transen, Biker und Jugendgruppen die klare Mehrheit bilden vor den CSD-Partybetreibern, Homokneipen oder – oh Graus – den Heterosponsoren, die sich übrigens schon seit Jahren kaum mehr

* *Robert Kastl ist Herausgeber des CSD Magazin und Geschäftsführer des CSD Berlin. Der gebürtige Wiener bereist in Homo- und CSD-Angelegenheiten die Welt und hat in Berlin seine Heimat gefunden.*

mit eigenen Wagen blicken lassen. Bezieht man noch die vielen (heterosexuellen) ZuseherInnen der CSDs mit ein, muss man den nackten Jungs, Transen und Disco-Wagen schon fast hinterherlaufen, um ein Foto zu bekommen.

Außerdem wäre jegliche Rechtfertigung der Titten-Transen-Promi-Berichte eine Kapitulation der Homomedien vor dem Kommerz, zu dem sie als Szene-Unternehmen ja auch selbst gehören. Derartiger Boulevardjournalismus ist natürlich mitverantwortlich für die fortschreitende Entpolitisierung des CSDs. Denn es stellt sich die Frage nach dem Huhn und dem Ei. War zuerst die poppig, unpolitische Berichterstattung mit Party- und Kosmetiktipps oder die poppig, unpolitische Gestaltung des CSD mit Partys und Kosmetikproben? Wen wundert, wenn sich im Zeitalter von Deutschland sucht den Superstar sonst eher durchschnittliche Homosexuelle zum CSD in Fummel und vor jede Kamera werfen, um vielleicht einen Moment des Ruhmes im Fernsehen oder eben nur in der lokalen Homo-Gazette zu ergattern. Die Medien sind natürlich dankbar – die Homomedien auch. An diesem Punkt kommt die Verantwortung der Homomedien ins Spiel. Sind sie nicht das Sprachrohr der gesamten Community und nicht nur der kommerziellen Szene? Sind sie nicht in der journalistischen Pflicht, auch die Inhalte und Gruppen am CSD zu beleuchten, die nicht mit 10.000 Watt durch die Straßen wummern oder Anzeigen für die große CSD-Party am Abend buchen?

Der schwullesbische Feiertag …

Doch bevor wir uns der schwullesbischen CSD-Berichterstattung widmen, ist eine kurze Bestandsaufnahme der heutigen Ausgestaltung der CSDs und der Erwartungen der Community angebracht. Die Zeiten, in denen 300 zersprengte Transen und Hardcore-AktivistInnen die Aufhebung des Paragraphen 175 forderten, sind zum Glück vorbei. Der CSD heute ist für die meisten Schwulen und Lesben ihr Feiertag, ihr schwullesbisches Weihnachten. Man feiert im Kreise der schwullesbischen Familie die Geburt der modernen Homobewegung. Man feiert sich selbst, doch man besinnt sich auch – so ist das nun mal mit Feiertagen – der Ursprünge und der Inhalte des CSDs. Daraus entspringt die berechtigte Forderung nach mehr Politik, nach vollständiger Gleichstellung in der Gesellschaft und nach Inhalten jenseits der Disco-Trucks, Biersponsoren und Kosmetikproben. Der CSD und Weihnachten müssen sich gegen den Kommerz behaupten, ohne den es sie in der Form nicht gäbe. Was wäre Weihnachten ohne Geschenke, Tannenbäume, Weihnachtsfeiern und Glühwein? Und was wäre ein CSD ohne Transen, Muskelmänner,

große Trucks und Partys? Doch Weihnachten ist auch die Zeit, in der gemeinnützige Organisationen die meisten Spenden für den guten Zweck sammeln, und der CSD ist für viele Gruppen eine der wenigen Möglichkeiten, sich einer breiteren Öffentlichkeit zu zeigen und ihre Anliegen zu transportieren.

... und was wir alle draus machen

Die meisten Schwulen und Lesben wollen, so zeigen es die Rückmeldungen aus der Community an die Veranstalter und nicht zuletzt auch das Verhalten der Community am Tag X, ihren Feiertag mit Spaß, Freude, Party und Alkohol begehen – der politische Anspruch ist zwar da, aber die Arbeit damit sollen doch bitteschön die anderen haben. Deshalb jammern nicht nur die CSD-Veranstalter, wie schwierig es ist, Schwule und Lesben zu finden, die sich womöglich ehrenamtlich oder für kleines Geld an der Organisation beteiligen sollen. Auch die Gruppen und Vereine der Stadt ächzen, mit welchen persönlichen Entbehrungen und/oder Kosten die Organisation von Infoständen, Paradenwagen, Politworkshops, Konferenzen und dergleichen verbunden sind. Hand aufs Herz: Was hast Du beim letzten CSD gemacht? Jetzt ist noch Zeit sich zu engagieren! Bastele ein Transparent! Demonstriere! Organisiere eine Gruppe! Hilf dem Verein Deiner Wahl mit Standdiensten am Straßenfest! Oder spende für den LSVD-Wagen! Wie? Keine Zeit? Kein Bock? Kein Geld? Die Community besteht eben aus mehr als ein paar AktivistInnen, die sich unbeirrt dem politischen Kampf für volle Gleichstellung verschrieben haben.

Alle CSD-Veranstalter der Welt haben mit dieser Entwicklung zu kämpfen. Sobald die Veranstaltungen etablierter und größer sind, keine CSD-Verbote, Neonazi-Schlägertrupps oder die Angst der Schwulen und Lesben selbst einen erfolgreichen CSD verhindern, hält der Kommerz Einzug. Schon sind sie da, die zahlreichen CSD-Specials, die CSD-Partys, die CSD-Trucks mit 19,90 Euro Unkostenbeitrag für Musik, Alkohol und Spaß. Bringt das die eigentlichen Inhalte der CSDs um? Nein, Weihnachten ist ja auch noch nicht am Einzelhandel zu Grunde gegangen. Ganz im Gegenteil: Was täte der Einzelhandel ohne Weihnachten? Genau dasselbe wie eine CSD-Party ohne CSD – zumachen! Und die CSD-Veranstalter reagieren auf diese Wachstums- und Etablierungstendenzen einerseits mit Selbstbeschränkungen wie Werbeverboten oder -einschränkungen auf der Parade und andererseits, indem sie aktiv neue CSD-Elemente erfinden, die sich Cologne-/ Berlin-/ Hamburg-Pride oder so ähnlich nennen und hinter denen sich Kulturfestivals, Diskussionen, politische Veranstaltungen, Ausstellungen, aber auch Konzerte, Partys und immer auch politische Mottos, Kampagnen und Preise für schwullesbische Zivilcourage verbergen.

Das Konzept der CSDs kann aber nur aufgehen, wenn die Medien die Vielfalt der verschiedenen Inhalte, Veranstaltungen und Gruppen auch transportieren. Insbesondere die Homo-Medien müssten sich doch eigentlich dankbar auf politische Vorgaben zum CSD stürzen. Doch der Blick in die deutschen Homo-Gazetten vermittelt ein ganz anderes Bild.

Kurz, knackig, kommerziell

Bei den Gratis-Stadtmagazinen ist der Platz für redaktionell inhaltliche Berichterstattung sehr beschränkt. Das liegt daran, dass sie zu 30 bis 50 % aus Anzeigen, daneben einem umfangreichen Termin- und Adressteil, sicherlich auch teilweise kommerziell motivierten Tipps zu Kultur, Musik, Filmen, Veranstaltungen und Szeneinterna bestehen, und daneben eben wenig Platz für Politik und Hintergründe bleibt. Dann kommen noch die Veranstaltungsdetails zum und rund um den CSD, wie Partys, Bühnenprogramm und Paradenroute und damit ist meist Schluss. Uns interessiert, was die Stadtmagazine berichten, wenn doch einmal ein paar Seiten für CSD-Hintergründe übrig bleiben. Ganz extrem inhaltsfreie Berichte wie das eingangs erwähnte Beispiel der nackten Jungs der Zeitschrift *Siegessäule* sind zum Glück eher selten. Der *hinnerk* in Hamburg begleitet den CSD praktisch das ganze Jahr immer wieder kritisch, aber durchaus konstruktiv in zahlreichen Artikeln, etwa wie der CSD politischer gemacht werden kann. Besonders die Initiative einer CSD-Plattform wird wohlwollend begleitet, und ganz im Vorübergehen wird auch über die Vereine berichtet, die sich an der Plattform beteiligen und inhaltlich ausfüllen.

Selbst dünnere Stadtmagazine, die noch weniger redaktionellen Platz haben, schaffen durchaus eine inhaltliche Auseinandersetzung mit politischen CSD-Themen. Die gab in Frankfurt schreibt sich die Polen-Unterstützung des Frankfurter CSDs auch auf die eigenen Fahnen und berichtet nicht nur über die politischen Hintergründe in Polen, sondern auch über die CSD-Aktion, polnische Schwule und Lesben zum Frankfurter CSD einzuladen. Auch die *rik* berichtete über das Motto des Kölner CSDs und die damit verbundene Evolutionsskala der europäischen PolitikerInnen in Bezug auf schwullesbische Menschenrechte. Kurz vor dem CSD beschäftigte sich das Kölner Stadtmagazin ausführlich mit dem Szene-Streit, ob ein Bordell an der Kölner Parade teilnehmen dürfe; ein heftiger und typischer Szene-Streit, der sogar in einem Mitgliedervotum des CSD-Trägervereins KLuST gipfelte. Schade an dem Streit, und was die *rik* daraus machte, ist nur, dass andere Themen, die man rund um den CSD hätte behandeln können, zu kurz kamen.

Die umfangreichste CSD-Berichterstattung – weil auch das dickste

Heft – bringt zweifelsfrei die *Siegessäule* in Berlin. Doch der größte Umfang bedeutet leider nicht auch die höchste Qualität oder inhaltliche Breite. Die eingangs erwähnte CSD-Nachberichterstattung reduzierte den CSD auf Fotos von halbnackten Jungs, Transen und Szene-Promis. In der Vorberichterstattung verwendete die *Siegessäule* viel Raum, um über Streitereien bei der Wahl der CSD-Hoheit oder die Unzulänglichkeiten des basisdemokratischen CSD-Forums zu berichten. Anders als der *hinnerk* in Hamburg schafft die *Siegessäule* aber leider nicht den Sprung zur konstruktiven Kritik, sondern verheddert sich in widersprüchliche Forderungen, Petitessen und Szene-Hick-Hack. Mal soll der Vorstand ein demokratisches Motto kippen, mal wird dem Verein undemokratische Bestimmung der PreisträgerInnen vorgeworfen. Zur Ehrenrettung der *Siegessäule* muss aber auch angeführt werden, dass sie sich das ganze Jahr über recht ausführlich mit politischen Themen – selbstverständlich auch den CSD-Themen – beschäftigt. So war es auch die *Siegessäule*, die vorbildlich über Diskriminierung und Gewalt rund um den CSD anhand einer Studie des schwulen Anti-Gewaltprojekts MANEO berichtete. Auch Termine und Inhalte von öffentlichen CSD-Foren werden so wie beim *hinnerk* kommuniziert. Insgesamt hat die *Siegessäule* also unter den Stadtmagazinen die politisch beste, weil nachhaltig über das Jahr verteilte, umfangreichste und journalistisch vielfältigste Berichterstattung zu CSD-Themen. Mit den Patzern müssen die CSD-Veranstalter in Berlin leben.

Belanglos oder beleidigend

Die negativen Glanzlichter in der CSD-Berichterstattung 2007 kamen auch aus dem Jackwerth Verlag, zu dem neben der *Siegessäule* auch die *Du&Ich*, die *L-Mag* und für kurze Zeit die *G-Mag* gehören oder gehörten. All den Titeln lag ein Sonderheft zur CSD-Saison 2007 bei, das schon am Cover der klischeebehaftetsten Hetero-Berichterstattung zu aller Ehre gereicht: Olivia Jones mit pinker Perücke und Pudel. Frei nach dem Motto „Schön war's!" Dann ergeht die Redaktion sich auf sechs Seiten über die strukturellen Unzulänglichkeiten der Mottofindung bei deutschen CSDs und kommt zu dem Ergebnis: Wie's auch ist, ist's schlecht. Entweder zu viel Kommerz, zu wenig Demokratie oder zu viel Demokratie und zu wenig kreativ oder zu kreativ und zu kontrovers. Kurzum: Unkonstruktive Meckerei. Danach wird das Heftchen doch noch etwas besser. Es folgen Berichte über schwullesbische Menschenrechte auf UN-Ebene, Unterstützung des Istanbuler Pride und den EuroPride in Madrid. Und schließlich die Veranstaltungsdetails der großen deutschen CSDs. Leider schauten die RedakteurInnen nicht über den Szene-Horizont hinaus und das Produkt blieb im Wesentlichen der üb-

liche Mix aus Szene-Hick-Hack, Veranstaltungsdetails und Anzeigen. Schade, denn man hätte mehr draus machen können, und die verantwortlichen *Siegessäule*-RedakteurInnen haben schon bewiesen, dass sie es können.

Der homosexuelle Stinkstiefel schlechter CSD-Berichterstattung gebührt aber unumstritten Manuela Kay, der Chefredakteurin des Lesbenmagazins *L-Mag*, für ihren Beitrag „Die CSD-Mafia" in der nur drei Mal erschienenen schwulen Illustrierten *G-Mag*. Nicht nur, dass der reißerische Titel, der die Aufdeckung mafiöser Verknüpfungen bei den deutschen CSDs vermuten lässt, nicht hält, was er verspricht. Der als Reportage angekündigte Artikel entpuppt sich als persönliche Abrechnung der Autorin mit allem, was sie am CSD stört. Da werden mitarbeitende Lesben zu „Alibi-Mösen" und der CSD zu einem „Bluff von in die Jahre gekommenen schwulen Männern, die auf Lebenszeit bestellt sind". Und dann der Graus: Die VIP-Bereiche auf CSDs, wo die mafiöse Funktionärs-C-Promi-Politiker-Community säuft. Der Artikel strotzte nur so vor recherchefreien Vorurteilen, bösartigen Diffamierungen und inhaltsleerem Populismus, sodass sogar der deutsche Presserat die *G-Mag* wegen dieses Artikels verurteilte. Damit sind zwar keine finanziellen Konsequenzen verbunden, aber die Schmach, die höchsten journalistischen Regeln, den Pressekodex, verletzt zu haben, so wie dies der Boulevard leider dauernd tut. Die *G-Mag* wurde mittlerweile aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt.

Die *blu* (vormals *Sergej*) sieht sich selbst eher als Lifestyle- und Szenemagazin und widmet sich daher vornehmlich den Spaßthemen rund um den CSD. Der Politik wird im ganzen Heft nicht so viel Platz eingeräumt, doch verirren sich auch immer wieder Hintergründe zum Motto oder zu Inhalten ins Heft. Die Berichte beschränken sich aber größtenteils auf Partys, Bühnenprogramm und CSD-Tipps. Der Anspruch der Berichterstattung deckt sich hier mit der Realität, auch wenn etliches nicht kommuniziert wird.

In der Nische der Community

Viel CSD Berichterstattung leistet die *Box*, die Zeitschrift für schwule Leder- und Fetischfreunde, auch oder gerade, weil man das im ersten Moment vielleicht nicht erwartet. Die Zeitschrift setzt sich nicht nur mit den Themen zu den CSDs auseinander, sondern sie ist sogar eine der wenigen Zeitschriften, die auch von und über politische Diskussionsveranstaltungen auf CSDs berichtet. Außerdem wird in der *Box* der Stimme der Community in Form von Interviews, Meinungen und Befragungen von Promis als auch der eigenen Zielgruppe viel Platz eingeräumt; auch zu Themen wie dem CSD selbst oder den zu transportierenden Inhalten, allerdings fehlt hier manchmal die journalistische Distanz und Sorgfalt. Journalistisch aufbereitet eig-

nen sich die Artikel durchaus als Zeitgeist-Archiv der letzten Jahre.

Die Kaufmagazine *Du&Ich*, *Männer*, *Mate*, aber auch die bereits erwähnten *L-Mag* und *G-Mag* haben mehr redaktionellen Raum zur Verfügung und nutzen diesen unter anderem für politische Berichterstattung auch rund um den CSD. Die aktuellen Themen der CSDs – etwa Diskriminierung in der Arbeitswelt, Regenbogenfamilien, Hass, internationale Gleichstellung – werden immer wieder von diesen Medien behandelt. An den Berichten gibt es meist recht wenig zu meckern, denn die Darstellung ist vielfältig, bunt und kritisch – wenn man von Manuela Kays Entgleisungen einmal absieht. Insgesamt spielen diese Medien aber aufgrund der wesentlich geringeren Auflage keine so große Rolle wie die schwullesbischen Massenmagazine. Schade, denn die Inhalte sind auch aus CSD-Sicht lesenswert.

Die Reaktionen der Veranstalter

Nun könnten die CSD-Veranstalter der Republik Zeter und Mordio schreien ob der schlechten oder unzureichenden Darstellung in den eigenen Community-Medien, doch erstens ist diese Einsicht nichts Neues und zweitens macht Schreien keinen schlanken Fuß. Aus dieser Einsicht wurde bereits 1999 das *CSD-Magazin* geboren. Die Veranstalter der großen deutschsprachigen CSDs waren damals unzufrieden mit der mangelnden Beachtung der CSD-Inhalte durch die Homomedien und beschlossen, der Politik und den Hintergründen in einem eigenen Magazin Raum zu geben. Gratis und bundesweit für alle. Daneben etablierten sich in allen deutschen Großstädten von den CSD-Vereinen herausgegebene oder beauftragte regionale Programmhefte, die eben auch den politischen Forderungen, engagierten Gruppen und dem politischen und kulturellen Rahmen Platz geben und die Lücke bei den kommerziellen Homomedien schließen.

Die inhaltliche Kritik der Medien an den CSDs nehmen alle Veranstalter ernst. Gerade in den letzten Jahren wurden viele Veränderungen vorgenommen. Werbebotschaften auf Wagen werden mittlerweile auf etwa ein Viertel der Gesamtfläche beschränkt, reine Sponsorenfahrzeuge sind meist gar nicht mehr zulässig, alle TeilnehmerInnen müssen eine politische Aussage – sei es nur das Motto – transportieren und zahlreiche Events finden schon vor dem CSD zu einzelnen Themenbereichen statt. Leider haben die kommerziellen Szenemedien keinen gleichartigen Wandel vollzogen. Die Berichterstattung ist nach wie vor geprägt von denselben Argumenten und derselben Kritik wie schon vor Jahren. Würden die mittlerweile eingeführten CSD-Werbebeschränkungen etwa auch auf die Stadtmagazine angewandt, müssten diese aus finanziellen Gründen eingestellt werden. Denn entgegen

der landläufigen Meinung verdient vor allem die kommerzielle Szene (Clubs, Lokale, Saunen, Partys und auch die Szenemedien) gut am CSD, die Veranstalter hingegen müssen jeden Cent zusammenkratzen und sich nach wie vor auf umfangreiche ehrenamtliche Unterstützung verlassen, um die Veranstaltung erfolgreich umzusetzen. Denn der CSD ist immer noch draußen und umsonst.

Findungskrise: CSD-Paraden in der Sinn-Rezession

*von Andreas Marschner**

Die Christopher Street Days in Deutschland sind auf Profilsuche. Der Vorwurf: zu wenig politische Inhalte, zu viel kommerzielles Event. Kritiker fordern eine radikale Trendwende. Alternativ wird ein Kompromiss diskutiert – die Protestparty.

Offiziell ist der Christopher Street Day nach wie vor eine politische Demonstration. Wahrgenommen wird er allerdings anders. Und das sowohl in den eigenen Reihen als auch von außen. Vor allem „hetero"-Printmedien sehen die CSD-Paraden in erster Linie als fotogenes Massenspektakel mit knallbunten Wagen, durchtrainierten Körpern und exaltierten Paradiesvögeln. Und da „Medienmacher" gern den Anspruch erheben genau zu wissen, was den sensationsgierigen Zeitungsleser interessiert, bilden sie ab, was die Masse ihrer Meinung nach im CSD-Kontext sehen will: eine schrille Parallelwelt.

Forderungen wie Respekt und Gleichbehandlung gehen in dieser Wahrnehmung allerdings zunehmend unter, weil sie kaum noch sichtbar sind. Die Schattenseiten homosexuellen Lebens wie Diskriminierung, rechtliche Ungleichstellung, Mobbing, gewalttätige Übergriffe oder Pöbeleien werden offenbar an diesem Tag bewusst ausgeblendet, da sie als Stimmungskiller empfunden werden.

Zweifellos, der CSD ist ein Feiertag. Da soll getanzt, getrunken und geturtelt werden. Bedenklich ist jedoch, dass die Aufmerksamkeit scheinbar ausschließlich dem eigenen Outfit gilt, das Interesse an politischem Output dagegen gegen Null geht. Aber demonstriert die bloße Anwesenheit

* *Andreas Marschner ist freier Journalist und lebt in Berlin.*

jedes einzelnen nicht schon per se eine Protesthaltung? Zum CSD gehen, ist schließlich ein bisschen wie wählen gehen, also ein eindeutiges Statement.

Wäre da nicht die fortschreitende Kommerzialisierung. Hat sie dem politischen Anliegen des Christopher Street Days nicht längst den Rang abgelaufen? Es scheint so. Die Prioritäten haben sich verschoben. Und wenn schon. Was ist dagegen einzuwenden, dass man beim CSD an jeder Ecke ein paar Getränke- und Kosmetikproben oder gratis-Cruisingpacks zugesteckt bekommt. Ganz zu schweigen von der Werbung, die schwule Clubs mit Monstertrucks für sich machen. Da wirken politische Botschaften einfach deplatziert.

Kritiker betrachten diese Entwicklung als „Ruin" des CSDs. Sie fordern eine Entscheidung – entweder Demonstration oder Party. Doch schließt das eine das andere wirklich aus? Eine neue zu diskutierende Variante wäre, Politdemo, Party und Kommerz zu vereinen. Der CSD als eine Art Protestparty, bei der politische Akteure und kommerzielle Projekte gemeinsam deutlich machen, dass das Erreichte nicht ausreicht. Wenn diese Botschaft auf Wagen, Plakaten und an Ständen mindestens genauso präsent wäre wie die Eigenwerbung von Unternehmen, wäre schon viel erreicht. So könnten politische Verbände ohne sich zu prostituieren ihre Botschaften „verkaufen" und zugleich transportieren. Dieses Potential haben die Paraden schließlich erst jetzt, wo sie zu Massenevents geworden sind. Bei aller Kritik am derzeitigen Zustand des CSDs, sowohl aus den eigenen Reihen als auch von Beobachtern, wird selten bedacht, dass die meisten Organisatoren wie Vereine, Initiativen und Verbände kaum Gelder aus öffentlichen Töpfen bekommen. In diesem Zusammenhang wäre auch mehr Engagement pro-homosexueller politischer Parteien wünschenswert. Schließlich nutzen sie den CSD seit Jahren mit eigenen Wagen als willkommene Wahlkampfplattform.

Skeptiker warnen jedoch: politische Verbände dürften sich nicht zum Fußvolk der Wirtschaft machen. Der CSD sei nach wie vor ein eingetragener Verein, der Politik macht. Diese Tatsache müsse vom ebenfalls vorhandenen Businessanliegen jedes CSDs klar unterschieden werden. So habe ein schwuler Club zwar auch eine schwule Botschaft und damit eine politische Seite, er sei aber trotzdem kein politischer Akteur.

Fatal kann es werden, wenn ein Christopher Street Day fast ausschließlich von schwulen Discos und Kneipen veranstaltet wird. Das zeigte sich vor einigen Jahren in Bremen. Dort hatten Schwule kurzfristig einen Wagen organisiert, der die Kommerzialisierung des CSDs anprangern und an dessen Ursprünge erinnern sollte. Dieser nicht angemeldete Wagen wurde auf Veranlassung der Veranstalter von der Polizei aus dem Demonstrati-

onszug geholt. Es kam zu Verhaftungen und Gerichtsverfahren.

Diese zu beobachtende Entpolitisierung des CSDs in Deutschland verdeutlicht, es werden neue Konzepte gebraucht, die seinem originären Anliegen wieder gerecht werden, ohne dabei übertrieben auf die Spaßbremse zu treten. Wir sollten zeigen, dass wir feiern und protestieren können. Denn dafür, den CSD schon jetzt als pure Party zu zelebrieren, ist es einfach noch zu früh. Das verdeutlicht auch der folgende Beitrag.

Schrill und schrullig

Es ist erfreulich und ernüchternd zugleich: Die Berichterstattung über CSD-Paraden hat mittlerweile auch in „hetero"-Medien einen festen Platz. Allerdings ist es ziemlich egal, ob die Darstellungen anspruchsvoll oder boulevardesk sind. Die Klischees sind häufig die gleichen. Sind wir wirklich so langweilig?

Gleich zu Beginn ein kleines Ratespiel. Tippen Sie mal. Stammt folgende Überschrift aus dem Jahr 2007 aus einer Boulevard- oder einer seriösen Tageszeitung? „Rosa Röckchen und Tiger-Tangas". Leider falsch. Das wäre bei einer derartig rhetorischen Frage auch zu einfach gewesen. Die Headline stand in keiner Zeitung, sondern im Magazin *Stern*. Lassen wir das erst einmal so stehen. Noch ein Versuch. Die Kriterien bleiben die gleichen. "Plüsch, Rüschen, Küsschen". Gesprochen, ein wahrer Zungenbrecher. Aber was meinen Sie – ‚gute' oder ‚schlechte' Zeitung? *Bild*? Wieder daneben. So titelte *SPIEGEL Online* anlässlich der 29. CSD-Parade in Berlin. Enttäuscht? Machen Sie sich auf weitere Überraschungen gefasst!

Die ersten deutschen CSDs fanden 1979 in Bremen und im damaligen West-Berlin statt. Benannt nach der Christopher Street im New Yorker Stadtteil Grennwich Village, wo es 1969 in der Bar „Stonewall" zum sogenannten Stonewall-Aufstand kam. Nach gewalttätigen Polizei-Razzien rebellierten Schwule und Lesben und lieferten sich tagelange Straßenschlachten mit der Polizei. Der Christopher Street Day erinnert an diesen Aufstand. Er ist international nach wie vor eine Demonstration für die Rechte von Homosexuellen – aber auch für Lebenslust, Vielfalt, Selbstverständnis und sexuelle Freiheit.

Zweifellos, der CSD ist ein Fest und wird immer ein Fest bleiben. Doch die Erwartungen sollten realistisch sein. Es wäre jedoch eigenartig, wenn mehr als eine Million Menschen, wie etwa in Berlin oder Köln, mit der gleichen Forderung auf die Straße gingen. Das hätte etwas beängstigendes. Daher ist es gut, dass wir diese Mischung aus Kultur, Spaß und Politik auf den CSDs haben."

CSD-Paraden gibt es heute in beinahe jeder größeren deutschen Stadt,

die größten in Köln und Berlin. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland insgesamt um die 40 CSDs veranstaltet. Die CSD-Mitorganisatorin des Braunschweiger CSD, Friederike Wenner, sieht hier jedoch noch gewaltige Unterschiede: „In Städten wie Berlin, Hamburg und Köln ist das Klima entspannt. Bis diese Entwicklung auf dem Lande ankommt, wird es vielleicht noch 30 bis 50 Jahre dauern." Es müsse noch viel Aufklärungsarbeit passieren.

Einen Beitrag dazu leisten zunehmend mehr oder weniger auch die Medien. Ob in regionalen oder überregionalen Tageszeitungen, Magazinen, Radio- oder Fernsehsendern – in sämtlichen Publikationen und Sendungen wurde von knapp bis ausführlich darüber berichtet. Der Christopher Street Day ist mittlerweile ein Thema, über das auch die breite Bevölkerung informiert wird. Wie aber sehen die Darstellungen im Einzelnen aus? Spiegeln sie das Anliegen der Veranstaltungen und schwul-lesbische Lebenswirklichkeiten zumindest annähernd realistisch wider?

Bunt, knallig, schrill, schräg, sexy, heiß, politisch – sind die in den Print-Medien am häufigsten verwendeten Attribute für CSD-Paraden und ihre Teilnehmer. Der CSD ist „Pop, Party, gigantische Parade, Körper- und Kostümschau" in einem. Doch ob Text oder Foto, „es wird meist nur ein Ausschnitt von einem kulturellen Phänomen gezeigt", betont Renate Rampf, Sprecherin des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschland, LSVD. „Schwul-lesbische Kultur ist viel größer als die paar schrillen Bilder und Beiträge, die man auf dem CSD findet. Für uns ist eigentlich 365 Tage CSD und einmal ziehen wir uns was Komisches an. Die Fokussierung auf die Bilder vom CSD führt dazu, dass das Bild von der Lesbe oder vor allem dem Schwulen geprägt wird."

Das verdeutlichen auch die Überschriften vieler Zeitungsartikel: „Farbenfrohe ‚Paradiesvögel'", hieß es in den Mannheimer Nachrichten, *SPIEGEL Online* brillierte mit „Stöckellauf für Safersex" und der *Tagesspiegel* frohlockte „Andersrum umziehen – Parade und Partys zum Christopher Street Day". Die Kölner Internetzeitung *report-k.de* meinte, „Petrus muss eine Schwuchtel sein!", was sich auf den strahlenden Sonnenschein und 30 Grad bei der Kölner CSD-Parade beziehen sollte und die *Süddeutsche* brachte es bezüglich des Cologne Pride mit „Lack und Leder in der Domstadt" auf den Punkt. Zu diesem Bericht später mehr.

Diese Darstellungen machen deutlich, wie stark das klassische Männlichkeitsbild noch ist. Dabei ist es absolut banal, wenn Männer etwas rosafarbenes anziehen oder auf High Heels laufen. Trotzdem ist das eine Überschrift und eine Sensation wert. Die Berichterstattung während des CSD fokussiert auf einen ganz bestimmten Aspekt der schwul-lesbischen Lebenskultur und wird damit auf die sexuelle Befreiung reduziert. „Das heißt, wir

werden resexualisiert“, sagt Renate Rampf. „Denn es geht nicht nur um Sex. Es geht auch um ein Lebensgefühl, um eine Situierung in der Gesellschaft. Es geht um Befreiung und Akzeptanz. Und das in einem viel umfassenderen Sinne als es Sex sein kann.“

Eine Reduzierung von homosexuellem Leben auf die Legalisierung eines Sexualaktes hilft uns aber nicht. Hier haben die Medien eine relativ große Verantwortung, die sie nicht in dem erforderlichen Umfang wahrnehmen. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass die heterosexuell orientierten Medien im wesentlichen durch Menschen repräsentiert werden, die selber heterosexuell sind. Dadurch werden Schwule und Lesben gewissermaßen zu den Wilden von nebenan. Man muss also nicht in den Dschungel oder Zoo, um das „Andere“ anzugucken, sondern kann Lesben und Schwulen von nebenan beim CSD anschauen. Und meist sehen sie dann auch ganz exotisch aus.

Doch ganz so verengt ist der Blickwinkel der Berichterstattungen nicht immer. Der politische Aspekt findet immer häufiger statt, auch in den Überschriften. In der *Oldenburger Nordwest Zeitung* hieß es kurz und knapp: „Politischer als früher“. „Mehr als Schminke und Fummel“, konstatierte der *Trierische Volksfreund* oder „Mehr Politik, weniger Show“, resümierte die *Landeszeitung für die Lüneburger Heide*. In der *Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen* (HNA) war der Text zum CSD mit „Schrill für mehr Freiheit“ überschrieben. Die *Neue Braunschweiger* titelte „Schrille Parade für Toleranz“, während die *Frankfurter Rundschau* mahnte „Wer sich nicht outet, wird nichts ändern“. Und die *Erfurter Allgemeine* sah wie mehrere andere Zeitungen auch „Regenbogenflaggen vor dem Rathaus“. Die Überschriften provozieren die Frage, ob CSDs in der Provinz politischer sind oder die Berichterstattung – oder vielleicht sogar beides? Der Sprecher des Oldenburger CSD, Andre Eberlei, bezeichnete den CSD 2007 in der Stadt als großen Erfolg. Vor allem, „weil es diesmal auch viel politischer als früher war“. Ein Wagen, der aus Sicht der Veranstalter „zu viel Unterhaltung, zu sehr Love Parade“ darstellte, wurde deshalb nicht für den Umzug durch Oldenburg zugelassen.

Einige Blätter berichteten dagegen gar nicht über die CSDs in ihrer Stadt. Das war zum Beispiel bei der *Magdeburger Volksstimme* oder der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (WAZ) für Dortmund der Fall. Ein Aspekt der zeigt, wie politisch der CSD immer noch ist. Überall da, wo er vielleicht verboten ist, wo eben nicht darüber berichtet wird, ist es immens politisch. Das sieht man beispielsweise auch in Städten wie Moskau oder Warschau. Aber auch in Kiel oder Magdeburg ist es absolut politisch, einen CSD zu machen. Dort gibt es noch nicht diese Selbstverständlichkeit dafür, dass Schwule und Lesben Bürger und Bürgerinnen einer Stadt sind, die die gleichen Bürgerrechte haben wie Heterosexuelle auch. Das vor allem auch im Sinne von

öffentlicher Meinungsäußerung und Demonstrationsfreiheit.

Zu einem regelrechten „CSD-(Möchtegern)Organ“ erhob sich 2007 die Bild-Zeitung. Das Springer-Bollwerk publizierte sage und schreibe fünf Specials zum Christopher Street Day – ganz abgesehen von den regionalen Beiträgen in der Bild selbst. Allein für München gab es zwei verschiedene Ausgaben mit jeweils zwölf Seiten. Ebenso umfangreich war auch die Version für Köln. Die spezielle „Homo-Bild-Beilage“ für Stuttgart und Nürnberg hatte jeweils acht Seiten. Immerhin. Jede der insgesamt fünf Ausgaben informierte über: CSD-Hintergründe, Aktionen, Parade und Partys. Auf den Titelseiten war unterschiedlich groß und mit leichten perspektivischen Abwandlungen immer dasselbe Motiv abgebildet: Zwei braungebrannte, muskulöse Männer mit überdimensionalem Federschmuck und riesiger Regenbogenfahne. Im Rücken immer ein bekanntes Wahrzeichen der jeweiligen Stadt.

Sowohl vom Layout als auch inhaltlich waren die *Bild*-Specials kaum von schwul-lesbischen Publikationen zu unterscheiden. Die redaktionellen Beiträge waren umgeben von Anzeigen, die wir zum großen Teil auch aus Homo-Magazinen kennen. Es geht um „Werbe-Klassiker“ wie Erotik, Reisen, HIV-Prävention, Autos, Flugreisen oder Mittelchen gegen Hämorrhoiden.

In den Artikeln der *Bild*-Beilagen wurden die für einen „CSD-Analphabeten“ relevanten Themen im Verhältnis zum bekannten Niveau des Blattes relativ substanziell abgehandelt: CSD-Geschichte und -Mottos, Party-Highlights, Grußworte der jeweiligen Bürgermeister sowie ein Interview mit dem Geschäftsführer der Deutschen AIDS-Hilfe. In den Ausgaben für München kommt beispielsweise Thomas Niederbühl, Mitveranstalter des Münchner CSD und Stadtrat der Roten Liste zu Wort. Er betont, dass es 2007 in der bayerischen Hauptstadt keine Eröffnungsgala wie in Köln oder Stuttgart gab. „Weil unser Herzstück ganz klar die politische Parade durch die Innenstadt ist – mit dem anschließenden Rathaus-Clubbing. Das hat vor allem die symbolische Bedeutung, dass die Stadt ihre Türen für Schwule, Lesben und Transgender aufmacht.“ Nirgendwo sonst in Deutschland werde bei einem CSD im Rathaus gefeiert. „Das ist für uns wichtiger, als ein festlicher Gala-Abend“, so Thomas Niederbühl. Und er verweist auf eine weitere Besonderheit in München: „Nirgends sonst in Europa gibt es eine Schwulen-Lesben-Gruppierung wie den Rosa-Liste-Stadtrat. Zusätzlich sind wir Vorreiter, was die neue Politisierung des CSD angeht.“

Darüber hinaus findet man in den *Bild*-Beilagen Beiträge über Aufklärungsarbeit gegen Mobbing und Antihomophobietraining, über schwule Schuhplattler aus Bayern, die „Schwuhplattler“, über die Rechtslage in Bezug auf Steuern, Adoption, Erbschaft und es wird über die „Wirtschaftsweiber“ und Schwule in den Medien berichtet. Alles frei nach dem Motto: *Bild*

kann auch anders. Aber natürlich immer mit Blick auf die Zielgruppe.

Keine Frage, natürlich gibt es auch Schwule und Lesben, die Bild-Zeitung lesen, die nicht politisch engagiert sind und die vielleicht selbst Meinungen zum Thema Homosexualität vertreten, die nicht emanzipatorisch sind. „Wenn wir sagen, es gibt überall Schwule und Lesben, dann müssen wir das auch ernst nehmen", sagt Renate Rampf. Doch während *Bild* sich 2007 wahrlich bemühte, Akzeptanz zu demonstrieren und mit zur Schau getragener Liberalität auch den schwulen und lesbischen Leser als Käufer oder Abonnenten zu gewinnen, enttäuschte eine anspruchsvolle Zeitung wie die *Süddeutsche* mit einem Bericht, den man eher in der Springer-Presse erwartet hätte.

Der am 7. Juli 2007 in der Rubrik panorama erschienene Artikel „Lack und Leder in der Domstadt" beginnt folgendermaßen: „Wenn nahe der Wohnung von Kardinal Meisner Schamhaarperücken und Brustgeschirre angelegt werden, dann wissen die Kölner: Es ist wieder Christopher Street Day (CSD)." Eigentlich ein kritischer Einstieg, aber danach reihen sich dann die Klischees. Weiter heißt es: „Im Grunde verwundert es nicht, dass ausgerechnet die Domstadt die größte Parade dieser Art hat. Karneval im Sommer, davon träumte man am Rhein schon immer."

Auch auf die politische Seite der Parade wird eingegangen. Im Fokus der Kritik standen dort besonders die damaligen Zustände in Polen. Auf einem Bild wurde Präsident Lech Kaczynski auf allen Vieren und mit Keule dargestellt, also homo-evolutionsmäßig auf Urmensch-Niveau. In aufsteigender Evolutionslinie folgten die Regierungschefs Italiens, Großbritanniens, Deutschlands, Spaniens und der Niederlande. Diese Darstellung sollte verdeutlichen, dass die Akzeptanz von Schwulen und Lesben in den verschiedenen EU-Staaten noch sehr unterschiedlich ist. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck, wird mit den Worten zitiert: „Die Hetze gegen Homosexuelle in Polen, die Polizeiknüppel gegen friedliche Demonstranten in Moskau dürfen nicht unwidersprochen bleiben." Nach diesem politischen Blick auf die Parade, wendet man sich jedoch ganz schnell wieder den Klischees zu.

Aber auch im toleranten Köln gebe es Probleme mit der Akzeptanz, heißt es weiter. Zu den Verhältnissen in der Domstadt kommt der Leiter der Kölner CSD-Parade, Ralf Wandelt, zu Wort: „In Köln kommt es regelmäßig zu gewalttätigen Übergriffen, da wird direkt zugeschlagen." Dennoch, heißt es in dem Artikel weiter, „mittlerweile sind auch viele Heteros davon überzeugt: Die CSD-Parade ist der bessere Rosenmontagszug." Trotz forcierter Entblößung männlicher Anatomie sei das Event inzwischen so etabliert, dass dorthin sogar Kaffeefahrten für Senioren angeboten werden. Doch nicht jeder CSD-Veteran finde es gut, dass mittlerweile so viele Heteros dabei sind.

„Um dem Family-Charakter des Umzugs ein wenig entgegenzuwirken, ist die Fetisch-Szene präsenter als sonst." Dort beschränke man sich nicht auf das Herzeigen von Waschbrettbäuchen und anderer Biomasse, sondern gewähre einen Einblick in die dunkle Welt des Sadomaso. „Wir wollen auch mal das harte Harte zeigen", wird Thomas (45) zitiert. Im bürgerlichen Leben ist er Hausmeister in Gelsenkirchen, wird hinzugefügt. Thomas, den die Szene dem Text zufolge als Sir Tom the Masked kennt, schwingt seine Peitsche. Er trägt eine Art Henkersmütze samt klirrendem Brustpanzer und führt an einer Kette einen weitgehend mit Lederriemen bekleideten Herrn mit sich. Der stellt sich mit den Worten vor: „Ich bin 48 Jahre alt und kaufmännischer Angestellter aus Düsseldorf." Er ist Sklave, Tom ist Master. Der Sklave erzählt: „Du glaubst gar nicht, wer bei uns alles mitmacht: Hohe Tiere, auch Politiker. Ich sach immer: ‚Der Mensch ist eine Bestie.'"

Die Parade soll das ganze Spektrum der Szene repräsentieren, heißt es weiter. Erwähnt werden deshalb auch die „alternativ gepolte Karnevalstruppe Rosa Funken" und Europas größter schwul-lesbischer Sportverein SC Janus. Hinzu kommen all die „rheinischen Frohnaturen, die sich als Revue-Girls, Bademeister oder US-Navy-Offiziere verkleidet haben". Dazwischen werben „Autofirmen und Versicherungskonzerne um die begehrte Gruppe der ‚Dinks' (Double income, no kids)". Auch wenn am Straßenrand hunderttausende Zuschauer stehen, Gerd (42) betont: „Das heißt aber nicht, dass in Köln nun alle furchtbar tolerant wären." Und der Friseur Volker Abt (40) meint am Ende des Artikels: Den Kölnern sei es im Prinzip egal, auf welchem Fest sie tanzten.

Kritik an dem Artikel üben auch Leser. Einer schreibt auf der Website der *Süddeutschen Zeitung*: „Der Artikel ist ein würdiger Beitrag für ein Satiremagazin unterer Qualität." Der Beitrag sei für die *Süddeutsche Zeitung* unwürdig, bediene Klischees und würde hinsichtlich einiger Passagen „mit stupiden Vorurteilen operieren". Weiter bezeichnet der Blogger den Beitrag als unseriös, banal und in einer üblen Weise boulevardjournalistisch. Aus Sicht eines anderen Bloggers kommt in dem Artikel neben dem bunten Protest die politische Seite zu kurz. „Die schlimmsten Probleme wie homophobe Gewalt und Ressentiments in der Gesellschaft, an Schulen werden leider vernachlässigt". Ein anderer Leser schreibt: „Auch dieses Jahr wieder nominiert für den Oscar in der Kategorie: ‚Most Ridiculous, Most Disgusting: CSD!" Der Kommentar eines weiteren Bloggers lautet: „Nur nicht vergessen, worum es eigentlich beim CSD geht! Es geht nicht um Sado-Maso und Tuntenglitzerkram, es geht um die Verteidigung und stete Einforderung unserer Rechte." Weiter heißt es: Der CSD müsse in erster Linie eine politische Veranstaltung bleiben und „dürfe nicht zu

einer Drogen-Sex-Technoparade verkommen".

Auch Christoph Michl, Vorstand und Gesamtleitung der IG CSD Stuttgart e.V., fragte in seiner Rede bei der Eröffnungsgala des CSD 2007 in Stuttgart: „Wie politisch ist die homosexuelle Bewegung noch? Wie präsentiere ich mich als Lesbe oder Schwuler auf meinem Feiertag? Provokation nur ob der Provokation willen oder habe ich tatsächlich noch eine Botschaft?" Aus seiner Sicht bleibe der CSD eine politisch wie gesellschaftlich wichtige Veranstaltung. „Diese darf gerne bunt und schrill sein, solange wir die klare Botschaft und den ernsten Hintergrund in Bezug auf jenen 27. Juni 1969 in der New Yorker Christopher Street nicht aus den Augen verlieren." Denn eines müsse selbstverständlich sein: „Schwule und Lesben sind Teil des Ganzen. Wir gehören in dieser Gesellschaft dazu und wir haben einen Anspruch auf Fairness und Gleichberechtigung,", so Christoph Michl.

Dabei sind nicht die Jungs und Mädels, die sich da schrill auf dem CSD präsentieren, das Problem. Das Problem sind die anderen, die sich jeden Tag nicht zeigen. Wären alle Lesben und Schwulen in allen möglichen Alltagssituationen permanent präsent, wäre das Interesse am CSD sicherlich viel geringer. Dann wäre es wirklich nur noch Karneval. Die schwierige Situation ist dabei, dass es wie ein Karneval wahrgenommen wird, aber keiner ist. Der CSD ist unser einziger großer Event, unser Feiertag, an dem wir eigentlich alles zugleich präsentieren müssen: unsere Forderungen, unsere gesamte Lebenssituation, unsere Schmerzen und auch unseren Spaß. Das alles an einem Tag, ist viel verlangt. Mit anderen Worten, dies alles bei einer Parade zu präsentieren, ist eigentlich nicht zu leisten.

Um so erstaunlicher ist, wie sehr es vielen redaktionellen Beiträgen schließlich doch gelingt, die politischen Aspekte darzulegen. Der Umfang der Texte reicht von knappen Fünf-Zeilen-Meldungen bis zu einer ganzen Seite, abgesehen von den *Bild*-Beilagen mit bis zu zwölf Seiten inklusive Werbung. Oft wird die politische, aber vom Unterhaltungswert eben sehr statische Seite des CSDs über Interviews mit den jeweiligen Veranstaltern oder Organisatoren der Paraden abgedeckt. Das Frageschema ist relativ einheitlich: Weshalb gibt es den CSD überhaupt? Warum gibt es ihn immer noch? Welche Errungenschaften hat der CSD Homosexuellen gebracht? Wann werden Schwule und Lesben gesellschaftlich und politisch gleichberechtigt sein?

Die Interviews sind meist informativ, die Texte wirken dagegen oft unmotiviert und nachrichtlich neutral. „Tausende Menschen haben in einer bunten Parade in der Innenstadt mehr Rechte für Homosexuelle gefordert." Dieser Satz könnte aus nahezu jedem Artikel stammen. Ermüdend ist auch die Auswahl der Bilder. Ihnen zufolge werden CSD-Paraden und -Partys

größtenteils von ältlichen Dragqueens, tuntigen Bübchen, Sonnenbank- und Anabolika-süchtigen Muskelmännern und farblosen Lesben besucht. „Normale“ Homosexuelle werden kaum gezeigt. Auffällig ist jedoch, dass vorrangig Schwule abgebildet werden. Vielleicht liegt das daran, dass Frauen heute ganz selbstverständlich kurze Haare haben können und immer öfter in Männerberufen arbeiten wie etwa bei der Bundeswehr, in der Wirtschaft und Politik inklusive Bundeskanzlerin. Diese Form von Liberalisierung und des offenen Umgangs mit der eigenen Rolle hat es bei Männern in der Form noch nicht gegeben. Kurzum: Es gab noch keine Männerbewegung. Die einzige Männerbewegung verkörpern die Schwulen. Das liegt einerseits daran, dass sie etwas machen, was Männern üblicherweise nicht zugestanden wird, nämlich ganz selbstverständlich und souverän eine weibliche Seite zu leben, Dinge zu tun, die für Männer im Prinzip verboten sind wie Sex mit anderen Männern und High Heels. Das sind zwei Extreme dieser Palette von Verboten, die provozieren. Deshalb werden sie am liebsten abgebildet.

Was der CSD in den Augen der Medien ist, zeigt auch die Platzierung. Nicht etwa im Feuilleton oder auf den Politikseiten wird über den CSD berichtet, sondern in Rubriken wie „Stadtleben“, „Regionales“, „Unsere Region“ oder „Lokales“. In der *taz* beispielsweise unter „Leben, Alltag, Debatte oder Kolumnen“. Bei *SPIEGEL Online* oder in der *Süddeutschen Zeitung* unter „panorama“. Eine unzufriedenstellende Situation. Wir müssen also etwas zu sagen haben, was auf der Politik-Seite Platz finden könnte. Doch wenn wir es nicht sagen, kommt es auch nicht dahin.

Aus diesem Grund ist diese Art von Berichterstattung zu kritisieren. Denn das komplexe Gefüge von homosexuellem Leben, homosexueller Politik und die damit verbundenen Forderungen werden auf Sexualität reduziert. Wie aber kann an diesem Bild gerüttelt werden? „Man muss den CSD mehr ernst und weniger wichtig nehmen“, meint Renate Rampf. Bei allem Spaß werden auch politische Inhalte beim CSD gebraucht. Die Verantwortung dafür liegt vor allem bei denen, die politisch aktiv sind wie zum Beispiel der LSVD oder die bundesweiten CSD-Veranstalter. Wir sollten die Sensationsgier und das voyeuristische Interesse der „normalen“ Medien nutzen, um Argumente zu platzieren, mehr Komplexität zu zeigen und dadurch eine qualifiziertere Berichterstattung zu erreichen. Eine Frage dabei ist: Wo fängt diskriminierende Berichterstattung an? Nicht erst mit dem nackten Jungen auf High Heels am CSD, sondern bereits vorher. Nämlich insofern, dass die Normativität von heterosexuellem Leben nicht in Frage gestellt wird.

Dass sich die Medien verändern, ist in den Printmedien, vor allem aber im Radio und Fernsehen zu beobachten. Besonders hier zeigt sich eine deutlich stärkere Form von Pointierung und Schnelllebigkeit. Im Vorfeld des

Berliner CSDs nannte sich das in Potsdam ansässige *radioeins* vom *rbb* mit Hinweis auf die Berichterstattung zum CSD kurzerhand „Warme Welle“. Die live-Übertragung wurde unter anderen vom damaligen Chefredakteur der *Siegessäule*, Holger Wicht, kommentiert. Sicherlich ein guter Zug, um Plattitüden zur CSD-Parade von vornherein zu vermeiden.

Ähnlich lief es, wie bereits seit Jahren, im Fernsehen ab. Auch das rbb-Fernsehen übertrug die Berliner CSD-Parade am 23. Juni 2007 live. Möglichst umfassend und abwechslungsreich wollte die Sendung über ganz unterschiedliche Themen und Sichtweisen der Schwulen und Lesben berichten. Neben vielen auch heute noch vorherrschenden Problemen sollte aber auch ein Bild der immer größer und selbstverständlicher werdenden Normalität vermittelt werden. Die Interviews wurden unter anderen von dem Journalisten, Buchautor und Talk-Moderator Jörg Thadeusz sowie der Hauptstadtbekannten Dragqueen und Barbetreiberin (Bar „Zum schmutzigen Hobby“) Nina Queer geführt. Das Resultat war eine informativ-ausgewogene, kurzweilig-originelle und entspannte Sendung. Neben dem *rbb* übertrug auch der *WDR* ganz routiniert und souverän den Cologne Pride, was der *WDR* ja bereits seit 1999 macht. Die Parade war auch online via WebTV live zu sehen. Übertragen wurde außerdem und ebenfalls live von *center.tv*, einem nordrhein-westfälischen Regionalsender, der über Kabel zu empfangen ist.

Die intern gern kritisierte Kommerzialisierung des CSDs spielte in der Berichterstattung aller genannten „hetero“-Medien kaum oder besser gesagt keine Rolle. Mit dem Kommerz ist es wie mit dem Sex – man braucht ihn, aber es ist nicht gut, wenn alles darauf reduziert wird. Kommerz ist nötig, um in der Lage zu sein, schwul-lesbische Forderungen auch in ökonomischen Dimensionen auszudrücken. Dabei darf allerdings keine politiklose Politik entstehen. Man macht schließlich auch Politik, wenn man keine Forderungen stellt, sondern einfach nur dafür sorgt, dass in einer bestimmten Weise Geld fließt. Hier geht es nicht nur um ökonomische Macht auf Seiten der schwul-lesbischen Kultur, sondern vor allem um Verantwortung.

Während die sogenannte Community in Bezug auf den CSD weiterhin um zu viel Kommerz und zu viel Party, um zu wenig Politik und um passende CSD-Mottos streitet, hat sich bei den „hetero“-Medien eine ungewollte Homogenität etabliert: der Hang zur Boulevardisierung. Denn ob seriös oder schlicht – bei der Berichterstattung zum CSD ist bis auf wenige Ausnahmen kaum noch zu unterscheiden, ob es sich um anspruchsvollen oder reißerischen Journalismus handelt. Um nur ein paar Gegensätze zu nennen: Ob *Bild* oder *SPIEGEL Online*, *Kölner Express* oder *Süddeutsche*, berichtet wird in jedem Fall über den CSD. Allerdings übergreifend auf einem Niveau, das häufig von überkommenen Klischees, tradierten Männerfantasien und

schrulliger Sensationslust gekennzeichnet ist. Trotz einiger Fortschritte sollten wir also weiterhin dazu beitragen, die ganze Palette unserer Vielfalt zu verdeutlichen. Das gilt übrigens auch für Darstellungen und Sichtweisen in schwul-lesbischen Medien.

Wir müssen Bilder zeigen von Lesben und Schwulen, die jenseits der 35 sind, also sowohl jünger als auch älter, von ganz „normalen“ und von welchen mit Handikaps. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, andere immer wieder zu ermutigen, out zu sein, und das in allen Lebenssituationen: am Arbeitsplatz, in der Familie, auf der Straße, in der Straßenbahn, auf dem Flughafen, im Supermarkt. Denn je selbstverständlicher Menschen sehen, wie viele Schwule und Lesben überall sind, desto weniger werden sie überrascht sein, wenn es den CSD gibt.

CSD nonstop

Trotz aller Kritik: Der CSD ist längst über das Stadium der medialen Eintagsfliege hinaus. Die Berichterstattung erfolgt nicht mehr nur am „Tag X“.

Während die inhaltliche Berichterstattung am Tag der CSD-Paraden in den Print-„hetero“-Medien‘ häufig seicht und die dazugehörige bildliche Darstellung schrill daher kommen, ist die Thematisierung des Christopher Street Day vor und nach dem „Tumult“ wesentlich positiver zu bewerten. Hier ist der Fokus deutlich mehr auf Inhalte und weniger auf reißerische Überschriften oder bunte Bilder von Halbnackten gerichtet.

Etwa das Motto des Berliner CSD 2007 „Vielfalt sucht Arbeit“. Mit den Inhalten hinter diesem Slogan setzten sich gleich mehrere Tageszeitungen intensiv auseinander. Die *Welt* beschäftigte sich gut eine Woche vor dem CSD in der Rubrik Wirtschaft unter der Überschrift „Karriere im Konzern trotz Diskriminierung“ mit dem Thema: „Die Organisatoren des Berliner Christopher Street Day haben sich in diesem Jahr der Diskriminierung am Schreibtisch und wirkungsvoller Gegenmaßnahmen angenommen. Die Aktion in der Hauptstadt steht unter dem Motto: ‚Vielfalt sucht Arbeit‘. Zum Rahmenprogramm gehört ein Kongress, den der Völklinger Kreis organisiert hat.“ Bereits zwei Wochen früher schrieb der *Tagesspiegel* „CSD 2007: Parade, Party, Protest – thematisch beschäftigt sich der CSD mit dem Thema Arbeitswelt.“ In dem Artikel wird angeführt, dass bis zu 80 Prozent aller Schwulen und Lesben am Arbeitsplatz diskriminiert werden. Ähnlich die *taz*: „CSD kämpft gegen Mobbing: Eine CSD-Sprecherin erklärt, dass die Ausgrenzung von Kollegen nicht nur moralisch verwerflich, sondern auch wirtschaftlich schädlich sei.“ Der *Tagesspiegel* nimmt das CSD-Motto so ernst, dass er unmittelbar vor dem CSD erneut berichtet. In dem Artikel kommt Bundesjustizministerin Brigitte

Zypries (SPD) zu Wort. Unter der Überschrift „Diskriminierung im Beruf ist Thema beim CSD“ steht Zypries‘ Aufforderung an Unternehmen, endlich mit verstaubten Klischees über Homosexuelle aufzuräumen.

Im Vorfeld der Hamburger CSD-Parade am 4. August weist das *Hamburger Abendblatt* auf das Motto hin. „Die Veranstaltung unter dem Motto ‚Homo-Reform ‚07‘ soll stärkere politische Akzente setzen.“ Forderungen nach politischer Veränderung würden gut sichtbar am Anfang des Zuges platziert. Dazu gehörten die Gleichstellung von Homosexuellen beim Adoptions-, Erb- und Steuerrecht sowie die Aufklärung über homosexuelle Lebensweisen schon in der Schule, sagt ein Sprecher von Hamburg Pride e.V. dem Blatt. Beim Rostocker CSD ging es im vergangenen Jahr vor allem um das Thema Familie. Dazu schreibt die *Schweriner Volkszeitung* am Tag der Parade am 21. Juli: „Unter dem Motto ‚Wir machen Familie bunter‘ wird heute in Rostock der ‚Christopher Street Day‘ gefeiert. Homosexuelle Paare mit Kinderwunsch beklagen, dass sie im Alltag an Grenzen stoßen.“ Besonderes Augenmerk ist natürlich jedes auf den großen CSD in Köln gerichtet. Schon weit im Voraus prophezeite *Koeln.de* in seinen Lokalnachrichten – auf politische Prominenz müsse der Kölner CSD 2007 wohl weitgehend verzichten. „Es ist kein Wahljahr, da machen sich die Politiker rar“, heißt es weiter. Doch die Boulevard-Zeitung *Express* sieht im Motto „Homo europaeicus: Geht aufrecht“ und dem dazugehörigen Plakat mit europäischen PolitikerInnen unterschiedlicher Evolutionsstufen – darunter der polnische Präsident als Primat – einen handfesten politischen Skandal.

Aber auch im Nachhinein bleiben CSD-Anliegen und -Treiben interessant. Nach der Parade in der Hauptstadt resümiert beispielsweise die *taz* „Partyseligkeit war gestern: der Berliner CSD war politischer – man hat begriffen, dass die Gleichberechtigung noch nicht erreicht ist.“ In Bayern machen die Medien eine ähnliche Beobachtung. Im *Münchner Merkur* heißt es: „Der zweitägige Cristopher Street Day mit Kundgebungen, Straßenfest und Showdarstellungen stand in diesem Jahr unter dem Motto ‚Wir wollen mehr. Für München‘. Die politische Komponente ist heuer wesentlich stärker als in den letzten Jahren.“

Im Vor- und Nachfeld der CSDs wird also neben den alljährlichen bunten Beiträgen durchaus über die politischen Schwerpunkte der einzelnen Paraden berichtet. Kurzum: Die CSD-bezogene und allgemein schwul-lesbische Berichterstattung passiert sowohl vor als auch nach dem großen Paraden-Tag und ist besser als ihr Ruf. Und das ist auch gut so. Denn nach dem CSD ist bekanntlich vor dem CSD.

3 Schwule in den Medien

Martin Reichert:
Schwule in den Medien 56

Schwule in den Medien

*von Martin Reichert**

„Bekennende Homosexuelle“ und ihre „Neigungen“ haben in der Medienlandschaft keinen Sensationswert mehr – leider trifft dies auch für ihre Probleme zu.

Nach der Groß-Debatte um die Einführung der „Homo-Ehe“ unter Rot-Grün gilt der Themenbereich Homosexualität zumindest in politischen Zusammenhängen als „durch“, wenn auch in gewissen Abständen über die größeren und kleineren Erfolge in den einzelnen Rechtsstreitigkeiten rund um die Gleichstellung mit der bürgerlichen Ehe berichtet wird. Ein zäher, bürokratisch anmutender Prozess, den die Schwulen in Deutschland in Zeiten der Großen Koalition beschreiten müssen, unter Zuhilfenahme des europäischen Rechts. Es geht dabei um Hinterbliebenenversorgungen und Krankenkassenbeiträge. Spektakulär ist das nicht – eher Ausdruck einer gewissen Normalität, die sich mittlerweile eingestellt hat. Spannender bleibt entsprechend die eifrige Suche nach dem ersten „bekennenden“ schwulen Bundesliga-Fußballprofi, denn in dieser Packung ist alles drin: Sport, Promis, Skandale, Sex – inklusive der richtigen Fallhöhe. Kerliger, männlicher Torjäger steht eigentlich auf knackige Männerbeine. Wie ist das nun mit dem gemeinsamen Duschen nach dem Spiel?

Weil Homosexualität derzeit kein ernsthaftes Thema ist, ist auch Gewalt gegen Homosexuelle kein Thema. Wenn Schwule also in medialen Zusammenhängen auftauchen, dann dort, wo man sie dem Klischee nach erwartet, also meist unter der Rubrik „Buntes“. Unterhaltung, Pop, Kunst, Comedy und Spaß, das heißt also von Hape Kerkeling bis Thomas Hermanns – und wer würde schon einem netten Clown im Fernsehen eine reinhauen?

Gewalt gegen Homosexuelle gibt es in der öffentlichen Wahrnehmung nur in der Vergangenheit – und dass dieser Tatbestand überhaupt bekannt ist, verdankt sich der amerikanischen Filmindustrie: Filme wie „Brokeback Mountain“ und „Milk“ brachten und bringen das Thema Gewalt gegen Homosexuelle einem breiteren Publikum nahe, sind allerdings in der Vergangenheit, das heißt in den Sechziger und Siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts angesiedelt. Diese Filme skizzieren die prä-emanzipative Unterdrückungszeit und machen leicht vergessen, dass es im Jahr 2009 zwar problemlos möglich ist, dass ein heterosexueller Schauspieler wie Sean

* *Martin Reichert, Jahrgang 1973, ist Redakteur der taz, Kolumnist, Buchautor und veröffentlicht regelmäßig Artikel in schwullesbischen Publikationen. Er lebt mit seinem Lebensgefährten in Berlin und dem brandenburgischen Kremmen.*

Penn den ersten offen schwulen Bürgermeister der Welt spielt, Harvey Milk, es aber umgekehrt immer noch schwer vorstellbar ist, dass ein offen schwuler Schauspieler wie Rupert Everett der nächste James-Bond-Darsteller sein könnte.

Schwule Journalisten

Die Frage nach der Wahrnehmung Homosexueller in den Medien ist eben hauptsächlich eine Frage der Wahrnehmung und führt uns zu den Betrachtern, also den Medienschaffenden. Es ist wahr, dass in den Medien viele Schwule und Lesben tätig sind, was aber nicht bedeutet, dass diese auch über schwule und lesbische Themen berichten. Die Mehrzahl der schwullesbischen Journalisten vermeidet es, mit diesem Thema öffentlich in Zusammenhang gebracht zu werden und schien damit bislang auch gut beraten: Wer möchte schon thematisch in eine bestimmte Ecke gedrängt werden. Ausnahmen, etwa Jens Bisky von der *Süddeutschen*, bestätigen die Regel – oder beweisen, dass es längst auch anders geht. Die Berichterstattung zum Thema Homosexualität übernehmen stattdessen häufig, wenn überhaupt, weibliche Journalistinnen – die Artikel zu „Milk" in der *FAZ* waren sämtlich von Frauen verfasst, während man in selbiger Zeitung noch immer Sätze wie den Folgenden findet, natürlich aus von männlicher Hand geführter Feder: „Die Aufzeichnungen enthüllen auch die pathologische Seite des Liebeslebens von Drieu La Rochelle ... Man erfährt, dass er mit neun Jahren seine Mutter begehrte, dass er Frauen brutal verließ, dass er ein Sadist war und homoerotische Neigungen hatte".

Wenn die Tatsache, dass Homosexualität Anfang der Neunziger Jahre von der WHO-Liste der psychischen Erkrankungen nicht mal in die Feuilleton-Redaktion der *FAZ* durchgedrungen ist, kann man sich vorstellen, wie es um das Bewusstsein andernorts bestellt sein muss. Ein entsprechendes Problembewusstsein ist in dieser Hinsicht auch festzustellen: Die Tatsache, dass Homosexuelle durch die Agitation fundamentalistisch-orthodoxer Glaubensgemeinschaften – keineswegs nur muslimischer – überall auf der Welt in Bedrängnis sind, wird durchaus zur Kenntnis genommen, wenn auch die Behandlung der Frauen-Frage entsprechend der Mehrheitsverhältnisse deutlich im Vordergrund steht. Am deutlichsten wird dieser Zusammenhang in den USA verhandelt, was daran liegt, dass die amerikanischen Evangelikalen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die Homosexuellen zu ihrem Hauptfeind erklärt haben und sie dementsprechend für ihre politi-

sche Agitation missbrauchen. Eine Tatsache, über die sich auch ein Barack Obama nicht ohne weiteres hinweg setzen kann, wenn er seine christliche Klientel nicht vergrätzen will.

Evangelikale Umtriebe sind nunmehr auch in Deutschland zu konstatieren, doch die konkreten Bedrohungslagen und Hass-Konstellationen, denen sich Schwule in Deutschland ausgesetzt sehen, sind hierzulande andere als in den USA. Zudem sind sie aufgrund der politisch-gesellschaftlichen Strukturen schwer verhandel- und problematisierbar, da die Täterstruktur auf den in Deutschland hochsensiblen Bereich Migration und Integration verweist.

Heikle Täterstruktur

Bei der Mehrzahl der Täter handelt es sich – nach wissenschaftlichen Studien, unter anderem der MANEO-Gewaltstudie – um Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die Benennung dieser Tatsache steht jedoch unter dem Verdacht, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu schüren – und in der Tat bedient sich die politische Rechte migrantischer Homophobie, um Stimmung gegen „Ausländer" zu machen, was in der Praxis schon zu recht ungewöhnlichen Situationen geführt hat: CSU-Abgeordnete werden zu Vorkämpfern schwuler Gleichberechtigung, die von „Ausländern" fordern, dass sie Schwule gefälligst als deutsches und abendländisches Kulturgut zu akzeptieren hätten, während gleichzeitig gestandene linke Aktivistinnen und Vorkämpfer der Menschenrechte die Meinung vertraten, dass Homosexualität doch eigentlich eine Erfindung westlicher Kolonialherren sei, die nun den Migranten übergeholfen werden soll. In dieser Lesart hat dann ein arabischer Flüchtling aus Palästina ganz einfach einen höheren Opfer-Status als ein Schwuler mit geregeltem Einkommen – während die Idee universell geltender Menschenrechte, zu denen auch das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung gehört, in den Hintergrund gedrängt wird. In dieser Deutung wird das Thema Homosexualität eben nicht als universelle Gegebenheit, sondern als kulturelle Besonderheit (miss-)verstanden.

In dieser komplizierten Konstellation scheint es zunächst nicht allzu verwunderlich, wenn man offensichtliche Probleme am liebsten nicht zur Kenntnis nimmt, um eventuelle Gewissens- und Denkkonflikte gar nicht erst eingehen zu müssen. Entsprechend schwierig gestaltete es sich für Vertreter schwuler Bürgerrechtsgruppen und Publizisten, das Thema Gewalt gegen Schwule öffentlich thematisieren zu können, obwohl es eigentlich gar nicht neu ist. Sogar die schwule Stadtzeitung *Siegessäule* hatte sich schon vor längerer Zeit entschieden, ihre Rubrik „Polizeiticker" aus dem Blatt zu nehmen, weil dort immer die gleichen Fälle zu vermelden waren: Zum einen Über-

griffe von Strichern, zum anderen Angriffe auf Schwule von Bürgern mit Migrationshintergrund. Nach permanenten Diskussionen um die Einhaltung politisch-korrekter Standards – also die Nicht-Nennung des Migrationshintergrundes – ließ man die Null-Informationen lieber ganz weg.

Nachts im Park?

Als sich im letzten Jahr Überfälle auf nächtliche Cruiser im Berliner Tiergarten durch Jugendliche mit Migrationshintergrund häuften, unterlief dies zunächst das Aufmerksamkeits-Radar der meisten Medien. Auch hier wurde nach alter Sitte zunächst der Migrationszusammenhang nicht benannt, auch nicht in der Pressemitteilung von MANEO. Das höchste der Gefühle: Einer der Täter sprach eine Sprache, bei der es sich womöglich um Türkisch handeln könnte. Doch Überfälle auf Schwule in einem nächtlichen Großstadtpark sind in mehrfacher Hinsicht ein nur schwer vermittelbares Thema. Es handelt sich dabei schließlich um Nachrichten aus einer Grauzone des öffentlichen Lebens, von der weder die Mehrheitsgesellschaft noch die Homosexuellen allzu viel wissen möchten, zumindest offiziell. Was machen Schwule eigentlich nachts im Park, wenn sie doch auf der anderen Seite unbedingt heiraten und Kinder bekommen wollen? Cruisen im Park, ein Schmuddel-Thema, mit dem man lieber nichts zu tun haben möchte.

Darüber hinaus sind Homosexuelle aus medialer Perspektive generell keine „dankbaren Opfer“ wie etwa eine „hochschwangere Sozialarbeiterin“, die von einem „Ausländer“ oder einem „gewalttätigen Jugendlichen“ angegriffen wird: Ein solcher Überfall ist in mehrfacher Hinsicht skandalisierbar, weil die Täter-Opfer-Arithmetik stimmig ist.

Wird ein schwuler Mann Opfer von Gewalt, ist dies in zweifacher Hinsicht schwierig: Erstens ist er ein Mann und Männer werden ungern in Opfer-Zusammenhängen gedacht, zweitens ist er homosexuell und genießt als solcher nicht unbedingt die ungeteilte Sympathie des Publikums.

Interessant in diesem Zusammenhang war ein Überfall auf ein lesbisches Paar in einem Ost-Berliner Stadtteil, der für gewöhnlich mit Rechtsradikalismus assoziiert wird. Die mediale Aufmerksamkeit war in diesem Fall relativ groß, da er bei in Frauenfragen engagierten und interessierten Medienschaffenden in das entsprechende Wahrnehmungsraster passte: Nazis überfallen lesbisches Paar. Der – bei allem gebotenen Respekt für die Opfer – Treppenwitz: Es handelte sich eigentlich um einen klassisch homophoben Übergriff, da die Täter die beiden Frauen für zwei schwule Männer gehalten hatten.

Doch auch dieser Fall war ein Glied in jener Kette von Vorfällen – inklusive der Schändung des Mahnmals zum Gedenken an die homosexuel-

len Opfer des Nationalsozialismus im Berliner Tiergarten –, die dem Thema „Gewalt gegen Schwule“ nach einer Unzeit des Darüberhinwegsehens eine gewisse Aufmerksamkeit in den überregionalen Qualitätsmedien bescherte: Zeitungen von der *Süddeutschen* bis zur *FAZ* nahmen nun, wenn auch etwas zaghaft und zum Teil auch unbedarft, das Thema „Gewalt gegen Schwule“ in ihre Berichterstattung auf. Ein erster Schritt in Richtung einer gesellschaftlichen Sensibilisierung, aber womöglich auch für die Schwulen selbst: Wenn sogar in der Zeitung und im Fernsehen darüber berichtet wird, dass die Bedrohungen, denen sie sich ausgesetzt sehen, ernst zu nehmen sind, nehmen sie selbige – und damit sich – womöglich eher ernst.

Schwul, ernsthaft

Denn mit dem Ernst ist es so eine Sache, wenn es um die Wahrnehmung und die Berichterstattung über Schwule geht. Läuft eben noch „Brokeback Mountain“ in der deutschen Fernsehfassung, also ohne die einzige explizite Sex-Szene, läuft in der Werbepause schon wieder der Trailer für Bully Herbigs „(T)raumschiff Surprise“, in dem die Schwulen konventionell daherkommen, also als Witzfiguren in engen Kostümen statt als Kerle mit Boots und Cowboyhut. Ein schwuler Cowboy macht so schnell keinen Sommer, in Erinnerung bleiben eher Schwule wie der Sänger „Mark“, ehemaliger Gewinner von „Deutschland sucht den Superstar“, der sich in der Boulevard-Presse als homosexuell outete und erklärte, dass er von seinem Lebenspartner geschlagen wurde. Der Bild-Zeitung war dies eine Seite-1-Geschichte wert, allerdings nicht, weil man sich in der Redaktion für das Problem häuslicher Gewalt zwischen Homosexuellen interessieren würde.

Der „Erregungsfaktor“ bestand darin, dass ein Mann von „seinem Mann“ verprügelt wurde – eine originelle Abweichung von der üblichen Konstellation „Mann schlägt seine Frau“.

Diese Anekdote aus dem Leben des Sängers verhalf ihm im Ergebnis zu einer Stärkung seines Marktwertes als schrille, homosexuelle Witzfigur, über die man gerne mal lacht, auch z.B. in Talkshows des Öffentlich-Rechtlichen Fernsehens.

Eher nicht in Erinnerung bleibt dagegen der Künstler David Millholland, der in Potsdam von Jugendlichen angegriffen wurde und sich verteidigte, und zwar mit einem Biss in die Hand eines der Jugendlichen, verbunden mit der Androhung: „Ich habe AIDS und du hast es jetzt auch“. Der Jugendliche verklagte Millholland daraufhin wegen Körperverletzung, doch Millholland wurde freigesprochen. Millholland hatte jedoch eine aus medialer Wahrnehmung derart bizarre „Opfer-Kombination“ aufzuweisen – Jude, schwul, HIV-positiv –, dass es wohl einfach zuviel war für die bürgerlichen Medien.

Angst, Scham und Unwissen

Was wiederum auf ein generelles Problem im Umgang mit schwulen Themen in der Medienlandschaft verweist, nämlich das der Überforderung. Zum einen gibt es die bereits angesprochenen Berührungsängste mit einem Thema, das trotz aller Liberalisierung immer noch mit Scham und Peinlichkeit besetzt ist, was mit ein Grund für die überwiegend humoristisch geprägte Herangehensweise sein dürfte. Zum anderen aber besteht schlicht ein Informationsdefizit in Bezug auf die Lebenswelt und Geschichte der schwulen Minderheit, was insofern schon kaum zum Vorwurf gemacht werden kann, als viele Schwule selbst kaum oder wenig über diese Zusammenhänge wissen. Während es in aufgeklärten schwulen Kreisen sowohl zum kollektiven Gedächtnis als auch gerade für Ältere zum alltäglichen Bewusstsein gehört, dass Homosexuelle im Nationalsozialismus verfolgt wurden und zu Tausenden in Konzentrationslagern starben, ist dies vielen Bürgern, ob jung oder alt, wenn überhaupt als Fußnote der Geschichte bekannt. Nicht wenige Menschen waren daher ziemlich überrascht, als das Mahnmal für die homosexuellen Opfer im Berliner Tiergarten errichtet wurde. Andere schüttelten nur leicht angenervt den Kopf, weil nun wieder eine Partikulargruppe ihren Opferstatus mit Hilfe einer Stele für sich reklamierte und man der Opfer langsam überdrüssig ist: Nun auch noch die Homos.

Dass solche Meinungen mittlerweile eher hinter vorgehaltener Hand bzw. unter Ausschluss der offiziellen Öffentlichkeit vertreten werden, ist durchaus ein zivilisatorischer Fortschritt. Offene Anfeindungen gelten spätestens seit den Neunziger Jahren als nicht mehr schicklich, da sie nicht dem Gebot der „Political Correctness“ entsprechen. Ein Sittenwandel, der für die Betroffenen angenehm sein kann, weil er sie vor ständigen Verletzungen und Bloßstellungen im Alltag schützt. Dieser Sittenwandel bedeutet jedoch nicht, dass sämtliche Stereotype, Vorurteile und Vorbehalte gegenüber Schwulen einfach verschwunden wären. Sie werden nur nicht mehr hemmungslos öffentlich verhandelt – und den Schwulen-Witz erzählt man eben, wenn man unter sich ist: Es macht Spaß, öffentliche Gebote gezielt zu unterlaufen. Solange dabei niemand ernsthaft verletzt wird, ist das auch kein Problem, das man bierernst bekämpfen müsste. Das Problem: Auch wohlmeinende, zutiefst liberale Geister wissen insgeheim um diese Inkonsistenzen und kleinen Verlogenheiten, was einen offenen oder vielmehr unverkrampften Umgang mit dem Thema Homosexualität nicht gerade erleichtert und Vermeidungsstrategien befördert. Man beschäftigt sich lieber gar nicht mit diesen Zusammenhängen, „ist doch kein Thema“. Man möchte auch nicht gerne etwas Falsches schreiben, fragen oder sagen. Menschen scheuen nun mal das Risiko, sich zu blamieren.

Generell wandelt jede Minderheit, die ihre Rechte einfordert und auf ihre Beschädigungen und Benachteiligungen hinweist, auf einem schmalen Grat. In der Wahrnehmung der Mehrheit – die es verständlicherweise auch ganz angenehm findet, in der Mehrheit zu sein – wirken solche Äußerungen schnell als zum einen lästiges, zum anderen zu vernachlässigendes, nicht relevantes Geräusch. Forderungen werden gerne als störend empfunden, zumal wenn sie nicht von jemandem Neutralen, sondern von – parteiischen – Betroffenen stammen. Was wiederum der einfachen Tatsache geschuldet ist, dass es in den allermeisten Fällen den Betroffenen selbst überlassen bleibt, sich um ihre Belange zu kümmern. So weit, so demokratisch. Geschenkt bekommt man eben nichts. Zu einem gewissen Prozentsatz müssen sich Schwule daher damit abfinden, dass ihre Belange nicht automatisch auf offene Ohren stoßen, sondern es vielmehr ein Stück Arbeit bedeutet, sich öffentliches Gehör zu verschaffen. In einer Zeit, in der politisches Engagement nicht mehr im Mainstream der Gesellschaft verankert ist, hilft dementsprechend nur eine moderne Pressearbeit und ein modernes Campaigning: öffentlichkeitswirksame Aktionen, Ausstellungen, Buchveröffentlichungen, Diskussionsveranstaltungen, Tagungen mit relevanten Teilnehmern. Und natürlich Demonstrationen wie die jährlichen CSD-Paraden, die allein aufgrund ihrer Größe und medialen Präsenz eine einzigartige Plattform bilden.

Aktualität und Relevanz

Am ehesten erfolgreich wird in diesem Anliegen derjenige sein, der sich auf die Logik der Medien einstellt. Medienschaffende arbeiten sich Tag für Tag durch eine riesige Flut von Tickermeldungen, Ereignissen, Pressemitteilungen und versuchen, die Spreu vom Weizen zu trennen – im Idealfall im Interesse des Lesers. Die Entscheidung, welches Ereignis größer herausgestellt oder überhaupt beachtet wird, ist von vielen Faktoren abhängig, vor allem jenen der Aktualität und der Relevanz. Was die Aktualität angeht, haben schwule Themen nur einmal im Jahr Konjunktur, nämlich rund um den CSD. Der Jahrestag wird in der Vorausplanung der Redaktionen meist berücksichtigt – und wenn dies nicht der Fall war, sind selbige auch für spontane, möglichst „originelle“ Themen dankbar, natürlich am dankbarsten für einen geouteten Fußballspieler. Schwieriger ist es, dem Faktor Relevanz gerecht zu werden, wenn es um Themen, Vorfälle oder Ereignisse geht, die „nur“ eine Minderheit betreffen. Auf optimale Bedingungen stößt hier derjenige, der es vermag, ein schwules Thema mit einem allgemeinen, gesellschaftlich relevanten Thema zu verbinden. Um erneut das Fußball-Beispiel zu strapazieren: Wenn alle Medien über Wochen rund um die WM oder EM berichten, kommt das Thema Schwule und Fußball gerade recht, um für

Abwechslung und Originalität zu sorgen. Im Prinzip geht es immer darum, die schwulen Anliegen so zu verpacken, dass sie über ein reines Minderheiten-Interesse hinausgehen.

Special Interest

Eine seriöse, dem rein emanzipativen Anliegen Rechnung tragende Berichterstattung wird man ansonsten ausschließlich in ohnehin Minderheiten gewogenen, linken bis linksliberalen Medien finden. Oder natürlich in den noch immer zahlreichen schwullesbischen Publikationen.

Wobei auch diese selbstverständlich genauso funktionieren wie die Medien der Mehrheitsgesellschaft. Es handelt sich zwar um „Special Interest"-Produkte, so dass diese im Vergleich viel mehr Wissen als selbstverständlich voraussetzen können, dennoch gilt auch für sie: Redundanzen gilt es zu vermeiden. Themen, wie dringend sie auch scheinen, brauchen einen „Aufhänger", um Aufmerksamkeit zu erregen. Auch die schwullesbischen Medien unterliegen den Gesetzen des Marktes, d.h. sie müssen „werberelevante Umfelder" schaffen und eine möglichst hohe Auflage bzw. Verbreitung erreichen, um Werbekunden an sich zu binden – sogar in einem weit stärkeren Maß als andere Medien, da es sich bei ihnen häufig um kostenlose Magazine handelt, ob sie nun *Siegessäule*, *hinnerk* oder *Box* heißen. Aufwändige, hochwertige Verkaufstitel am Markt zu halten ist schwer und nur für große Verlage (etwa Bruno Gmünder mit *Männer*) möglich, neue zu etablieren schwierig und manchmal auch unmöglich – wie die Einstellung des noch recht jungen Titels *Front* Anfang des Jahres 2009 belegt. Es handelt sich um Nischenprodukte, die sich innerhalb ihrer Grenzen bislang weitestgehend behaupten können – auch wenn sie größtenteils nicht die (finanzielle) Kraft aufbringen, sich den Herausforderungen des Web 2.0. zu stellen. Die deutschen schwullesbischen Medien sind im Netz bislang noch immer weitestgehend unterrepräsentiert. Die einzige tatsächliche mediale Weiterentwicklung der letzten Jahre war die Einführung von *Timm TV*, dem ersten schwulen Fernsehsender in Deutschland, der gerade im Begriff ist, ein tägliches, schwulen Themen gewidmetes News-Format zu entwickeln.

Harte politische Themen werden in allen schwullesbischen Medien weiterhin mit Regelmäßigkeit aufgenommen, wenn auch längst nicht mehr in jenem Maß, das die älteren Schwulen und Lesben von früher her gewohnt sind. Die radikaleren, hochpolitisierten Diskurse finden meist in Blogs oder Abo-Magazinen wie der *Gigi* statt. Sie sind keineswegs verschwunden, bilden aber längst nicht mehr den Mainstream der schwullesbischen „Community" ab, die sich nunmehr in viele verschiedene Szenen ausdifferenziert hat. Die „Mainstream"-schwullesbischen Medien stehen also vor der Her-

ausforderung, all diese verschiedenen Szenen und Lebenswelten zu bedienen, die von der lockerer gewordenen Klammer „gleichgeschlechtlich liebend“ zusammengehalten werden: Studenten der Gender-Wissenschaften und Friseure, Vertriebsmitarbeiterinnen mit FDP-Parteibuch und Hartz IV-Empfänger, die auf Demos der Linkspartei gehen, Fetisch-Liebhaber und in Treue lebende Paare, die Keramik sammeln.

Positive Selbstbilder

Sie alle bilden die Leserschaft der schwullesbischen Medien, die meist als Komplementär-Lektüre genutzt werden. Ihren Erwartungen müssen die Blattmacher entsprechen, und zu diesen gehört auch, dass Schwule und Lesben sich in einem Klima zunehmender Liberalisierung nicht permanent in negativen Zusammenhängen gespiegelt sehen wollen. Es gibt auch bei ihnen eine Sehnsucht nach positiven Selbstbildern jenseits von HIV, Unterdrückung und Opfer-Status – auch und gerade in den Medien, die innerhalb der Ghetto-Mauern, also unter Ausschluss der Mehrheit erscheinen. Auch „en famille“ möchte man nur allzu gerne glauben, dass die Wirklichkeit längst so schön und heil ist, wie es allenthalben verlautbart wird: Es ist eigentlich alles erreicht, es ist doch nicht mehr so schlimm wie früher – verbunden zum Teil mit der entnervten Frage: „Was wollt Ihr denn jetzt noch?“ Wer immer nur jammert, macht sich schnell unbeliebt. Gefragt sind vielmehr gute Laune, gutes Aussehen, Unterhaltsamkeit, Optimismus. Dies sind die modernen Stereotypen, die den Homosexuellen wohlwollend angetragen werden. Mit ihnen lässt es sich ja auch ganz gut leben, kein Wunder also, dass diese Fremdbilder nur allzu gerne übernommen werden. Im Ergebnis führt dies jedoch dazu, dass viele nach wie vor manifeste Probleme unter den Tisch fallen und komplett ausgeblendet werden.

Die schöne schwule Homowelt ist vielfach eingebildet und eben nicht so rosa, wie sie gerne erscheinen soll. Man möchte nicht an die weiterhin existierenden Belastungen erinnert werden, die noch immer schwierigen Coming-Outs, die subtilen Kämpfe des Alltages.

Gegen die Wand

Genau diese alltägliche Homophobie wurde längst als Normalität akzeptiert: Man weiß, dass man sich an bestimmten Orten besser unsichtbar macht, auf Küsse verzichtet, vom Händchenhalten lieber absieht. Was zur Folge hat, dass sie im Fall eines Übergriffs der Meinung sind, „selbst schuld“ zu sein, weil sie nicht vorsichtig genug waren. Eine Haltung, die den Opfern nicht vorzuhalten ist, sondern lediglich ein ziemlich klares Bewusstein für

die Grenzen der Toleranz spiegelt. Ältere und mittelalte Schwule spüren, dass der gesellschaftliche Druck deutlich nachgelassen hat und genießen dies auch – aber ihnen ist klar, dass ein Nachlassen keinen totalen Druckabfall bedeutet. Oder, um im Bild zu bleiben, ein entspanntes Leben in kompletter Freiheit vor allem in spezifischen Blasen möglich ist: in bestimmten Innenstadtquartieren größerer und mittlerer Städte zum Beispiel. Und insgesamt vor allem in den westlich geprägten Demokratien, die gewiss nicht die Mehrheit der Weltbevölkerung stellen – und sich in Folge der Globalisierung keineswegs im Zustand einer hermetisch-sicheren Blase befinden.

Vor allem jüngere Schwule und Lesben fallen hingegen aus allen Wolken, wenn sie Zeugen von entsprechenden Aggressionen werden – oder selbst von ihnen betroffen sind. Sie können sich, als in die Zeit der Liberalisierung Hineingeborene, überhaupt nicht vorstellen, dass sie solchen Anfeindungen ausgesetzt sein könnten.

Man wünscht ihnen, dass sie über so etwas nur in der Zeitung lesen müssen – und natürlich, dass sich die Geschichte zu ihren Gunsten entwickelt. Gelingt den Schwulen und Lesben eine „nachhaltige" Ankunft in der sicheren Mitte der Gesellschaft oder waren die bisherigen emanzipatorischen Erfolge nur ein geglückter erster Anlauf, der im Rahmen eines konservativ-religiösen Rollbacks zurückgeschlagen wird? Auf den launischen Zeitgeist ist schließlich kein Verlass, und im Moment ist die Freiwillige Selbstbeschränkung auf dem Vormarsch – zu Ungunsten der zuvor propagierten maximalen persönlichen Freiheit. Keine Experimente, dafür Kinder (Ursula von der Leyen), Küche (Kerner), Kirche („Wir sind Papst"). Mögen auch viele Schwule in der Lage sein, sich in diese Lebenswelten einzuschmiegen: Wer sagt, dass sie dort auch erwünscht sind? Vor allem, wenn es in der „Mitte" der Gesellschaft immer enger wird. Die Folgen der Wirtschaftskrise des Jahres 2009 sind noch gar nicht absehbar, aber sie wird das Abschmelzen der Mittelschicht in den Industrieländern – und weltweit – sicherlich befördern. Und generell sind wirtschaftlich schlechte Zeiten noch nie gute Zeiten für Minderheiten gewesen. Wer will, kann die zunehmende Gewalt gegen Schwule bereits jetzt in diesem Zusammenhang lesen.

Eine optimistischere Perspektive wäre: In ungefähr zehn bis zwanzig Jahren ist das Thema Homosexualität tatsächlich kein Thema mehr, sondern eine langweilige Normalität, die vom Mainstream absorbiert wurde. Was für manchen Schwulen auch ein Schrecken wäre, nähme ihm dies doch jenen Status des Besonderen und Individuellen, der in einer normierten und zugleich narzisstischen, spätkapitalistischen Gesellschaft als besonders erstrebenswert gilt.

Aber noch ist es nicht so weit. Noch sind Schwule ein schrilles, witziges, schräges, ästhetisch interessantes, skurriles, gruseliges und exotisches Thema. Ein Thema, das polarisiert und mit dem man Wahlkampf betreiben kann – meist auf ihrem Rücken.

Es bleiben am Ende die Tatsachen der nackten Gewalt, die alle Diskurse, Einschätzungen und Zukunftsperspektiven auf einen Prüfstein stellen: Wie ist es denn nun tatsächlich um die Freiheit der Schwulen und die Toleranz / Akzeptanz von Seiten der Mehrheitsgesellschaft bestellt? Eine eindeutige Antwort können auch „die Medien", in Wahrheit ein loses, nicht zentral gesteuertes und zum Teil indirekt oder gar nicht vernetztes Konglomerat von Einzel-Akteuren, nicht liefern. Ihre Aufgabe ist es jedoch, Fragen zu stellen, Debatten anzuregen, Hintergründe aufzuklären – oder Themen auch mal gegen den Strich zu bürsten, die nicht Mainstream-kompatibel sind. Kein leichtes Unterfangen, wenn Redaktionen personell immer stärker ausgedünnt werden: Zum einen im Rahmen der voranschreitenden Konzentration auf dem Medienmarkt, die beinhaltet, dass viele ursprünglich eigenständige Print-Medien von nur einer Zentral-Redaktion mit Texten bestückt werden, zum anderen schlicht, um Personalkosten zu sparen. Fast alle Zeitungen haben mit sinkenden Auflagen zu kämpfen. Jüngere Leser bevorzugen längst digitale Medien, die von Schnelligkeit leben und auf wenig Personal ausgelegt sind.

Die Medienlandschaft ist nicht nur in einer Krise, sondern befindet sich im Wandel. Während die traditionellen Verlage zur Konzentration neigen, differenziert sich der öffentliche Diskurs dank Internet in immer kleinere Vermittlungs- und Diskussionsinstanzen aus. Stichwort Blog. Ob diese Entwicklung der Vermittlung schwuler Interessen und Probleme nützen wird oder zu einer Marginalisierung führt, liegt dann am Ende auch an den Schwulen selbst. Das Netz bietet mehr Möglichkeiten als Porno-Download, Cam-to-Cam-Date und Internet-Dating. Diese Techniken zumindest haben Schwule schon intensiv genutzt, als *Facebook* noch als Quark im Schaufenster lag.

4 Homosexualität in der Gesellschaft

Jan Feddersen:
Feigheit aus Bequemlichkeit 70

Feigheit aus Bequemlichkeit

*von Jan Feddersen**

Gläserne Wände oder: Woran es liegt, dass homosexuelle Jugendliche sich durch Schule, Verwaltung und Pädagogik nicht geschützt fühlen

Kinder, die sich lange vor ihren Coming-outs als anders als die anderen Kinder empfinden und zunächst vage, doch mit Gefühlen von Panik vermuten, schwul (oder lesbisch) zu sein, zeigen eine deutlich höhere Bereitschaft, über eine Selbsttötung nachzudenken. Das allein verweist auf einen Skandal, der von den gesellschaftlichen Hilfsapparaten wie eh und je nicht wahrgenommen wird. Dieser Text ist all jenen gewidmet, die Hilfe nötig haben – und die auf Solidarität und Mitgefühl hoffen können sollten.

Auf Papier gibt es kein Problem mehr. Lehrer und Lehrerinnen haben Lehrmaterial zur Verfügung, das Homosexuelles nicht mehr als Irriges, als verfehlende Abweichung von der Norm im Schulunterricht behandelt wissen will. Anders als in allen Bundesländern einst, gibt es, zumindest theoretisch, keinen Anlass, sich über die Lehrmaterialien zu mokieren. Besonders in Berlin wird Homosexualität als gleichwürdige Spielart des Sexuellen überhaupt verhandelt.

Wird? Zumindest theoretisch. Tatsache ist aber, dass die seelischen Befindlichkeiten von Homosexuellen vor ihrem, juristisch gesehen, Erwachsenwerden mit dem 18. Lebensjahr dieser Gewogenheit nicht entsprechen. Schwule oder lesbische Jugendliche, so vermittelt es sich in Beratungsstellen oder den wenigen wachsamen Lehrern, erleben ihre Coming-outs, ihre sexuelle Identitätsfindung nicht minder traumatisierend als Homosexuelle früherer Generationen. Ausgeprägten Neigungen zum Depressiven, gar zu suizidal getränkten Grübeleien oder überhaupt ein Lebensgefühl von Verfehlung sind Jugendlichen vor ihren Coming-outs, den Schwulen und Lesben im Larvenstadium quasi, überwiegend gemeinsam.

Das muss zu denken geben. Woran liegt es, dass die Oberfläche schön glänzt – also Hilfsinstitutionen wie Beratungsstellen, Behörden, Schulen und andere Teile des Netzwerkes der Betreuung von Jugendlichen –, aber die gesellschaftliche Wirklichkeit sich offenkundig in den Selbstbildern von Homosexuellen vor ihren Coming-outs kaum spiegelt? Welche Gründe kann es haben, dass bei aller Aufklärung und Vermittlung im Sinne von Selbst-

---

* *Jan Feddersen, Jahrgang 1957, Autor und Redakteur der Tageszeitung TAZ in Berlin, lernte während der Pubertät Homosexuelles als Irriges und Abnormes kennen. An Hilfe war in seinen Siebzigerjahren in keiner Hinsicht zu denken. Er engagiert sich regelmäßig für MANEO, das Schwule Überfalltelefon, und schreibt außerdem in unterschiedlichen Medien zur Theorie des Homosexuellen.*

annahme und -akzeptanz Jugendliche nichts als ein so großes Problem ansehen wie den Umstand, schwul oder lesbisch sein zu können? Wie kann erklärt werden, dass Homosexualität, wenn es einen selbst betrifft, als das schlimmste Seinsübel gehalten wird?

Einen Hinweis mag eine Erzählung des – selbst souverän offen schwul agierenden – Sexualwissenschaftlers Martin Dannecker geben. Er berichtet sie aus seiner Klinik, eine Jahrzehnte seine therapeutische wie klinische Praxis bündelnde Anekdote aus einer Selbsterfahrungsgruppe von Eltern schwuler Söhne. In dieser Gruppe, die zu besuchen für viele dieser Mütter und Väter homosexueller Kinder ohnehin schon Akten von Überwindung gleich kam, erzählten die Teilnehmenden von ihren Kindern. Mehr minder glichen sich die Berichte; allermeist waren die Beiträge von Bedauern und Anteilnahme geprägt. Allen war das Bekenntnis gemein, dass es ihren Kindern nicht schlecht gehen soll, im Gegenteil. Als eine Mutter jedoch von ihren zwei Söhnen Kunde gab, der eine hetero, der andere homo, gab es unter den anderen Elternteilen unruhiges Geraschel, ja, teilweise aggressiv gestimmte Nervosität, die der Erzählenden auch teils deutlich vermittelt wurde. In einer supervisorischen Sitzung erkannte Dannecker die Besonderheit der Mutter, die von ihren zwei Söhnen berichtete, überdeutlich. Sie war die Einzige unter den Selbsterfahrungseltern, die die Lebensromane ihrer Kinder gleichmütig darlegte. Ihrem heterosexuellen Sohn schenkte sie ebensolche Beachtung wie ihrem homosexuellen. In Tonlage und Körpersprache war ihrer Rede nicht anzumerken, dass sie ihrem schwulen Sohn ein besonderes Augenmerk schenkte – weder in einer möglichen Phantasie vom Opferdasein noch irgendwie sonst in Hinblick auf eine Sichtweise, die in ihm ein Moment der leichten Entwertung mit hinein projizierte.

Danneckers Schlussfolgerung fiel so kühl wie niederschmetternd aus. Selbst unter den meisten der libertär und tolerant gesinnten Eltern konnte Homosexuelles offenbar nicht als gleichwertig, als normal oder als ebenso erwünscht gedacht werden wie bei Eltern, die klassische starke Aversionen gegen Homosexuelle zu äußern bereit waren. Selbst bei jenen Eltern, die ihre Selbstbilder aus dem Fundus der Aufklärung, der Idee der Selbstbestimmung und der grundsätzlichen Integrität jedweden nicht andere schädigenden Lebensentwurfs ziehen, sind mindestens Reste eines antihomosexuellen

Ressentiments spürbar. Im politischen Raum mögen diese Spurenelemente von Homophobie irrelevant scheinen: Selbst Politiker, die Homosexuelle nicht mögen, haben in den vergangenen Jahrzehnten viele Gesetze unterstützt, die helfen sollten, Homosexuellen keine moralischen Giftsteine in den Weg zu legen; viele der rotgrünen Abgeordneten, die 2001 im Bundestag für die Eingetragene Lebenspartnerschaft stimmten, werden dies aus Gründen der Koalitionsräson getan haben, wohl nicht aber deshalb, weil sie der Idee des sexuellen Selbstbestimmungsrechts von Menschen anhingen.

Doch für die Betroffenen sind diese Fossilspuren des antischwulen Fühlens von größter Macht. Für einen Jungen, für ein Mädchen ist einerlei, ob Institutionen gegen ihn, gegen es sind; beiden ist es egal, wie die großen Mächte in der Welt ihre Leben verhandeln – wichtig, die erziehungswissenschaftlichen und psychologischen Expertisen sind da so eindeutig wie wenig anderes in diesen Disziplinen, ist Kindern einzig, ob sie von ihren Eltern geschützt werden, ob sie ihrer sicher sein können, und zwar bedingungslos. Wenn ein Nachbar, beispielsweise, sagt, ein Junge trage keinen Rock, mag das für den Heranwachsenden entwertend sein – aber verkraftbar, wenn die eigenen Eltern ihm mund- wie körpersprachlich eindeutig – auf dieses Wort kommt es an – signalisieren, dass sie dieses okay finden. Ein Kind kann Geschmacksdifferenzen mit den Eltern aushalten – um nichts als diese geht es meist während der Pubertät, wenn Pubertierende eine Musik hören, die den Eltern mehr als fremd ist –, aber keine Signaturen der Missachtung oder der Entwertung. „Wenn ein Junge einen Rock trägt oder lieber mit Mädchen spielt, statt sich mit anderen Jungs zu raufen“, ist ein Satz, der entwertet. Ein Satz aber wie „Ich würde mich lieber raufen, aber wenn du nicht willst, ist das auch in Ordnung“ hat zwar beim Kind eine Deutungsleistung zur Folge – meine Eltern würden das nicht machen, aber ich kann es, sie haben nichts dagegen –, aber keinen Akt der seelischen Distanzierung von den Eltern, mehr noch, des Gefühls, dass die eigenen Nächstangehörigen auf grundsätzliche Distanz gehen, macht er, was er gern machen möchte.

Kinder mögen, so sie später homosexuell empfinden und das Gefühl spüren, schon in der Kindheit anders als die anderen Jungs, Mädchen zu sein, in ihren Welten außerhalb des Elternhauses sich befremdet empfinden, können fühlen, dass sie gewissen Normen nicht nachkommen wollen oder können, mögen sogar die Stärke haben, sich in ihren Eigenheiten als kostbar zu begreifen, selbst wenn sie streckenweise sich Spott und Häme, offen oder subtil geäußert, aussetzen müssen. Wichtig bis ins Erwachsenenalter hinein ist die grundsätzliche Wertschätzung der Eltern.

Dass an dieser Verankerung – die nachgerade bedingungslose Liebe der Eltern – die Qualität eines menschlichen Lebensentwurfs hängt, mag

ein Beispiel aus einer anderen Minderheit verdeutlichen. Aus dem biographischen Material der Philosophin Hanna Arendt ist eine Begebenheit aus ihrer Kindheit überliefert. Im heute russischen Kaliningrad, damals Königsberg, lebend, kam die junge Hanna Arendt eines Mittags nach der Schule zu ihrer Mutter gelaufen, nicht berichtend, dass sie in der Schule als Jüdin diffamiert wurde. Die immerhin lediglich mündliche Attacke aus dem antisemitischen Fundus bekam die Mutter aber wahr – und kritisierte ihre Tochter. Nicht dass sie als jüdisches Mädchen entwertet worden sei, fände ihre Missbilligung allein, sondern vor allem der Umstand, dass die junge Hanna Arendt dies ihrer Mutter nicht vortrug. Die Mutter, jedenfalls, ging umgehend zum Rektor und verwahrte sich hart und kompromisslos gegen die antijüdische Attacke. Beide Gruppen, die homosexuelle wie die jüdische, sind in unserem Kulturkreis Minderheiten. Allerdings ist in der jüdischen Gemeinschaft ein Selbstbewusstsein präsent, sich nicht zu ducken und entwerten zu lassen. Die Differenz zwischen der eben erzählten Geschichte und zahllosen aus der homosexuellen Überlieferung ist ein feiner, dennoch grundsätzlicher: Juden schützen eineinander – aber schwule Jungs oder lesbische Mädchen können nicht zwangsläufig durch das elterliche Liebesgebot auf den Schutz ihrer Mütter und Väter vertrauen. Insofern ist das Gefühl des Ausgeliefertseins bei Homosexuellen – gerade in ihren kindlichen und jugendlichen Jahren – ein fundamentales: Ungeschützt durch die gesellschaftliche Mehrheit, weil eben diese getränkt ist von der Aversion gegen Homosexuelle, aber, wichtiger noch, ungeschützt von den Nächsten. Insofern nimmt es kein Wunder, dass Psychologen, Pädagogen und Seelsorger von einem besonderen Einsamkeitsgefühl bei homosexuellen Klienten berichten, von einem spezifischen Empfinden, in der Welt allein zu stehen, auf der Erde keinen festen Tritt zu haben und in jeder Hinsicht psychisch prekär leben zu müssen. Homosexualität, das ist der Lerninhalt aller Aggressionen, ist das Allerletzte.

Es liegt heute offenbar einiges im Argen. Die offizielle Haltung zur Homosexualität ist weithin eine akzeptierende. Selbst Konservative möchten Schwul- oder Lesbischsein nicht mehr verbieten; ein Rückfall in die Rechtsposition, die bis 1969 gültig war mit dem Totalverbot homosexueller Praxis, wird von niemandem außer von christlichen oder islamischen Sekten gewünscht geschweige denn gefordert. Die Frage in einem Bundesland wie Berlin, en gros wie meist auch en detail keine Stadt der religiösen Aufladung, muss gerade lauten: Woran liegt es, dass Jugendliche immer noch nichts so sehr fürchten wie Homosexualität? Mehr noch, selbst bei SchülerInnen, die um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt mangels guter Zeugnisse bangen?

Die Ursachen für diese Misere – jedeR Homosexuelle erlebt sein oder ihr Coming-out in erster Linie als Mühe, sich gegen die monströs erlebten Akte von Entwertung des Schwulen oder Lesbischen zu wehren und sie quasi umzucodieren in eine innere Sichtweise, die auf Akzeptanz und Bejahung setzt – liegen in einer immer noch weit verbreiteten Empfindung, dass Homosexuelles einen Mangel darstellt und ein Drama bewirkt. Normal im Sinne des Erwünschten ist nur Heterosexuelles, also das zweigeschlechtliche Begehren, gemessen an der biologischen Prägung. Die Tragödie liegt möglicherweise darin begründet, dass Eltern gern in ihren Kindern sich selbst fortgesetzt, weitergelebt sehen möchten. Aber, weil ohnehin schwule Männer wie lesbische Frauen "Produkte" einer heterosexuellen Begegnung sind, wollen sie sich, mehr oder weniger bewusst, in ihren homosexuellen Kindern nicht wiedererkennen. Stellen sie sich als schwul oder lesbisch heraus, so sagt es die moderne Sexualwissenschaft, werden die Kinder als illegitim, als ihren "ErzeugerInnen" nicht zugehörig, als unpassend empfunden – und dementsprechend, in Alltagsoperationen der Dauerherabsetzung behandelt.

Diese familialen Strukturen der psychosozialen Sorte aufzuweichen ist schwierig – doch Fortschritte sind möglich. Allein die Präsenz von Homosexuellen in den öffentlichen Sphären, in den Medien wie auch im Straßenbild, in den Metropolen wie Berlin ebenso einmal im Jahr bei der Christopher-Street-Paraden-Demonstration, hat Homosexuellen und Anderssexuellen zumindest eine positive Wahrnehmung außerhalb der familiären Körper ermöglicht. Besser: Sie haben sie sich selbst zur Möglichkeit gemacht. Es existieren außerhalb der Familie wenigstens Netzwerke, die sich auch öffentlich gut behaupten können. Dennoch bleibt der Befund: Homosexuelle werden in ihren eigenen Familien allermeist zunächst als Störfaktoren wahrgenommen. Bis in unsere Tage halten sich Argumente, die Homosexuellen Schuld zuweisen, dass sie so sind, wie sie sind. Schwule seien verführt worden, widersetzten sich dem Schöpfungsauftrag, verweigerten sich der Idee der klassischen Familie – es gibt faktisch niemand, weder in den Human- und Betreuungswissenschaften, der Homosexualität für erwünscht hielte. Immer noch dominiert das Muster der Uneigentlichkeit. Selbst in aufgeklärt liberalen Milieus gilt das unbewusste Gebot des Sonderfalls Homosexualität. Das mag allerdings auch damit zu tun haben, dass die Mehrheit immer gut findet, die Mehrheit zu sein und sich diese Macht auch nicht nehmen lassen möchte – ein Muster, das aus Gesellschaften auch bei anderen Fragestellungen ersichtlich war und ist. Etwa bei der weißen Bevölkerungsschicht der USA, der nichtmuslischen Bevölkerung Deutschlands, der nichtatheistischen Bevölkerung der meisten mitteleuropäischen Länder. Die Machthaber des Mehrheitlichen schätzen nicht, wenn

Minderheiten gleiche Rechte und gleiche Wertschätzung beanspruchen.

Und weil dies so ist, wird die latente wie teils offene Gewalt gegen homosexuelle Männer auch begreifbar. Auch in dieser liberalen Gesellschaft wachsen junge Schwule in einem Gefühl der Ungleichwertigkeit auf; anders herum, noch gewichtiger, hat die sich heterosexuell verstehende Mehrheit das Gefühl, dass Homosexuelle bedroht werden "dürfen". Die Untersuchungen zur strukturellen, latenten wie manifesten Gewalt gegen schwule Männer lassen dies bereits in einer spezifischen Hinsicht ahnen: Die meisten Opfer fühlen sich tragischerweise zurecht gedemütigt, belangt, ausgeraubt und verhöhnt. Den Tätern hingegen, ausgerüstet mit einem Arsenal an homophoben "Waffen" von der spöttischen Bemerkung bis hin zur geballten Faust, fehlt jegliches Unrechtsbewusstsein. Schwule haben es nicht anders verdient!, Homos sind keine richtigen Männer, also dürfe man sie erniedrigen!, Schwule können sich nicht wehren, also schlägt man sie besonders!

Dass gerade hinter vielen Täterpersönlichkeiten charakterliche Profile sichtbar werden, die auf eigene unbewältigte homosexuelle Anteile deuten, die im Hass auf Homosexuelle den eigenen Hass auf ungelebte homosexuelle Gefühle ausdrücken, bleibt in Sonderheit in der öffentlichen Wahrnehmung ausgeblendet. Homosexuelle, das wird in den polizeilichen Apparaten erst langsam begriffen, verkörpern im Bewusstsein von homophob gestimmten Tätern das Schlechte, das Abgelehnte, das zu Verachtende – gelernt haben sie diese Sichtweise, ja im Grunde ein Hass auf das eigene Geschlecht, aus ihren Familien. Sie lehnen Schwule ab, weil sie als passiv, unmännlich, also weiblich wahrgenommen werden. Weibliches aber, das ist der Kern einer homophoben Person, meint für den eigenen Lebensentwurf das Falsche, Misslungene, Minderwertige.

Den trotz gröberer und feinerer Liberalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Vergleich mit den Sechzigerjahren nach wie vor betoniert scheinenden familiären Verhältnissen, ihrer Hartleibigkeit und Beständigkeit zum Trotz, verhält es sich mit der gesellschaftlichen Einrichtung der Umsorge und der Betreuung anders. Sie müssen sich positiv zu Homosexuellem verhalten, gleich ob Polizei, Behörden, Schulen, sozialpädagogische Einrichtungen oder Beratungsstellen. Wenngleich in ihnen Menschen arbeiten und wirken, die den gleichen Prozessen der ewigen Wiedergeburt homophober Wahrnehmungsweisen ausgesetzt sind, muss von ihnen verlangt werden, dass sie sich der Aufklärung schlechthin nicht verweigern, auch nicht in passiver, duldender Art.

In den Behörden gibt es immer noch nicht genug Bereitschaft, die Anliegen Homosexueller zu respektieren; Verwaltungshandeln wird verschleppt, beispielsweise im Hinblick auf die Förderungspolitik von staats-

finanzierten Betreuungseinrichtungen. Weshalb sollten sozialpädagogische Einrichtungen Geld bekommen, obwohl sie sich den Fragestellungen einer Arbeit gegen Homophobie faktisch verweigern? Warum wird Homophobie gerade in den Profilen von Intensivtätern nicht nachgegangen – und administrativ ein engmaschiges Netz gesponnen, in dem diese besondere Motivlage von Gewalttätern gegen Homosexuelle aufgegriffen, ja, überhaupt wahrgenommen wird? Woran liegt es, dass man den offen bekundeten Homosexuellenhass von Gewalttätern nicht auch in deren Familien auf die Spur kommt? Wird der Täter dort geschlagen, gedemütigt – und bekommt er dort signalisiert, dass ein Mann sich aggressiv gegen Homosexuelle zu beweisen habe? Liegt möglicherweise eigene Homosexualität, ausagiert in Homophobie, den Taten zugrunde? In Ämtern und Behörden fehlt es hierfür noch an Bewusstsein – eine Bewusstseinsstruktur, die jener ähnelt, welche Frauen noch vor 20 Jahren entgegen schlug, wenn sie sich über Gewalt in ihrer Ehe beklagten und sie abgewiesen wurden mit der Begründung, dass eine Gattin diese zu dulden habe?

In Beratungsstellen gibt es inzwischen einige Bereitschaft, bei jugendlichen Klienten Probleme mit dem Coming-out wenigstens mitzudenken. Aber vorwiegend Institutionen, die Homosexuelle selbst ins Leben gerufen haben, haben das Wissen und können es auch zur Geltung bringen, jugendlichen Gefühlen von Entwertung und Minderwertigkeit ein Konzept von Selbstakzeptanz und Gleichwertigkeit nahezubringen. Was diese Beratungsstellen wie Mann-O-Meter oder MANEO nicht vermögen, ist die direkte Einflussnahme auf die entscheidende Institution von Kindern und Jugendlichen – die Schule.

Alle Curricula, Lehrpläne wie Lehrermanuale, schildern Homosexuelles nicht als Angelegenheit des Exotischen, Andersgearteten, sondern überwiegend – gar nicht. LehrerInnen scheuen sich häufig, das oft massiv homophobe Klima in ihren Klassen zum Thema zu machen oder sich gegen es durchzusetzen. Sie scheitern auch, weil sie Angst haben, selbst als homosexuell stigmatisiert zu werden – denn, so die unverhohlene Botschaft, wer Schwules oder Lesbisches in den Unterricht kraft Autorität einbringt, muss es – homosexuell – wohl selbst sein. Lehrer scheuen die Konflikte in meist jeder Hinsicht: Solche mit den SchülerInnen, aber auch mit dem Gros der Eltern. “Was soll denn das für ein Thema sein?” wird dann gefragt – “das ist nicht wichtig, denn mein Kind kann nicht schwul sein.” So bedingen sich alle Faktoren der Ignoranz diesem Thema gegenüber wie in einem System von Elementen, die sich gegenseitig zum Negativen befeuern. Weil es kein Thema sein soll, wird es nicht erörtert, und weil es nicht erörtert wird, bleiben für Jugendliche alle Fragen offen – auf dass die homophobe

Grundstruktur erhalten bleibt, die wiederum nicht zum Schmelzen gebracht werden kann, weil es, eben, mannigfaltige Widerstände gibt.

Die Widerstände gegen einen offensiven, zeitgemäßen Unterricht zum Thema Sexualität türmen sich nicht allein dadurch auf, dass es starke Vorbehalte gegen einen Sexualkundeunterricht seitens der migrantischen Milieus gibt. Gerade aus ihnen heraus, in Vierteln wie dem Wedding, Neukölln, Kreuzberg oder Mitte, kommen die meisten Berichte über Schulhofhomophobie, über vom Schulmainstream geduldete Aggressionen gegen MitschülerInnen, die als schwul oder lesbisch identifiziert werden. Unterfüttert wird diese Neigung zur Lustlosigkeit, Sexuelles, vor allem: Homosexuelles zum Thema zu machen, durch ein Curriculum, das dieses Thema als Möglichkeit verhandelt, nicht als Pflicht. Dass damit am ersten Neugierfeld Jugendlicher vorbei unterrichtet wird, ist ohnehin offenkundig. Aber: Weil Sexualität nicht zum Unterricht gehören muss, vor allem keine Beschäftigung mit allem, was nicht der heterosexuellen "Normalität" entspricht, fallen auch Pflichten flach, denen LehrerInnen nachzukommen hätten. Fortbildungsveranstaltungen können freiwillig in Anspruch genommen werden – aber weil viele LehrerInnen sich in ihrer Arbeit ohnehin belastet fühlen, tendiert die Bereitschaft zur Fortbildung ins Marginale. Wünschenswert wäre eine Regelung, die Sexualität überhaupt zum Kernthema des Unterrichts macht – eventuell auch als Begleitung des Ethik- und Religionsunterrichts. Wird es nicht thematisiert, droht die sexophobe und homophobe Atmosphäre an den Schulen nie zu versiegen.

Die liberalen Verhältnisse, die schwule Männer und lesbische Frauen mit Blick auf die Jahre einst schätzten, dürfen nicht ausblenden, dass es gerade in Deutschland kaum Bereitschaft von Funktionsträgern und Prominenten gibt, sich als schwul oder lesbisch zu outen – und zwar nicht als Exoten, sondern als normale Menschen. LehrerInnen fürchten um ihre Autorität, SportlerInnen um ihre Werbeverträge und ihre Fans, Vorgesetzte um ihren guten Ruf – sie alle werden Opfer von Verhältnissen, die sie selbst mit schaffen: Sie behandeln ihre Sexualität nicht wie ein Gewöhnliches, und weil das so ist, sprechen sie erst recht nicht drüber. Bloß nicht gebrandmarkt werden!

Vermisst werden muss ein Klima der Offenheit, der Erwünschtheit von Homosexuellen – wie eh und je handeln schwule und lesbische LehrerInnen, PädagogInnen oder Amtspersonen allermeist in dem Glauben, sich nicht als nonheterosexuell outen zu müssen und dürfen, weil sie als solche an Anerkennung einbüßen könnten. SozialpädagogInnen sind hiervon besonders betroffen – sie erachten in ihrer Arbeit leider viel zu oft als wichtig, nicht als homosexuell gesehen zu werden, weil dies sonst bei ihrer Klientel

Verachtung für sie hervorbringt.

Aus der Atmosphäre der Angst, des mehr oder weniger aktiven Beschweigens verschwindet ein gesellschaftlicher Begriff von Bürgerrechtlichkeit, Respekt und Achtung. Die Normen, um die es ginge, sind einfach formuliert: Respektiere, was dich nichts angeht; habe Achtung vor allen, wenn sie dir nicht schaden; führe dich nicht wie ein Moralwächter auf bei Nachbarn, Klassenkameraden oder KollegInnen. Schwulsein, so weit geht das Missverständnis, ist kein Lebensstil, sondern ein Begehren, das ein Mann für einen anderen Mann empfindet. Schwule Männer sind nicht an und für sich schrill und schräg – und insofern immer Helden oder Opfer von Moden, sondern Bürger der gleichen Klasse, der gleichen Wertigkeit wie Heterosexuelle. Ein gesellschaftliches Klima, das Homosexuelle nur bei einem CSD zu ertragen (oder ersichtlich zu ignorieren) bereit sind, ist kaum tragfähig, den gesellschaftlichen Toleranzvertrag mit Leben zu erfüllen. Respekt und Achtung sind nichts wert, gelten sie nur theoretisch oder für die gastronomischen Einrichtungen, in die Homosexuelle gehen. Dies würde die Tendenz befördern, das eigene, selbstbewusste Leben als schwuler Mann wieder nur im Privaten, im Versteckten zu erfüllen.

Für den gesellschaftlichen Frieden wäre ein Klimawandel nötig – einer, der Homosexuelle nicht als Parias und Aussätzige behandelt, sondern als erwünschte Bürger und Bürgerinnen überhaupt. Wichtig sind Strukturen der Toleranz und des Respekts – und zwar in jeder Region, in jedem Viertel, in jeder Behörde, in jeder Polizeistelle, in jedem Lehrerzimmer, in jedem Klassenraum und in jedem Raum einer sozialpädagogischden Einrichtung. Mit Menschen, leitenden wie betreuenden, für die, unabhängig von der eigenen sexuellen Identität, Homosexuelles nicht als Bagatelle scheint. An der Wertschätzung des Homosexuellen entscheidet sich, ob schwule Männer und lesbische Frauen von der Angst lassen können, überfallen, gedemütigt, ausgeraubt und entwertet zu werden.

Vieles ist dem Mainstream des Heterosexuellen abgerungen worden: Dass es überhaupt inzwischen ein Mindestbewusstsein für den Respekt vor Homosexuellen gibt; dass die Polizei sich um Opfer homophober Gewalt kümmert; dass es in Schulen allmählich ein Bewusstsein für die Anliegen Homosexueller nicht nur unter LehrerkollegInnen gibt, sondern auch die Notwendigkeit, dieses Thema im Unterricht offensiv zu thematisieren.Es ist nützlich, Beratungsstellen zu pflegen und mit Geldern der öffentlichen Hand am Leben zu halten. Selbst für scheinbar unbehelligt lebende Homosexuelle ist das Wissen um die Existenz dieser Notfall- und Beratungsstellen wichtig – ein Wissen, das sicherer macht, um die Wechselfälle des Lebens besser ins Auge fassen zu können: Noch nie als schwuler Mann überfallen

worden zu sein, heißt ja nicht, dass dies nie passieren wird!

Eine Fülle von Fragen bleibt abzuarbeiten. Gewalttäter gerade im jugendlichen Bereich werden von RichterInnen nur selten nach ihrer homophob gesinnten Tatmotivation befragt. Meist verschwindet der antihomosexuelle Hintergrund der Tat im Off, weil Homophobie nach wie vor von den meisten Juristen für eine zu vernachlässigende Größe gehalten wird. Nützlich wäre nicht allein, homophob inspirierte Taten unter einen eigenen Hassstrafparagraphen zu stellen, sondern die TäterInnen beim Strafmaß nicht allein mit einem Antigewalttraining zu konfrontieren, auf dass sie dieses absolvieren, sondern auch mit spezifischen Auflagen, sich mit der eigenen Homophobie auseinanderzusetzen – ein Vorschlag, der nötigenfalls auch gegen die familiäre Struktur der TäterInnen durchgesetzt werden muss. Null Toleranz in Sachen Homophobie – das wäre ein Perspektivenwechsel in der Sozialpädagogik, im Erziehungswesen generell wie in der Lehrerfortbildung wie im Unterricht, das wäre nützlich auch für Richterfortbildungen, für Schulungen bei der Polizei wie bei Behörden und in Beratungsstellen.

All diese Intiiativen, Maßnahmen und Verfahrensvorschläge könnten zu einem wichtigen, zivilisatorisch günstigen Resultat führen: Dass ein Jugendlicher, der ein Coming-out durchlebt, weiß, dass er allenfalls eine besondere pubertäre Irritation “erleidet”, aber kein Drama, für das er oder sie sich selbst kein Happyend vorzustellen vermag. Es würde eine allgemeine Atmosphäre begünstigen, in der Homosexualität kein anrüchiges Wort mehr ist, sondern ein Begriff, der eine Prägung umreißt. Homosexualität wäre dann ein Fremdwort, wie es zumeist das Wort Heterosexualität ist: Kein Heterosexueller würde sich ja so bezeichnen, denn das Heterosexuelle ist das Normale, und das Normale trägt meist keinen Namen. Schwul oder lesbisch sich zu empfinden, wäre dann eine Angelegenheit, die man straferwartungslos im Freundeskreis mitteilen kann, ohne befürchten zu müssen, aus der Clique geworfen oder gar mit Gewalt traktiert zu werden.

Dann würde man nicht mehr einen Homosexuellen danach fragen, wie er oder sie denn so geworden sei, ob es eine Enttäuschung mit dem anderen Geschlecht gegeben habe. Oder jedenfalls nicht mehr automatisch. Ebenso möglich wäre, dass ein heterosexueller Mann gefragt würde, woher denn seine Neigung zu Frauen rühre, besser, ob er denn in seiner Kindheit oder Jugend vom eigenen Geschlecht so enttäuscht worden sei. Das aber sind Phantasien, die fast utopisch anmuten. Noch muss sich immer der Homosexuelle erklären, als Sonderfall, den man mit Müh und Not gerade tolerieren kann, als ob die Güte eines menschlichen Lebens an seiner sexuellen Identität hinge.

Dann würde es das Natürlichste der Welt werden, homophob bewirkte Gewalttaten ebenso der gesellschaftlichen Ächtung auszusetzen wie es Hassreden gegen Juden, wie es Antisemiten ergeht, wie es mit Holocaustleugnern passiert. Homophobie ist kein trivialer Gemütszustand, sondern eine Prägung, die Menschen in Angst versetzt. In den klassischen Familien mag das Klima der Antihomosexualität noch nicht so günstig stehen, es braucht ein Tauwetter, auf dass Heterosexualität nicht mehr die allein liebsame Norm ist. Was die vom Staat unterhaltenen Institutionen anbetrifft, ist es die Pflicht des Staates, alles zu begünstigen, was Homophobie ächtet.

Dass für ein gesellschaftliches Klima noch Arbeit, jahrelange Arbeit notwendig ist, leuchtet angesichts der Problemlage ein. Dass wegen der Massivität des Problems es selbst ausgesessen wird, kann nicht plausibel sein. In Wahrheit ist jede Verbesserung der Atmosphäre für viele Menschen lebensrettend. Es lohnt sich, an diesem Feld zu arbeiten – und es ist an den heterosexuellen Männern und Frauen, sich der eigenen Angst vor dem Homosexuellen zu stellen, um der strukturellen Gewalt des Homophoben Widerstand entgegen zu setzen. Antisemitismus ist in den Zwanzigerjahren des vorigen Jahrhunderts krass unterschätzt worden – der Hass auf Homosexuelles, die Aversion Lesben und Schwulen gegenüber fördert einen Nährboden, der Unfrieden stiftet und viele Menschen das Leben kosten kann.

P.S.: Die Macht des Heterosexuellen, diese Dominanz des binären Denkens auch in biologischer Hinsicht ist – aus der Perspektive Homosexueller – eine, die zum Irrewerden verleitet. Menschliche Sexualität wird so landläufig wie volkstümlich, unterfüttert durch den Alltag wie unterstützt durch die religiösen Apparate gleich welcher Konfession, als natürlich genommen – der Natur entsprechend seien Kombinationen aus Mann und Frau. Der Fachausdruck für diesen Aggregatzustand ist Heteronormativität und bezeichnet ein gesellschaftliches Verhältnis, in dem das scheinbar Geläufige für das natürlich nur Statthafte gehalten wird. Wissenschaftlich ist gleichwohl diese Perspektive nicht haltbar; auf die Befunde von Sexualwissenschaft wie Psychologie hier einzugehen, fehlt hier der Raum. Die Dominanz des Heterosexuellen mag gleichwohl zu einer Haltung verführen, das Heterosexuelle für so einflussstark zu halten, dass es ein Gebot des Realismus sein könnte, auf die Wünsche von Homosexuellen eher weniger einzugehen.

In Wahrheit lebt ein säkularer Staat wie der deutsche eben nicht vom Glauben an das, was biologisch für das Zutreffende gehalten wird. Jeder und jede lebt von Ausreden, es wird das Thema Homosexualität beschwiegen – besser: verschwiegen im Sinne einer grundsätzlichen, offen gezeigten Gewogenheit. Ein günstigeres Sprechklima wird ja gerade durch Menschen be-

fördert, die das Beschwiegene nicht akzeptieren. Allerdings fehlt es in den Ordnungs- und Wissensvermittlungsapparaten unseres Staaten wie unserer Gesellschaft an Strukturen, dieses Sprechen zu begünstigen. Homosexualität wird für eine Privatsache gehalten, für ein Ding, das – mit Blick auf die Betroffenen – besser unter der Decke gehalten wird, um sie nicht durch Lästereien homophober Prägung zu beschädigen. Das sind, pars pro toto, Ausreden. Wenn denn nicht gesprochen wird, bleibt es beim Schweigen – bei der Privatisierung und somit beim Nichtschützen. Denn gesprochen wird über Privates, im KollegInnenkreis wie im Klassenverband, ja immer. Wird seitens der Behörden nicht das gute Sprechen über sexuell Andere dringend für erwünscht formuliert, gelingt kein Austritt aus dem Teufelskreis aus böser Rede und liberal gesinntem Schweigen.

Es wäre nicht allein moralisch gut, sondern pädagogisch zu fordern, die Bejahung von jeder menschlichen Sexualität, die niemandem schadet, zum rhetorischen Goldstandard zu erklären. Dass also LehrerInnen nicht nur Fortbildungen zum Thema nicht nur machen können, sondern müssen. Dass diese Pflichten ebenso für Behördenmitarbeiter gelten wie für Angehörige der Polizei. Ohne eine seitens der politischen Eliten deutlich gewünschte Geste der Empathie wird das lähmende Klima nicht austrocknen können, werden religiös begründete Vorurteile zementiert und somit die Lernziele einer demokratischen Schule wie einer libertär fundierten Pädagogik überhaupt ad absurdum geführt. Der Staat ist gefordert, aus einer vermeintlichen indviduellen Privatsache eine Angelegenheit der Gewünschtheit zu machen.

Diese Form der Ummünzerei hilft, Homophobie ernsthaft ins Visier zu nehmen. Es ist die gleiche Aufgabe, die ein Staat auch im Hinblick auf Antisemitismus und Rassismus wahrzunehmen hat.

5 Einblicke in die Verfolgungsgeschichte homosexueller Männer

Andreas Prezel:
Homosexuelle Männer vor dem Sondergericht in Berlin 84

Homosexuelle Männer vor dem Sondergericht in Berlin

*von Andreas Pretzel**

Wen die Berliner Staatsanwaltschaft in den 1940er Jahren wegen homosexueller Tatvorwürfe vor dem Sondergericht anklagte, den wollte sie per Gerichtsurteil in nahe gelegenen Zuchthäusern töten lassen: in ihrem eigenen Verantwortungsbereich, im Rahmen des geltenden Rechts und in Absprache mit dem Reichsjustizministerium. Das Töten aus Vorsatz sollte nicht den Anschein willkürlicher Verfolgungsmaßnahmen erwecken, sondern staatlichen Rechtsnormen entsprechen. Im Namen der Justiz sollte die vielbeschworene Volksgemeinschaft für immer vor den Angeklagten geschützt werden. Deren Leben schien verwirkt und wertlos.

Wer waren die Männer, die – im damaligen Sprachgebrauch der Juristen – ausgemerzt werden sollten? Wie viele waren es? Was war das Besondere an den Sondergerichten? Und warum wollte die Strafjustiz eine Tötungspraxis übernehmen, die durch die Kriminalpolizei mit der Deportation homosexueller Männer in die Konzentrationslager der SS längst in die Wege geleitet und in Kauf genommen worden war?

Weder im Kontext der Forschung zur Homosexuellenverfolgung noch im Rahmen der Forschung zu Sondergerichten ist diesem Thema rechtsförmiger mörderischer Staatsgewalt gegen homosexuelle Männer bislang nachgegangen worden.[1]

1. Vom KZ-Schicksal Homosexueller zur Schicksalsentscheidung vor Gericht

Als es Wissenschaftler ab Mitte der 1970er Jahre erstmals wagten, sich der NS-Opfergruppe der verfolgten Homosexuellen zuzuwenden, richteten sich ihre Recherchen zunächst auf die Schicksale homosexueller KZ-Häftlinge. Der Soziologe Rüdiger Lautmann hat dazu 1977 eine erste Studie verfasst. Bekanntheit erlangten zudem Berichte von ehemaligen KZ-Häftlingen, z.B. Heinz Heger's Buch „Die Männer mit dem rosa Winkel". In den 1990er Jahren kamen weitere Berichte und Untersuchungen – zum großen Teil durch außeruniversitäre Forscher – zu einzelnen Konzentrationslagern hinzu. Die

---

* *Andreas Pretzel, Kulturwissenschaftler und Historiker; wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle zur Geschichte der Sexualwissenschaft bei der Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft Berlin.*

1 Der Text geht auf einen Vortrag zu einer MANEO-Soiree im Jahr 2004 zurück. Die Recherchen zum Thema erfolgten im Rahmen eines Forschungsprojektes vom Kulturring in Berlin und der AG Rosa Winkel. Eine Publikation der Forschungsergebnisse steht noch aus.

umfassendste Studie aus dem Jahr 2000 widmete sich den Homosexuellen im KZ Sachsenhausen.

Seit den 1990er Jahren richtete sich die Aufmerksamkeit außerdem verstärkt auf die Verfolgung durch die Justiz. Zahlreiche regionale Studien widmeten sich dem Vorgehen durch Polizei und Justiz vor Ort, etwa in Köln und Berlin, in Würzburg und der Pfalz, in Hamburg, Düsseldorf und Bielefeld wie in Mecklenburg-Vorpommern. Auffallende Leerstellen auf dieser Landkarte bilden noch immer München, Frankfurt a.M., Dresden und Leipzig, Ostpreußen oder Schlesien.

Gerade die Regionalstudien haben das Bild der Homosexuellenverfolgung verändert. Denn im Ergebnis der Forschungen wurde deutlich, dass homosexuelle Männer vor allem Opfer der Strafjustiz geworden waren. Sie zeigten deutlich, dass die Mehrheit der verfolgten Homosexuellen Opfer der Strafjustiz wurden, mehr als 50.000 Männer reichsweit. In die Konzentrationslager wurden etwa 5.000-10.000 homosexuelle Männer deportiert.

Mit diesem Befund ging ein bedeutsamer Perspektivwechsel einher. Von einem Homocaust oder Analogien zur Verfolgung und Vernichtung von Juden oder Sinti und Roma spricht in Deutschland seitdem kaum mehr jemand. An die Stelle der vorher nicht selten bemühten Vergleiche mit anderen Opfergruppen des NS-Regimes – freilich dem Bemühen um Anerkennung als Opfergruppe geschuldet – trat nunmehr ein neuer Deutungsimperativ: Die NS-Verfolgung Homosexueller galt es in ihrem eigenen Schrecken, in ihrer Besonderheit und ihrem Ausmaß zu bestimmen. Auch deshalb verlagerte sich der Schwerpunkt der Forschung auf die Verfolgung durch die Justiz.
Damit rückten zum einen das 1935 verschärfte Sonderstrafrecht gegen homosexuelle Männer und weitere zur Verfolgung herangezogene Strafbestimmungen ins Blickfeld. Die Tragweite dieser Strafverschärfungen wurde nachdrücklich herausgestellt, weil sie die Grundlage für die Intensivierung und Radikalisierung der Verfolgung bildete. Zum anderen wurde die konkrete Strafpraxis der Gerichte untersucht, die über das Schicksal der meisten verfolgten Homosexuellen entschieden.

2. Zuständigkeiten bei der Strafjustiz

Bei angeblichen Vergehen nach § 175 StGB – betroffen waren einvernehmliche sexuelle Kontakte zwischen Jugendlichen und/oder Männern – waren in der Regel Amtsgerichte zuständig. Die Art der sexuellen Hand-

lungen spielte bei der Zuständigkeit keine Rolle, ob wechselseitige Onanie, Oral- oder Analverkehr. Allerdings wurden die Praktiken unterschiedlich bestraft. Und nicht zu vergessen, wechselseitige Onanie war erst ab September 1935 strafbar geworden durch die verschärfte Fassung des § 175. Zuvor war Onanie, gemeinsam oder beim Partner, nicht strafbar gewesen – soweit das Alter der Beteiligten über 14 Jahre war.

Landgerichte – die nächst höhere Instanz – verurteilten gewöhnlich die als Verbrechen klassifizierten Tatbestände nach §§ 175a und 176 StGB. Mit dem § 176 StGB wurden sexuelle Kontakte zu Kindern unter 14 Jahren bestraft, unabhängig von der sexuellen Orientierung der Beschuldigten. Zudem konnte bei mehrfach vorbestraften Beschuldigten das Gesetz gegen gefährliche Gewohnheits- und Sittlichkeitsverbrecher zur Verurteilung herangezogen werden. Es war 1933 als § 20a neu ins StGB eingeführt worden, zusammen mit den so genannten Maßregeln der Sicherung und Besserung (nach § 42 StGB). Seitdem konnten gegen Pädophile, die als Gewohnheitsverbrecher eingestuft wurden, zugleich die Sicherungsverwahrung oder die Kastration angeordnet werden.

§ 175a StGB richtete sich dagegen ausschließlich gegen homosexuelle Kontakte. Er stellt ein Sonderstrafrecht dar und wurde 1935 in Form neuer Straftatbestände ins Strafgesetzbuch eingeführt. § 175a,1 und § 175a,2 betrafen sexuelle Nötigung bzw. sexuelle Kontakte in Abhängigkeitsverhältnissen, die in der Verfolgungspraxis eine vergleichsweise unerhebliche Rolle spielten. Der Mehrheit der nach § 175a Angeklagten wurden eine angebliche Verführung Minderjähriger nach § 175a,3 oder Tatvorwürfe männlicher Prostitution nach § 175a,4 zur Last gelegt.

Mit der Strafbarkeit männlicher Prostitution nach § 175a,4 wurden Stricher kriminalisiert, die zumeist noch Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahre waren. Das Strafgesetz machte sie zu Verbrechern. Die beteiligten Freier wurden wegen eines Vergehens nach § 175 StGB bestraft, denn es waren ja einvernehmliche Handlungen mit den Jugendlichen.

Waren die Kontakte von Männern zu Jugendlichen im Alter von 14-20 Jahren nicht gewerbsmäßig, wurde versucht, die Männer nach der Strafbestimmung gegen eine angebliche Verführung Minderjähriger (§ 175a,3) zu verfolgen. Und Verführung galt als Verbrechen, d.h. auch der Versuch war strafbar. Homoerotische Annäherungsversuche, ein Flirt, Streicheln oder Küsse konnten demnach vom Gericht bestraft werden. Das Mindestalter wurde auf 21 Jahre hoch gesetzt. (Das dementsprechende Mindestalter für heterosexuelle Kontakte lag bei 16 Jahren. Verstöße wurden lediglich als Vergehen behandelt.) Diese Ausweitung der Strafbarkeit – sowohl im Hin-

blick auf das Alter als auch im Hinblick auf homoerotische Annäherungsversuche – hatte verheerende Folgen. Mit dieser Strafbestimmung wurden Männer massenhaft zu Verbrechern gestempelt. Sie galten als Sittlichkeitsverbrecher und als potentiell gefährliche Jugendverführer. Und sie wurden im Verlauf der Verfolgung dann tendenziell jenen Männern gleichgestellt, die Jungen unter 14 Jahren begehrten.

Zu diesen gewöhnlichen Urteilsinstanzen am Amts- und Landgericht (im Juristenjargon auch ordentliche Gerichte genannt) kamen 1933 Sondergerichte hinzu. Sie gehörten zu den Landgerichten und waren mit deren Personal besetzt. Doch sie unterschieden sich von den gewöhnlichen Verfahren. Sie waren Schnellgerichte und bearbeiteten bis 1939 vor allem als politisch angesehene Vergehen, wie etwa politisch missbilligte Äußerungen durch Witze oder Schimpfreden nach dem so genannten Heimtückegesetz oder Zuwiderhandlungen gegen die Auflösung der bündischen Jugend. Schnellgerichte – das hieß z.B., dass die Ladungsfristen verkürzt wurden und somit für eine Verteidigung weniger Zeit blieb, vor allem aber, dass die Urteile sofort rechtskräftig wurden und Berufung oder Revision durch die Verurteilten nicht möglich waren. Die Sondergerichte bekämpften bis 1939 vor allem die politische Opposition gegen das Regime. Den Opponenten sollte im wahrsten Sinne des Wortes kurzer Prozess gemacht werden. Sondergerichte dienten der Einschüchterung und Abschreckung, hatten also auch eine betont öffentlichkeitswirksame Propagandafunktion. Für schwerwiegende politische Straftaten, etwa illegale politische Widerstandsaktivitäten, Hoch- oder Landesverrat, waren Oberlandesgerichte (in Berlin das Kammergericht) und der Volksgerichtshof zuständig.

Nach Beginn des Krieges weiteten sich der Zuständigkeitsbereich und vor allem der Strafrahmen der Sondergerichte erheblich aus. Als Schnellgerichte mit Abschreckungswirkung wurden sie zunehmend auch bei nichtpolitischen und als Verbrechen klassifizierte Straftaten in Anspruch genommen. Nunmehr verhängten auch die Sondergerichte Todesurteile. Zwar war die Praxis gerichtlich angeordneter Tötung schon 1871 in die Verfassung des Deutschen Reiches aufgenommen worden und auch während der Weimarer Republik, etwa für Mord, angewandt worden. Während der NS-Zeit weitete sich jedoch die Todesandrohung auf immer mehr Delikte aus. Um Hinrichtungen geheim und in großer Zahl abwickeln zu können, wurden ab 1937 zentrale Hinrichtungsstätten mit Fallbeil in Zuchthäusern eingerichtet. Für Berlin waren das Gefängnis Plötzensee und das Zuchthaus Brandenburg zuständig.

3. Aussergewöhnliche Strafbestimmungen für das Sondergericht

Der entscheidende Unterschied zwischen dem Landgericht und dem darin tätigen Sondergericht bestand während der Kriegszeit nicht in den Tatvorwürfen. Ausschlaggebend wurde der Vorsatz, Beschuldigte besonders hart zu bestrafen, um eine Abschreckungswirkung zu erzielen.

Ab 1939 wurden dazu besondere Kriegsstrafgesetze erlassen, die Straftaten entweder wegen besonderer Kriegsumstände auf außergewöhnliche Weise ahnden sollten oder lediglich weil die inkriminierten Taten während des Krieges an der sogenannten Heimatfront, d.h. im zivilen Leben, begangen wurden.

Was waren das für Kriegsgesetze? Und aus welchen Gründen wurden sie auch gegen Homosexuelle eingesetzt?

Es begann mit der Volksschädlingsverordnung von 1939: Darin wurden bestimmte kriegsbedingte Umstände benannt, die sich außerordentlich straferschwerend bei der Abstrafung von Delikten jeglicher Art auswirken sollten, etwa die durch Luftschutzmaßnahmen angeordneten Verdunkelungen. Wer eine Tat unter vermeintlicher Ausnutzung dieser Bedingungen beging, und das hieß etwa im Umfeld der Verdunkelungsmaßnahmen, bei ausgeschaltetem Straßenlicht z.B., konnte nach der Volksschädlingsverordnung bestraft werden. Das galt für Diebstahl und Raubüberfall ebenso wie für homosexuelle Annäherungsversuche in Parkanlagen. Die Volksschädlingsverordnung sollte abschrecken: Den danach Verurteilten drohten langjährige Zuchthausstrafen bis zur Sicherungsverwahrung. Dazu kamen weitere Kriegssondergesetze, etwa das Gesetz gegen jugendliche Schwerverbrecher und eine Gewaltverbrecherverordnung, die auch gegen Stricher- und Erpressergangs angewandt wurden, sowie Kriegswirtschaftsgesetze mit diversen Verbotsanordnungen, die den Schwarzmarkt kriminalisierten.

Durch diese Kriegsgesetze erweiterte sich die Zuständigkeit des Sondergerichts enorm. Es dauerte nur zwei Jahre (bis 1941), da wurde bereits die Hälfte der Prozesse am Sondergericht wegen so genannter krimineller Delikte im Vergleich zu politischen Delikten geführt. Aber auch bei den politischen Delikten zeigte sich eine Verschärfung. Was zuvor noch als Heimtücke-Vergehen galt, nämlich Kritik an Staat und Politik, konnte nun als Wehrkraftzersetzung an der inneren Front ausgelegt, als Verbrechen angeklagt und mit der Todesstrafe geahndet werden.

1941 wurde zudem das Gesetz gegen gefährliche Gewohnheits- und Sittlichkeitsverbrecher von 1933 verschärft, indem nunmehr auch die Todesstrafe für Sittlichkeitsverbrecher – für Pädophile wie für sogenannte homosexuelle Jugendverführer gleichermaßen – angeordnet werden konnte. Mit diesem Gesetz (Gesetz zur Änderung des RStGB vom 4.9.1941) wurde das

Sondergericht zum Blutgericht. Treffend hat man daher auch das Sondergericht als „Standgericht an der inneren Front“ bezeichnet.

4. Radikalisierung der Strafverfolgung von sogenannten Jugendverführern

Die Ausgrenzung Homosexueller aus der NS-Volksgemeinschaft ging schrittweise vonstatten. Sie gründete sich auf Feindbilder, die vor allem homosexuelle Männer als potentielle Gefahr für die Volksgemeinschaft und damit eine radikale Verfolgung als gerechtfertigt erscheinen ließen. Homosexuelle wurden in der Propaganda und in den Medien insbesondere als potentielle Jugend- und Knabenverführer zum Schreckensbild. „Das sind Volksfeinde“ titelte etwa das „Schwarze Corps“, die Zeitung der SS, schon 1936 und richtete die Aufmerksamkeit auf die für gefährlich gehaltenen Jugendverführer, weil sie die heranwachsende Generation verderben, von Ehe und Familie fernhalten und damit den Bestand und die Zukunft des deutschen Volkes gefährden würden. Gerade mit der Etablierung des Feindbildes vom gefährlichen Jugendverderber konnte die Radikalisierung der gerichtlichen wie polizeilichen Verfolgungsmaßnahmen weitgehende Zustimmung bei der Bevölkerung finden.

Um die Radikalisierung der Strafverfolgung während der NS-Zeit zu verstehen, sollte man also nicht die Augen vor der intensiven Verfolgung mann-jugendlicher und pädophiler Kontakte verschließen. Auch wenn viele hier – und mit Recht – eine deutliche und entschiedene Grenze ziehen, so zeigt jedoch ein Blick auf die NS-Zeit, dass diese Grenze damals zwar im Strafgesetzbuch in der Unterscheidung des § 175a vom § 176 StGB bestand. Aber in der polizeilichen Praxis der Homosexuellenverfolgung und in der öffentlichen Propaganda wurde die Unterscheidung zunehmend fließend und verwischt. Auch die Justiz suchte nach Wegen, um ihre so genannten Sicherungsmaßnahmen auszuweiten. Während beispielsweise ab 1933 per Strafgesetz nur nach § 176 verurteilte Pädophile zwangskastriert werden konnten, bot ab 1935 das so genannte Erbgesundheitsgesetz die Möglichkeit, auch nach § 175a beschuldigte Jugendverführer zur angeblich freiwilligen Kastration – zwar nicht im Rahmen, aber im Umfeld des gerichtlichen Strafverfahrens – zu drängen.

Bis 1939 hatte sich an Amts- und Landgerichten eine gnadenlose Urteilspraxis etabliert. Sie war durch den Anspruch verschärft worden, nicht nur die Taten rigoros zu bestrafen, sondern zugleich auch den Täter mittels Strafe auf empfindliche Weise abzuschrecken. Aus dem Tatstrafrecht wurde ein Täterstrafrecht. So konnte aus der Bestrafung homosexueller Kontakte eine Bestrafung vermeintlich unverbesserlicher Homosexueller werden.

Zu einer weiteren Radikalisierung kam es nach Beginn des Krieges, als die neuen Kriegsstrafgesetze eingeführt wurden. In der Mehrheit wurden sie gegen Männer angewandt, die wegen pädophiler und mann-jugendlicher Tatvorwürfe vor das Sondergericht gebracht wurden. Das Sondergericht wurde für Homosexuelle in den 1940er Jahren zur Schreckensinstanz, die sie mit dem Tode bedrohte. Mitte der 1930er Jahre noch hatte das Sondergericht kein Interesse daran, Homosexuelle abzuurteilen.

5. Homosexualität und Sondergericht in Berlin bis 1939

Zum „Schutz von Volk und Staat“ und auf der Grundlage des gleichnamigen Gesetzes, das politische Opposition bekämpfen sollte, war auch in Berlin 1933 ein Sondergericht am Landgericht in der Turmstraße geschaffen worden. Ab 1935, zum „Schutz deutscher Ehre und deutschen Blutes“ und auf der Grundlage des gleichnamigen Gesetzes gegen so genannte Rassenschande (sexuelle Kontakte zwischen „Ariern“ und „Juden“), befasste sich das Sondergericht erstmals auch mit Sexualität als einem Straftatbestand.

Ab 1936 standen auch Homosexuelle vor dem Sondergericht, allerdings nur soweit sie auch gegen das „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat“ verstoßen hätten und wegen so genannter bündisch-homosexueller Umtriebe beschuldigt wurden. Der Schwerpunkt lag hier auf politisch oppositionellen Bestrebungen, nämlich die bündische Jugendbewegung trotz Verbot weiter geführt zu haben. Die Tatvorwürfe wegen homosexueller Beziehungen wurden quasi mitverhandelt. In Berlin gab es – soweit wir bislang wissen – mehr als zehn solcher Strafverfahren, zu denen allerdings dreimal so viele Ermittlungsverfahren hinzukamen, die dann ans Landgericht abgegeben und dort weiter verhandelt wurden.

Was war der Grund dafür, dass in dieser Zeit noch so viele Verfahren vom Sondergericht wieder abgegeben wurden? Hinter den Tatvorwürfen so genannter bündischer Umtriebe, für das das Sondergericht zuständig war, verbargen sich in der Regel gemeinsame Wanderungen und Treffen von Jugendlichen in bündischer Kleidertracht, auch Liederabende und der Versuch, sich organisatorisch wie ideell eigenständig und unabhängig gegenüber dem Totalitätsanspruch der Hitler-Jugend zu behaupten. Diese Versuche galten als Vergehen und gegen die erwähnte „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ gerichtet, weil sie als Weiterführung verbotener oppositioneller Bestrebungen aufgefasst wurden. Die ausgesprochenen Strafen für diese Art von Vergehen wie für homoerotische Kontakte unter gleichaltrigen Jugendlichen betrugen einige Monate Gefängnis, beteiligte Jugendliche kamen nicht selten mit Verwarnungen oder der Anordnung von Schutzaufsicht durch die Jugendämter davon.

Wenn jedoch Jugendführer beteiligt waren und es zu sexuellen Kontakten wie intimen Beziehungen mit Jugendlichen kam, konnten deutlich höhere Strafen verhängt und damit eine größere Abschreckungswirkung erzielt werden. Hierzu waren am Landgericht spezielle Jugendstrafkammern zuständig. Sie brachten den Verführungsparagraph (§ 175a) in Anwendung für erotische Kontakte im Jugendbund. Die verurteilten Führer der bündischen Jugendbewegung wurden damit häufiger als Sittlichkeitsverbrecher diffamiert und bestraft und weniger als politisch Oppositionelle. Mitunter wurden die Tatvorwürfe wegen bündischer Opposition sogar wegen Geringfügigkeit noch vor Anklageerhebung am Landgericht eingestellt – in Anbetracht der höheren Strafe, die die Beschuldigten wegen homosexueller oder homoerotischer Beziehungen zu erwarten hatten.

6. Homosexualität und Sondergericht in Berlin ab 1940

In Berlin sind bislang 85 Strafverfahren vor dem Sondergericht aufgespürt worden, in denen wegen homosexueller Kontakte verhandelt wurde. Davon wurden 24 Verfahren ausschließlich wegen homosexueller Tatvorwürfe durchgeführt. Und nur auf diese Prozesse, die zwischen 1940 und 1945 stattfanden, beschränke ich mich im Folgenden.

In der gleichen Zeit von 1940 bis 1945 wurden am Berliner Land- und Amtsgericht mehr als 4000 Ermittlungs- und mehr als 1500 Strafverfahren wegen homosexueller Handlungen durchgesetzt. Wohl auch deshalb, weil die Sondergerichtsverfahren im Vergleich zur exzessiven Strafverfolgung am Land- und Amtsgericht in Berlin quantitativ kaum ins Gewicht fallen, ist das Thema in der Forschung bislang unberücksichtigt geblieben.

Wenn man jedoch die Radikalisierung der Strafverfolgung während der Kriegszeit verstehen will, werden Studien zum Sondergericht und auch die Einzelfälle bedeutsam. Denn die Sondergerichte stellen jene Strafinstanz dar, in der über Tod und Leben der Beschuldigten entschieden wurde. Auch bei Männern, die wegen homosexueller Handlungen vor dem Sondergericht angeklagt wurden, war von vornherein die Todesstrafe in Betracht gezogen worden. Die Tatvorwürfe erschienen so erheblich und die Persönlichkeit des Beschuldigten so gefährlich oder unverbesserlich, dass es darum ging, über dessen Tötung zu Gericht zu sitzen.

Ab 1940 wurde das Sondergericht in Berlin immer mehr zur Kriminalitätsbekämpfung in Anspruch genommen und indes zur mörderischen Schreckensinstanz. Ein paar Zahlen, die dies für Berlin verdeutlichen: Das Sondergericht erhöhte seine Abteilungen von zwei auf neun und sein Anklagepersonal von 30 auf 128 Staatsanwälte. 1941 schon dominierte die Verfolgung der so genannten allgemeinen Kriminalität vor dem Sondergericht.

Denn 52 % aller Verfahren betrafen Eigentumsdelikte, aber auch Gewaltdelikte und zum kleinen Anteil Sittlichkeitsdelikte; 25 % aller Verfahren betrafen Kriegswirtschaftsdelikte, d.h. etwa den Handel mit beschränkten Waren, Schwarzschlachtungen usw., und nur noch 18 % der Verfahren betrafen 1941 die so genannte Heimtücke. Derartige Tatvorwürfe hatten bis 1938 noch 50 % der Verfahren am Sondergericht beansprucht.

Die Radikalisierung am Sondergericht zeigt sich auch im Hinblick auf die Todesurteile. Von 1940 bis 1945 wurde vom Berliner Sondergericht gegen jeden achten Angeklagten die Todesstrafe verhängt. In den Jahren 1943/44 ist sogar gegen jeden 6. Beschuldigten ein Todesurteil ergangen.

Dies ist der Hintergrund und Kontext, vor dem die 24 Prozesse gegen 27 homosexuelle Männer zu sehen und einzuordnen sind. Die Mehrheit der Verfahren wegen homosexueller Tatvorwürfe zielte auf „Ausmerzung statt Strafe“. Die Todesstrafe wurde bei 20 von 27 Beschuldigten in Betracht gezogen oder von der Staatsanwaltschaft gefordert. In mehr als der Hälfte der Verfahren folgten die Strafrichter diesem Willen, verhängten Todesurteile und ließen sie vollstrecken.

Wer wurde vors Sondergericht gebracht? Wer war von der Todesstrafe bedroht? Davon betroffen waren homosexuelle Pädophile, die als gefährliche Gewohnheits- und Sittlichkeitsverbrecher eingestuft wurden. Von den 27 Angeklagten wurden 10 Männer wegen sexueller Kontakte zu Jungen unter 14 Jahren (nach § 176 StGB) verurteilt: Von ihnen wurden sieben Männer per Gerichturteil zum Tode verurteilt und getötet. Drei Männer erhielten langjährige Zuchthausstrafen. Vor der Kriegszeit, und das gilt es selbst bei diesen schweren Tatvorwürfen – dem sexuellen Missbrauch von Kindern – zu bedenken, hätten dieselben Richter am selben Ort zwar hohe Strafen verhängt und Sicherungsmaßnahmen angeordnet, aber die Tötung der Angeklagten nicht in Betracht gezogen.

In größerer Zahl noch wurden Männer vor das Sondergericht gestellt, die homosexueller Handlungen mit Jugendlichen beschuldigt wurden. 13 Männer verurteilte das Berliner Sondergericht wegen sexueller Kontakte zu Jugendlichen (§ 175a, 3). Von ihnen wurden drei Männer durch ein Todesurteil hingerichtet. 10 Männer erhielten langjährige Zuchthausstrafen, und bei zwei von ihnen wurde zusätzlich Sicherungsverwahrung angeordnet. Bei diesen beiden Männern wurde die Strafhaft zudem unterbrochen, um sie der Polizei zur Deportation in Konzentrationslager zu übergeben.

Und selbst wegen einvernehmlicher Handlungen wurden Männer zum Tode verurteilt, wenn es den Strafrichtern auf Grund einer angenommenen Gefährlichkeit der Angeklagten notwendig schien. Vier Männer wurden vom Sondergericht ausschließlich wegen mann-männlicher Sexualkontakte ver-

urteilt. Auch gegen sie ergingen Todesurteile. Ihre Hinrichtung 1943 stellt in der Strafpraxis der Sondergerichte einen mörderischen Exzess dar.

Trotz der Angst vor einer Ausbreitung von Kriminalität in der Kriegszeit und auch trotz der Absprachen von Staatsanwaltschaft und Justizministerium, die die Tötung von Beschuldigten vor Anklageerhebung planten – die Entscheidungsgewalt lag letztlich bei den Richtern. Sie konnten auch weiterhin langjährige Haftstrafen oder die Sicherungsverwahrung verhängen, d.h. sie haben die Todesurteile auch zu verantworten. Aber nicht weniger Schuld trifft die Staatsanwälte, die die „Ausmerzung" der Beschuldigten in den Anklagen forderten, und jene Kriminalbeamte, die in ihren Ermittlungsberichten mit ihrer Charakteristik, es handele sich um „Unverbesserliche", „Hangtäter" oder „Volksschädlinge", die Tötung per Gericht nahe legten.

7. Berliner Schicksale

„Beseitigung" eines „Scheusals": Wilhelm Herlt (Jg. 1899)

Ihm wurden langjährige sexuelle Beziehungen zu einem Jungen und vier Jugendlichen im Alter von 12 bis 16 Jahren vorgeworfen. Im Todesurteil vom 4.9.1944 hieß es: „Vor einem so willensschwachen, in seinem verbrecherischen Hang jedoch hartnäckigen und gewissenlosen Jugendverführer kann die Volksgemeinschaft nur durch seine Ausmerzung geschützt werden. Die Häufung der in sich fortgesetzten Handlungen, die Niedertracht, mit der er hier Jugendliche nach und nach verdarb und vielleicht für ihr ganzes Leben vergiftete, lassen die endgültige Beseitigung dieses Scheusals ferner aus dem Bedürfnis nach gerechter Sühne angebracht erscheinen." (Landgerichtsdirektor Triebel, Landgerichtsrat Kosack und Dr. Holleit, Staatsanwalt Bockhorn) Das Todesurteil wurde am 28.9.1944 im Gefängnis Plötzensee vollstreckt.

„Ausmerzung" wegen „Volksgefährdung": Arbeiter Walter Bernhard (Jg. 1908)

Ihm wurden 15 Fälle sexueller Kontakte zu Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren zur Last gelegt. Er war nicht vorbestraft, aber die zugegebene Anzahl der Partner charakterisierte ihn in den Augen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter als „Gewohnheitsverbrecher". Dafür wurde er nach § 175a (Jugendverführung) und als „Gewohnheitsverbrecher" (§ 20a) verurteilt. Seine Tötung (nach dem Kriegssonderstrafrecht – § 1 Änderungsgesetz vom 4.8.1941) erfolgte im Verweis auf die Kriegsumstände, und zudem schürten die Strafrichter den törichten Glauben, seine Beziehung zu den Jugendlichen hätte diese homosexualisiert und derartige Verführungskünste würden zum Untergang des Volkes führen. Die Strafrichter beschlossen nach Antrag des Staatsanwaltes seine „Ausmerzung" mit der Begründung:

„Das deutsche Volk muß gerade im Kriege unter allen Umständen darauf bedacht sein, daß seine männlichen Jugendlichen, die sich oft zeitweilig selbst überlassen bleiben müssen, weil der Vater im Felde steht und die Mutter den ganzen Tag arbeitet, vor Unholden wie B. geschützt werden. Das Abbringen männlicher Jugendlicher vom normalen Geschlechtstrieb und ihre Verführung zur widernatürlichen Unzucht zehrt am Mark des Volkes und kann, wie die Geschichte lehrt, zum Untergang des ganzen Volkes führen." (Landgerichtsrat Dr. Friedersdorff, Dr. Holleit, Kammergerichtsrat Gförer, Staatsanwalt Grassow).

Beihilfe zum Mord durch die Justiz:

Der Berliner Pianist Ernst Bandur (Jg. 1902), bereits zweimal wegen angeblicher Verführung von Jugendlichen vorbestraft, kam vor Gericht, nachdem er 1941 wegen sexueller Kontakte zu einem 16jährigen angeklagt worden war, mit dem Leben davon. Weil der Jugendliche als „verwahrlost" angesehen wurde, minderte es die Schuld des Angeklagten. Statt als „Volksschädling" zum Tode wurde er als „gefährlicher Gewohnheitsverbrecher" zu 3 Jahren Zuchthaus und anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt. Doch schon nach einem Jahr Haft wurde er am 26.2.1943 der Polizei zugeführt, die ihn in ein Konzentrationslager zur „Vernichtung durch Arbeit" deportierte. Rechtsgrundlage für die KZ-Einweisung bot eine Verordnung des Reichsjustizministeriums (RV des RJM vom 22.10.1942 – IV a 1655/42g). Über sein weiteres Schicksal konnten bislang keinerlei weitere Informationen gewonnen werden.

Ebenso erging es Ernst Erdelt (Jg. 1911). Auch er hatte bereits zwei einschlägige Vorstrafen und stand in den 1940er Jahren unter polizeilicher Überwachung. Wegen versuchter Verführung von vier Jugendlichen – er hatte bei seinen Annäherungsversuchen keinen Erfolg – wurde er am 11.8.1942 zu drei Jahren Zuchthaus und anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt. Am 1.10.1943 übergab ihn die Justiz der Polizei zur Deportation. Er kam vom Zuchthaus Brandenburg ins Konzentrationslager Sachsenhausen, wo sich sein Spur verliert. Auch von ihm findet sich kein Überlebenszeichen aus der Post-NS-Zeit.

Justiz-Mord aus niedrigen Beweggründen:

Hans-Heinrich Festersen (Jg. 1907), Ernst Hirning (Jg. 1913), Fritz Lemme (Jg. 1909) und Friedrich Riemann (Jg. 1896) wurden nach § 175 – wegen einvernehmlicher Sexualkontakte zu anderen Männern – am 14.7.1943 zum Tode verurteilt und am 7.9.1943 im Gefängnis Plötzensee gehängt. Die Mörder der Berliner Justiz (Landgerichtsrat Vogel, Rehfeld, Plath und die Staats-

anwälte Dr. Seebens und Dr. Dubro) brachten ihr angebliches „gesundes Volksempfinden“ gegen behinderte Homosexuelle in Stellung und ließen sie nach dem Kriegssonderstrafrecht töten. Die Ermordeten waren Bewohner der Lobetaler Anstalten in der Nähe von Berlin, körperlich und geistig behinderte Männer, die im Refugium der evangelischen Inneren Mission seit Anfang der 1930er Jahre ein Zuhause und intime Freundschaften zu anderen Bewohnern gefunden hatten. Staatsanwaltschaft und Strafrichter waren hingegen der Auffassung, sie hätten „ihre Aufenthaltsorte zu Stätten des Lasters“ gemacht, und argumentierten deshalb: „So wehrt sich das gesunde Volksempfinden gegen Menschen dieses Schlages, indem es ihre Ausmerzung verlangt.“

Der in diesem Strafverfahren feststellbare vorsätzliche Wille zu töten, berief sich auf soziale Wertungen von angeblicher Minderwertigkeit, denn die Angeklagten hätten „im Lebenskampf versagt“. Ein weiterer Grund war eine festgestellte homosexuelle „Veranlagung“, die die Beschuldigten als unverbesserliche Triebtäter einstufte. Und ein dritter Grund war die Feststellung verminderter Zurechnungsfähigkeit. Sie schützte nicht etwa vor der Todesstrafe, sondern war ein Grund zu töten, da hierin die angebliche Minderwertigkeit und Unverbesserlichkeit zum Ausdruck käme. Von denselben Richtern am Berliner Landgericht wären 20 Jahre zuvor – in der Weimarer Republik – all jene Argumente, mit denen sie in den 1940er Jahren ihre Todesurteile begründeten, als Argumente für eine verminderte Schuld und Entlastung bei der Urteilsfindung anerkannt worden.

Es waren Mordurteile. Auch jene Todesurteile gegen so genannte Jugendverführer und Pädophile waren Mordurteile. Denn es ging in den Urteilsbegründungen schließlich weniger um die Tat als um die Tötung des Täters im Namen ideologischer Feind- und Gesellschaftsbilder. Es handelte sich zugleich um einen Missbrauch des Strafverfahrens für eine propagandistische Abschreckungswirkung, in denen weniger die Taten als vielmehr verteufelte Täter stellvertretend für einen vermeintlich höheren Zweck getötet werden sollten. Die beteiligten Strafrichter haben daran in ihren Urteilsbegründungen keinen Zweifel gelassen.

Mit Recht hat eine Berliner Zeitung Ende der 1950er Jahre, als sie die Namen der bei der Westberliner Justiz weiter amtierenden ehemaligen Richter am Sondergericht veröffentlichte, diese Liste mit der Schlagzeile versehen: Mörder in Roben.

6 Ansätze für die Aufklärungsarbeit

Bernard Könnecke:
Jungenarbeit – Was bringt sie für den Abbau von Homophobie? 98

Detelf Mücke, Guido Mayus & Ulf Höpfner:
Homosexualität – immer noch ein „heißes Eisen“ in der Schule 112

Christian Deker:
„Fußball ist alles – auch schwul“:
Strategien gegen Homophobie im Fußball 123

Jungenarbeit – Was bringt sie für den Abbau von Homophobie?

*von Bernard Könnecke**

1. Intro

Jungenarbeit bietet viele Möglichkeiten, mit Jungen aktiv zur Erweiterung von Männlichkeitsbildern zu arbeiten und damit auch zum Abbau von Homophobie beizutragen. Nur werden diese Möglichkeiten häufig nicht genutzt. Dazu tragen Konzepte und Methoden bei, die noch immer zu sehr auf den heterosexuellen Mainstream zielen und Heterosexualität immer wieder neu zur Norm erheben. Aber auch die Männer und Frauen, die mit Jungen arbeiten, öffnen sich häufig nicht einer Perspektive, die über den heterosexuellen Erfahrungsraum hinaus reicht.

In diesem Beitrag werde ich zunächst Aspekte der Entwicklung der Jungenarbeit seit ihrer Entstehung in den 80er Jahren skizzieren und dann auf Ansätze und Beispiele aus männlichkeitskritischen Ansätzen der Jungenarbeit verweisen, um die Chancen zu verdeutlichen, die sich aus diesen für eine aktive Arbeit gegen Homophobie und für sexuelle Vielfalt ergeben. Das Verharren auf heterozentristischen Positionen wird kritisiert. Anhand von Beispielen aus der praktischen pädagogischen Arbeit werden Wege aufgezeigt, wie Jungenarbeit dem Auftrag gerecht werden kann, unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Lebensweisen gerecht zu werden und Diskriminierung aktiv entgegen zu wirken.

Unter Jungenarbeit wird in diesem Beitrag vorrangig die pädagogische Arbeit von männlichen Pädagogen mit männlichen Kindern und Jugendlichen in geschlechtshomogen zusammengesetzten Jungengruppen verstanden, mit der konzeptionell die Absicht verbunden sein sollte, Jungen und männliche Jugendliche bei der Entwicklung ihrer *individuellen* Geschlechtsidentität zu unterstützen, vorherrschende Männlichkeitsvorstellungen kritisch zu hinterfragen und eine positive Haltung zur Vielfalt von Männerbildern und sexuellen Orientierungen zu fördern.

Ich gehe davon aus, dass in der Jungenarbeit mehrheitlich heterosexuell lebende Männer pädagogisch mit Jungen arbeiten, die sich mehrheitlich

* *Der Autor Bernard Könnecke (Jahrgang 1964) ist Dipl. Politologe und arbeitet als Bildungsreferent in der Politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in Berlin. Seit 1992 pädagogische und konzeptionelle Tätigkeit in der Jungenarbeit. Seit 2003 ist er Mitarbeiter von Dissens e.V. mit den Schwerpunkten Soziale Gruppenarbeit, Antidiskriminierungstrainings, Sexualpädagogik, Fortbildung. Aktuell Mitarbeiter im Fortbildungsbereich von Dissens e.V. Kontakt: bernard.koennecke@dissens.de*

ebenfalls als heterosexuell verorten. Vor diesem Hintergrund plädiere ich dafür, dass gerade heterosexuell lebende Männer sich *offensiv* für die Gleichwertigkeit unterschiedlicher sexueller Orientierungen und Lebensweisen positionieren und damit ihrem pädagogischen Auftrag nachkommen, für alle Jungen, gleich welcher sexuellen Orientierung, Räume zu schaffen, in denen sie sicher und akzeptiert Lernprozesse machen oder einfach Freizeit verbringen können. Mit Toleranzpostulaten allein kann eine Arbeit gegen Homophobie nicht erfolgreich sein.

In Jungengruppen spielt Homophobie gegenüber schwuler Sexualität eine weitaus größere Rolle als gegenüber lesbischer Sexualität, Bisexualität und anderen Sexualitäten. Deshalb beziehen sich die Beispiele aus Praxis und Fachdebatte in diesem Beitrag auf schwule Sexualität bzw. Homophobie gegenüber Schwulen.

Auch wenn in diesem Beitrag explizit zumeist von (männlichen) Pädagogen die Rede ist, können die beschriebenen Erfahrungen und Vorschläge auch für die Arbeit von (weiblichen) Pädagoginnen mit Jungen von Bedeutung sein.

2. Stationen der Entstehung und Entwicklung von Jungenarbeit

Jungenarbeit entstand zuerst in einigen Bundesländern der alten Bundesrepublik in den 80er Jahren als Reaktion auf die schon ein Jahrzehnt früher entstandene Mädchenarbeit. Damit ist bereits das zentrale Konfliktfeld benannt, in dem Jungenarbeit sich zunächst bewegte: Die Auseinandersetzung von pädagogisch tätigen Männern mit feministisch geprägten Forderungen von pädagogisch tätigen Frauen, die aus der Analyse ungleicher Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern Konsequenzen für die pädagogische Arbeit mit Mädchen und Jungen zogen. Ein erster und oft einschneidender Schritt war dabei, die Kinder und Jugendlichen in der eigenen Einrichtung oft erstmals als Jungen bzw. Mädchen wahrzunehmen und beispielsweise die ungleiche Nutzung von Angeboten auch auf den Faktor Geschlecht zurückzuführen. Erinnert sei an den bekannt gewordenen Satz „Jugendräume sind Jungenräume“, mit dem die selbstverständliche und mitunter gewaltsame Inbesitznahme von Räumen durch Jungen skandalisiert wurde und erste Forderungen nach expliziten Mädchenräumen begründet wurden.

Die ersten weitergehenden Ansätze und Konzepte der Jungenarbeit entstanden häufig in den Jugendbildungsstätten der außerschulischen Jugendarbeit. Nach der Durchführung eines Modellprojekts zu geschlechtsspezifischer Bildungsarbeit für Jungen und Mädchen[1] wurde die Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille zum wichtigsten Ausgangspunkt für die inhaltliche Entwicklung der Jungenarbeit mindestens im norddeutschen Raum. Dies einerseits, weil seitdem eine Vielzahl von heute einflussreichen Jungenarbeitern die dortigen Ausbildungen absolviert hat, andererseits wegen des jahrelang geführten Streits um die in Frille zunächst „antisexistisch" genannte Jungenarbeit, die auch die Thematisierung von und Kritik an männlichen Privilegien und ihrer Durchsetzung durch Jungen und Männer als zentralen Bestandteil von Jungenarbeit verstand.

In den neunziger Jahren kam es zu einer frühen Hochphase der medialen Präsenz der „Männlichkeitskrise" von Jungen und männlichen Jugendlichen. Der erstaunliche Erfolg des Buches „Kleine Helden in Not" von Dieter Schnack und Rainer Neutzling machte deutlich, dass die geschlechtsspezifische Betrachtung der Entwicklungsaufgaben von Jungen und männlichen Jugendlichen nicht mehr alleiniges Interesse geschlechterpolitisch aktiver Fachkreise war. Gleichzeitig entwickelte sich dann, stärker im westdeutschen als im ostdeutschen Raum, eine noch recht kleine Szene von Jungenarbeitsinitiativen, die inhaltlich ein sehr breites Spektrum von pädagogischen Ansätzen repräsentierte: identitätsstärkend oder identitätskritisch, profeministisch oder antifeministisch, gesellschaftskritisch oder mythopoetisch-esoterisch – eine Vielzahl von Ansätzen stand nebeneinander, die häufig nicht mehr miteinander gemein hatten als die Zielgruppe Jungen und die Arbeitsform der geschlechtshomogenen Jungengruppe.

Seit den neunziger Jahren haben neue theoretische Debatten auch die Jungenarbeit beeinflusst und sorgen mittelfristig für inhaltliche Klärung und die Sicherung einiger Mindeststandards bei der Weiterentwicklung der Jungenarbeit. Die Debatte um die soziale Konstruiertheit von Geschlecht wurde auch in die Jungenarbeit hinein getragen und hat Theorie und Praxis von Jungenarbeit in Bezug auf das Verständnis von Männlichkeit stark beeinflusst.[2] Einflüsse aus schwullesbischen Debatten, Gender und Queer Studies bis hin zu Debatten um Interkulturalität, Diversity oder Intersektionalität sorgen für schrittweisen (Wieder-)Anschluss an geschlechterpolitische Debatten, der zeitweilig verloren zu gehen schien.

1 HVHS Frille 1988
2 vgl. z.B. Cremers 2007, S.37 ff

Seit der Jahrtausendwende lässt sich außerdem eine gewisse Etablierung von Jungenarbeit feststellen. Dabei handelt es sich zunächst um eine Etablierung per Postulat – die Einführung von Gender Mainstreaming als verpflichtender geschlechterpolitischer Strategie hat an vielen Orten auch in der Jugendhilfe oder im Bildungsbereich dafür gesorgt, dass geschlechtsbezogene Arbeit mit Mädchen und Jungen etwa gesondert in Berichten ausgewiesen werden muss. Dies hat zumindest zahlenmäßig zu einer weiteren Verbreiterung von Jungenarbeit beigetragen, ohne dass gleichzeitig angemessene Ressourcen für Fortbildung und Coaching bereit gestellt werden. Der quantitativen Verbreiterung sollte jetzt die Qualitätssteigerung folgen.

Jungenarbeit wird bis heute hauptsächlich in folgenden pädagogischen Feldern geleistet: Im Rahmen der Politischen Jugendbildung ist Jungenarbeit in meist zu Jugendverbänden gehörigen Jugendbildungsstätten wesentlich entstanden und entwickelt worden. Im schulischen Rahmen gibt es vereinzelt kontinuierliche Jungengruppen oder häufiger Kurzzeitprojekte in Form von Projekttagen oder Jungenkursen, häufig durchgeführt von Referenten aus der außerschulischen politischen Jugendbildung oder gleich in deren Bildungsstätten angeboten, seit einigen Jahren auch im Kontext von „Boys' Days" oder des Netzwerks „Neue Wege für Jungs". In der Jugendhilfe hängt die Etablierung von Jungenarbeit zumeist noch stärker als in anderen Arbeitsfeldern vom Engagement einzelner Pädagogen und/oder ihrer Einrichtungsleitungen ab. Hier finden viele unterschiedliche Aktivitäten statt, abhängig von den konkreten Arbeitsbedingungen und Zielgruppen. Es existieren nur wenige strukturell abgesicherte Einrichtungen mit expliziter Jungenarbeit.

Generell kann festgehalten werden, dass Jungenarbeit in Jugendhilfe und Bildung zunehmend als wichtig angesehen wird, und dass es eine gewisse Anzahl anerkannter Jungenarbeitsprojekte gibt. Die Finanzierung von Jungenarbeit ist aber nach wie vor in den meisten Regionen der Bundesrepublik prekär, so dass die Anerkennung der Jungenarbeit eine zweischneidige ist, weil ähnlich wie bei der Mädchenarbeit pädagogische Notwendigkeit und finanzielle Ausstattung nicht übereinstimmen. Auch wenn viel über Jungen und die Notwendigkeit von Jungenarbeit diskutiert wird, kommen immer noch vergleichsweise wenige Jungen und männliche Jugendliche in den Genuss geschlechterreflektierter pädagogischer Angebote.

3. Männlichkeiten kritisch bearbeiten – und Homophobie?

Im Mittelpunkt der meisten seriösen Konzepte der Jungenarbeit steht die kritische Auseinandersetzung mit Männlichkeit.[3] In diesem Rahmen herrscht weitgehend Konsens darüber, dass die Probleme, die Jungen haben, und die Probleme, die sie verursachen, in engem Zusammenhang mit den gesellschaftlich vorherrschenden Bildern von Männlichkeit stehen. Während in den Anfangsjahren der Jungenarbeit Ergebnisse aus der feministischen Frauenforschung wichtige Impulse lieferten, beeinflusst inzwischen auch die kritische Männerforschung die konzeptionelle Weiterentwicklung der Jungenarbeit. Bedeutsam wurde zum Beispiel die Bezugnahme auf das Konzept der „hegemonialen Männlichkeit" (Connell)[4]. Damit lässt sich einerseits die Orientierung von Jungen und Männern an dominanten, „hegemonialen" Männlichkeitsvorstellungen verstehen, andererseits wird deutlich, wie stark unterschiedliche Formen von Männlichkeit hierarchisiert werden, wobei eine Reihe von Männlichkeiten starke Abwertung erfahren. Diesbezüglich wird auch von untergeordneten Männlichkeiten gesprochen. Zu den am stärksten abgewerteten Formen von Männlichkeit gehört danach männliche Homosexualität. Allen Formen von Männlichkeit gemein ist das Partizipieren an der strukturellen Unterdrückung von Frauen in der bestehenden Geschlechterordnung.[5] Die praxisnahe Jungenarbeit steht nun vor der Frage, wie sie aus einer männlichkeitskritischen Perspektive zu handhabbaren Konzepten mit nachvollziehbaren Begriffen kommen kann. Jantz/Grote sprechen in diesem Zusammenhang von „Mann-sein ohne Männlichkeit": Sie beschreiben „Mann-sein" als die subjektive Art und Weise von Jungen und Männern, als Mann zu leben und fordern dazu auf, in der Arbeit mit Jungen die vorhandenen „Ideologien von Männlichkeit" aufzuspüren und kritisch zu bearbeiten.[6]

Jungenarbeit unterstützt Jungen und männliche Jugendliche darin, traditionellen Männlichkeitsvorstellungen nicht länger entsprechen zu müssen, sondern eigene Wege zu suchen, wie sie als Junge oder Mann leben wollen. Damit unterstützt Jungenarbeit das Erleben von Unterschiedlichkeit, Abweichung, Differenz und bewertet es im Gegensatz zu vielen männlich strukturierten peer groups, Medien, Vätern positiv, wenn Jungen auch als „weiblich" oder „schwul" konnotierte Eigenschaften, Interessen, für sich

3 Auf andere Ansätze gehe ich hier nicht ein, da etwa von mythopoetisch ausgerichteten Jungenarbeitsanbietern aufgrund ihrer Männlichkeitskonzepte keine Arbeitsansätze zum Abbau von Homophobie bekannt sind.

4 vgl. Connell 1999

5 vgl. Cremers 2007, S.41 ff

6 Jantz/Grote 2003, S.13 ff

positiv besetzen. Angesichts des gesellschaftlichen Drucks, dem Jungen ausgesetzt sind, geht es darum, Jungen aktiv dabei zu unterstützen, auch ihre nicht rollenerwartungskonformen Anteile und Interessen zu leben und nicht mehr auf die Abwertung von Weiblichkeit oder Homosexualität angewiesen zu sein, um sich selbst als Junge oder Mann zu verorten.

Explizit ausformulierte Konzepte anti-homophober Jungenarbeit liegen bisher nicht vor. Zwar wird häufig Homophobie als relevanter Aspekt der für Jungen maßgeblichen Männlichkeitsvorstellungen genannt, und viele Autoren betonen, dass Homosexualität und Homophobie ein wichtiges Thema in der Jungenarbeit sind. In den meisten Fällen schlägt sich dies aber nicht in Kurskonzepten oder Methodensammlungen nieder, da diese sich fast immer auf die Gegenüberstellung Jungen – Mädchen konzentrieren. Inzwischen sind immerhin Methoden zur Sexualpädagogik häufiger im Sinne sexueller Vielfalt gestaltet, wenn in Übungen zu Verliebtsein oder Sexualität mögliche männliche Partner explizit mitgenannt werden. Nur wenige Autoren fordern so explizit wie Olaf Jantz, sich homosexuell orientierenden Jungen in der Jungenarbeit Unterstützung zu gewähren und auch über anti-homophobe Strategien nachzudenken.[7] Es gibt nur wenige Methoden bzw. Methodensammlungen, in denen Homosexualität explizit mitgedacht und positiv bewertet wird, von denen einige schon längere Zeit vorliegen. Schon Mitte der 90er Jahre wurde von Pat-EX e.V. z.B. ein Brettspiel „Liebe Freundschaft Sexualität“ entwickelt, in dem schwule gleichwertig mit heterosexuellen Lebensweisen platziert sind und die Ablehnung schwuler Lebensweisen spielerisch sanktioniert wird.[8]

4. Themenfelder und Ziele von Jungenarbeit

Es kann festgehalten werden, dass anti-homophobe Strategien bisher eher implizit in denjenigen Konzepten der Jungenarbeit enthalten sind, die sich kritisch mit hegemonialen Männlichkeitsvorstellungen auseinandersetzen und Jungen darin unterstützen, sich von der Orientierung an hegemonialer Männlichkeit zu lösen. Dazu werden die Jungen insbesondere bei der Entwicklung von Kompetenzen gefördert, die nicht zu den hauptsächlich als „männlich“ definierten Kompetenzen gehören, sondern z.B. eher als „weiblich“ konnotiert sind. Wesentliche Ziele von Jungenarbeit sind deshalb, Jungen in ihrer Entwicklung dahin zu unterstützen:

7 Jantz 2003, S.82 f
8 Krabel 1998, S.77 ff

- *Unterschiedlichkeit und Differenz aushalten und wertschätzen zu können*
- *Gefühle zulassen und zeigen zu können*
- *ihre Kommunikationsfähigkeit zu entwickeln*
- *die eigenen Grenzen wahrzunehmen und ernst zu nehmen*
- *die Grenzen anderer zu erkennen und zu respektieren*
- *zu lernen, die klassische männliche Ressource Gewalt nicht mehr zu nutzen*
- *zu lernen, ohne abwertendes bis gewalttätiges Verhalten gegenüber Mädchen und Frauen bzw. Schwulen oder als Schwule definierte auszukommen*
- *Fürsorge- und Selbstsorgekompetenzen zu entwickeln*

Zu diesen Zielen kann in ganz unterschiedlichen Themenfeldern gearbeitet werden, zu denen unter anderem gehören:

- *Auseinandersetzung mit gesellschaftlich vorgegebenen und eigenen Männer- und Frauenbildern*
- *Liebe, Partnerschaft, Beziehungsgestaltung*
- *Freundschaft, Peergroup, Anpassung vs. eigene Bedürfnisse*
- *Auseinandersetzung mit Schule, Bildung, Ausbildungsplatzsuche*
- *Zukunftswerkstatt zu Partnerschaft, Freundschaft, Vaterschaft, Beruf*
- *Sexualität, sexuelle Orientierung, Coming-Out, Sexualpraktiken, „das erste Mal“, Selbstbefriedigung, Verhütungswissen und Anwendungskompetenz*
- *sexualisierte Gewalt, Grenzüberschreitungen und Grenzsetzungen*
- *Konflikte, Aggression, Gewalt*
- *Diskriminierung, Mobbing*
- *Soziale Kompetenzen, Verantwortung für sich selbst und andere, Kooperation*
- *Über sich selbst sprechen, Ich-Botschaften senden, andere hören*
- *Sorgeselbstständigkeit, Fürsorglichkeit*
- *Sport und Bewegung, Körperspaß, Körperarbeit*
- *Auseinandersetzung mit Medien: Musik, Chatrooms, Computerspiele*

In der Jungenarbeit wird weniger auf Produkte und Präsentationen hin gearbeitet, sondern als zentral gilt in den meisten Fällen eine prozessorientierte Herangehensweise, die aufgreift, was den konkreten Jungen und männlichen Jugendlichen wichtig ist und an diesen Themen dann zu den oben genannten Zielen arbeitet.

5. Was tun gegen Homophobie bei Jungen? Ansatzpunkte für die Praxis der Jungenarbeit

Die wichtigste Methode der Jungenarbeit ist der Jungenarbeiter und die Haltung, die er einnimmt – das gilt auch für den Umgang mit Homosexualität und Homophobie!

Es ist schon oft beschrieben worden, dass es für eine geschlechterreflektierte Jungenarbeit nicht vorrangig auf die Entwicklung neuer Methoden ankommt, sondern am Wichtigsten die Haltung des männlichen Jungenarbeiters ist. Leider herrscht oft noch das Missverständnis vor, Mann-sein allein wäre schon Qualifikation genug für die Jungenarbeit. Das ist nicht der Fall, denn zentral ist die Präsenz eines männlichen Pädagogen, der sich mit Männlichkeit und der herrschenden Geschlechterordnung und *seiner eigenen Sozialisation und Position* darin auseinander gesetzt hat und eine Haltung entwickelt hat, die sich gegen die Abwertung nicht-hegemonialer Männlichkeiten wendet und explizit für die Gleichwertigkeit aller sexueller Orientierungen und Lebensweisen eintritt. Dass jeder Mann, der sich so positioniert, von den Jungen vermutlich für schwul gehalten wird, ist kein Problem, sondern eher ein guter Anlass für weitere Gespräche zur Frage, warum Jungen oder Männer für schwul gehalten werden und wann das mit ihrer realen Lebensweise, wann mit den gesellschaftlichen Bildern von Schwulen zu tun hat.

Es gibt nicht „die Jungen" – Jungen sind ganz verschieden

In der pädagogischen Praxis wird oft von „den Jungen" gesprochen, obwohl Jungen vor allem ganz verschieden sind. Es gibt kaum homogene Jungengruppen in Einrichtungen, sondern jede Jungengruppe ist heterogen zusammengesetzt. Die Jungen unterscheiden sich nach Orientierung an hegemonialer Männlichkeit, nach sexueller Orientierung, nach sozialer Klasse, nach familiären Hintergrund, sie sind Teil der Mehrheitsgesellschaft oder Jugendliche mit Migrationshintergrund, für sie spielt Religion eine wichtige Rolle oder gar keine Rolle, sie unterscheiden sich in Bezug auf gesundheitlichen Status, Interessen, Zugehörigkeit zu Subkulturen und vielen anderen Faktoren. Für eine pädagogische Arbeit, die im Sinne von Antidiskriminierungsansätzen individuelle Unterschiede und Entwicklungsperspektiven unterstützen will, unterschiedliche Chancen und Zugänge zu Bildung und Ressourcen jedoch ausgleichen will, bedeutet das Wahrnehmen der Heterogenität von Jungengruppen eine große Chance. Hier kann auch für die Arbeit gegen Homophobie gut angeknüpft werden, da das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung eingebunden werden kann in das Recht aller auf individuelle, von struktureller und diskriminierender Einschränkung freie

Selbstbestimmung und Entwicklung.

Gerade in multikulturell zusammengesetzten Lerngruppen ist es außerdem sinnvoll, sich genauer mit unterschiedlichen Umgangsweisen mit schwuler Sexualität zu beschäftigen. So finden sich je nach kulturellem Hintergrund und Lebensort (etwa auf dem Land oder in der Metropole) sehr unterschiedliche Umgangsweisen und gesellschaftliche Bewertungen von schwuler Sexualität. Dies kann z.B. die Akzeptanz schwuler Erfahrungen betreffen, so lange sie als Teil einer „jugendlichen Phase des Ausprobierens" begriffen wird, oder die sehr unterschiedlichen Definitionen davon, ob Sexualität zwischen männlichen Jugendlichen oder Männern bedeutet, dass beide Beteiligten als „schwul" definiert werden oder nur derjenige, der eine als „passiv" angesehene Rolle beim Sex übernimmt, womit meistens gemeint ist, sich oral oder anal penetrieren zu lassen. Die pädagogische Arbeit zu Homophobie in diesem Kontext bedeutet auch, sich Wissen über solche unterschiedlichen Konnotationen von Homosexualität zu verschaffen.

Der Blick auf die Heterogenität von Jungen und männlichen Jugendlichen ist auch bei den Debatten um die Homophobie von männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus muslimisch geprägten Ländern wichtig, die im Zusammenhang mit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gegen Schwule begangenen Gewalttaten geführt werden muss. Aus Sicht einer männlichkeitskritischen Jungenarbeit sollte die pädagogische Auseinandersetzung um Homophobie ebenso wie die Debatte um die Verantwortlichkeit eines jeden Täters für seine Taten offensiv geführt werden, gleichzeitig ist eine kulturalisierende und homogenisierende Zuschreibung unbedingt zu vermeiden.

Auf pädagogischer Ebene sind mir bisher keine ausgereiften Konzepte zur Arbeit gegen Homophobie mit Jungen und männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund insbesondere aus muslimisch geprägten Ländern bekannt. Hier steht die Diskussion erst am Anfang. Festzuhalten ist bisher, dass die Arbeit zu Homosexualität und Homophobie nicht allein stehen kann, sondern die Erfahrungen von Jungen und männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund mit Ausgrenzung, struktureller Benachteiligung und rassistischer Diskriminierung mit der pädagogischen Arbeit gegen Homophobie verbunden werden muss. Hier geben Ansätze aus der Intersektionalitätsforschung und Diversity-Ansätze erste Anregungen für die Weiterentwicklung der Arbeit gegen Homophobie.

Angebote zum Sprechen über Homosexualität machen!

In der praktischen Arbeit mit Jungen und männlichen Jugendlichen wird immer wieder deutlich, dass allein die Möglichkeit, über Homosexualität zu sprechen, der vielleicht wichtigste Ansatzpunkt für eine Arbeit gegen Homophobie ist. Die Mehrzahl der Jungen findet keine Räume vor, in denen über Homosexualität anders als homophob-abwertend gesprochen werden kann: Weder in der Familie, noch in der peer group, nicht in der Schule und nicht in der Jugendeinrichtung, auch nicht im Sportverein. Sobald über Homosexualität wirklich gesprochen werden kann, werden viele für die Jungen wichtige Fragen formuliert: „Wie machen Schwule Sex?" „Machen alle Schwulen Analverkehr?" „Wer ist bei Schwulen die Frau?" Dabei werden oft auch eigene Gefühle zu schwuler Sexualität formuliert – ein wichtiger Prozess, um im Gespräch mit anderen abzuwägen, was an heterosexueller Abwehr, Distanz, Unverständnis relevant ist und bleibt und welche Aspekte nach Gesprächen an Bedrohung verlieren. In der Jungenarbeit sollte Raum für solche Gespräche geschaffen werden, und die Pädagogen sollten sich nicht scheuen, auch über das vor allem für männliche Jugendliche wichtige Thema Analverkehr zu diskutieren – ohne sich gleich als Hetero, für den das nichts ist, aus der Affäre zu ziehen. Wichtiger ist, und hier liegen große Chancen für heterosexuelle Pädagogen, als kompetente Gesprächspartner die eigenen Gefühle oder Ängste transparent zu machen, wenn sie, wie Timmermanns vorschlägt, „darüber erzählen, wie sie in der Pubertät mit ihrer Angst für schwul gehalten zu werden umgegangen sind oder welche Gefühle es ausgelöst hat, als sie das erste Mal bewusst einem schwulen Mann gegenüber standen."[9]

Begegnungen mit offen schwul lebenden Männern ermöglichen

Ich habe es schon oft erlebt, dass vor allem im Rahmen von mehrtägigen Seminaren mit Jungengruppen zu Beziehung und Sexualität oder anderen Themen die Begegnung mit offen schwul lebenden Männern zum Highlight des Programms wurde. Dabei sind die Vorbereitungen solcher Gespräche häufig von großen Ambivalenzen und auch Widerständen begleitet. Die männlichen Jugendlichen gehen dann, durchaus aufgeregt und vielleicht mit etwas Angst („Was mache ich, wenn der mich anmacht?") mit einer Vielzahl von Fragen in das Gespräch (z.B. zu Sexualpraktiken, immer gefragt wird aber auch: „Wann hast du gemerkt, dass Du schwul bist?" „Wem hast du es zuerst erzählt?" „Wie hat Dein Umfeld reagiert?") – und kommen begeistert vom Gespräch zurück. Die Begegnung und das Gespräch mit einem

9 Timmermanns 2008, S.25

schwulen Mann verschafft den Jugendlichen eine reale Erfahrung, mit der sich emotionale Haltung und Blick auf schwule Männer verändern und neue Perspektiven eröffnen. Auch für die Jungenarbeit ist die Existenz von schwullesbischen Aufklärungsprojekten (wie SchLAu NRW, KomBi und ABqueer in Berlin und anderen, oft lokal tätigen Projekten) von unschätzbarem Wert.

Biste schwul oder was? Das Berührungstabu unter Jungen aufweichen

Berührungen unter Männern sind im heterosexuellen Kontext ein heikles Thema, und sie sind zudem extrem abhängig von sozial und kulturell unterschiedlich ausgestalteten Prägungen und Geschlechterordnungen. Im mehrheitsdeutschen Kontext (und in den Geschlechterordnungen mancher Herkunftskulturen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ebenso) gehören zu den hegemonialen Männlichkeitsbildern die Tabuisierung von sanften, zärtlichen oder auch tröstenden Berührungen zwischen Männern. Wer diese Tabus verletzt, wird als schwul angesehen. Dies erschwert nicht nur jungen Schwulen, ihre Nähe zueinander öffentlich zu machen, sondern hindert auch heterosexuell orientierte Jungen am Zulassen und Ausleben emotionaler Bedürfnisse wie Zärtlichkeit, Anlehnung, Trost mit anderen Jungen. Um Jungen darin zu unterstützen, sich an eigenen Bedürfnissen von Nähe und Zärtlichkeit orientieren zu können, anstatt sich von hegemonialen Männlichkeitsbildern und Homophobie einschränken zu lassen, wird seit vielen Jahren in der Jungenarbeit mit Körperarbeit gearbeitet. Im Rahmen der Konzeptentwicklung für die Jungenarbeit in der Schule hat Pat-EX e.V. Methoden entwickelt, mit denen der Körperkontakt zwischen Jungen spielerischer als in klassischen Methoden der Körperarbeit erprobt werden kann.[10]

Auseinandersetzung um Männlichkeitsbilder fördern durch Spielfilme

Es gibt inzwischen eine ganze Reihe von Spielfilmen, in denen anschaulich geschildert wird, in welche Konflikte Jungen und männliche Jugendliche gestürzt werden, weil die an sie herangetragenen Rollenerwartungen, ein „richtiger Junge“ oder „richtiger Mann“ zu sein, mit ihren eigenen Bedürfnissen konfligieren. In der Jungenarbeit bei Dissens e.V. haben wir bisher gute Erfahrungen mit Filmen wie „Billy Elliot – I will dance“, „Sommersturm“, „The Beautiful Thing“, „Kick it like Beckham“ gesammelt. Zu einigen dieser Filme hat die Bundeszentrale für politische Bildung Themenhefte herausgegeben. Zu „Billy Elliot – I will dance“ liegt außerdem eine spannende Analyse von Olaf Stuve vor.[11] Der Einsatz von Spielfilmen ist sehr

10 Krabel 1998, S.39ff, S.53ff
11 Stuve 2008

gut geeignet, um Homophobie im Rahmen von Jungenarbeit und darüber hinaus zu bearbeiten: Durch das Medium Film kann etwas mehr Distanz zum Thema gewahrt werden, in möglichen anschließenden Gesprächen zum Film kann anhand fiktiver Personen verhandelt werden, wie es den ProtagonistInnen wohl ergeht, die jugendlichen ZuschauerInnen können sich nach Wahl persönlicher einbringen oder auch zurückhalten. Das Medium Film macht außerdem sichtbar, dass es die gezeigten Konflikte gibt, auch wenn in der peer group der Einrichtung oder Bildungsinstitution diese Konflikte vielleicht unsichtbar gemacht werden. Darüber hinaus ist das Zeigen solcher Filme außerdem auch für niedrigschwellig arbeitende Jugendeinrichtungen etwa in der offenen Jugendarbeit eine gut machbare Methode.

Sexualpädagogik der Vielfalt

Sexualpädagogische Jungenarbeit stellt heterosexuelle, homosexuelle und andere sexuelle Orientierungen und Lebensweisen gleichberechtigt nebeneinander und wendet sich gegen Hierarchisierungen von „normaler" und „besonderer" Sexualität. Dies erfordert zunächst vor allem die gleichberechtigte Einbeziehung von nicht-heterosexuellen Lebensweisen in den Sprachgebrauch der Pädagogen, etwa beim klassischen Beispiel:

„Angenommen, du verliebst dich in ein Mädchen oder einen Jungen, mit wem sprichst Du zuerst darüber?"

Die Einbeziehung von Jungen als mögliche Sexual- und Liebespartner wird in der Jungengruppe beim ersten Mal einen Sturm der Entrüstung hervor rufen („Wir sind doch nicht schwul!"). Das macht nichts, fördert doch die folgende Auseinandersetzung die zumeist dringend nötige Diskussion über die Gleichwertigkeit aller sexuellen Orientierungen.

Bei der Arbeit zu Verhütungsmitteln ist es wichtig, sich nicht hauptsächlich mit den von Heterosexuellen genutzten Verhütungsmitteln zu beschäftigen[12], sondern sich vor allem auf die Vermittlung von Anwendungskompetenz bei der Benutzung von Kondomen zu konzentrieren. Die inklusive Frage schlechthin bei Verhütungskompetenz lautet:

„Wieviele Verhütungsmittel schützen vor Schwangerschaft und sexuell übertragbaren Krankheiten?"

Die Orientierung an den klassisch verfügbaren Verhütungsmitteln für heterosexuelle Sexualität macht schwule und andere Sexualitäten tendenziell unsichtbar. Auch in der Sexualpädagogik gilt: Nur die offensive Thematisierung nicht heterosexueller Lebensweisen unterstützt eine Atmosphäre, die sexuelle Vielfalt zulässt.

---

12 z.B. die für Jugendliche beiderlei Geschlechts teilweise ohnehin ungeeigneten oder unzulänglichen Verhütungsmittel Pille, Spirale, Schaumzäpfchen

Diskriminierung und Gewalt: Klare Grenzen setzen, klare Parteinahme für Opfer

Jungenarbeit heißt auch, sich bei Fällen von Diskriminierungen, verbaler, körperlicher Gewalt und auch sexualisierter Gewalt zu positionieren: Partei zu nehmen für die Opfer, und den Tätern Grenzen zu setzen. Im Alltag der Jungenarbeit stehen meistens verbale Diskriminierungen im Vordergrund. Das Einschreiten von Pädagogen bei sexistischen, rassistischen, antisemitischen, homophoben und anderen diskriminierenden Sprüchen ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit und führt mitunter zu starken Konflikten, kann aber nachhaltige Veränderungen initiieren, wenn die Grenzsetzungen immer überzeugend begründet werden. So unterstützt Jungenarbeit Jungen und männliche Jugendliche darin, sich über die Benutzung und Funktion von abwertenden Äußerungen Gedanken zu machen und zeigt Grenzen des Akzeptierten auf. Auch für die Arbeit gegen Homophobie ist es von zentraler Bedeutung, die eigene Klarheit bei der Grenzsetzung gegenüber homophoben Diskriminierungen deutlich zu machen. Wenn heterosexuelle Kollegen gegen homophobe Äußerungen einschreiten, sorgen sie für Verwunderung: „Warum stört dich das, du bist doch nicht schwul, oder?“ Männliche Jungenarbeiter verweigern sich so der heteronormativen Solidarisierung der angeblich normalen, heterosexuellen „richtigen Männer“-Gemeinschaft und machen in ihrer Rolle als Pädagogen offensiv deutlich, dass in ihren Einrichtungen Platz für alle ist, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung.

6. Ohne Engagement gegen Homophobie geht es nicht

Noch immer wird Jungenarbeit zu oft verkürzt missverstanden als Ansatz, bei dem es wesentlich um die Erhöhung der Präsenz von Männern in Einrichtungen der Jugendhilfe und Bildung gehe. Auch die Vorbildfunktion von Männern in der Pädagogik wird oft betont. Dagegen sollte in der Jungenarbeit die Vorbildfunktion von Männern weit über die reine Präsenz von Männern hinausgehend verstanden werden: *Männer können Jungen und männlichen Jugendlichen als Vorbild dienen durch ihr eigenes, kritisches Hinterfragen hegemonialer Männlichkeitsvorstellungen und ihre Entscheidungen, sich den Aufforderungen zur Einordnung in das System hegemonialer Männlichkeit(en) zu verweigern.* Dazu gehört auch eine kritische Auseinandersetzung mit Homophobie und das offensive Eintreten für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung unterschiedlicher sexueller Orientierungen und Lebensweisen.

Die noch immer häufige Konzentration auf mögliche „Unterschiede zwischen den Geschlechtern“ verstärkt die Tendenz zur falschen Homogenisierung von Jungengruppen (ebenso wie Mädchengruppen) und macht damit

die Vielfältigkeit von Jungen tendenziell unsichtbar. Männlichkeitskritische Ansätze von Jungenarbeit gehen daher weit über die Auseinandersetzung „zwischen den Geschlechtern“ hinaus und setzen durch die kritische Auseinandersetzung mit Männlichkeit Impulse, die wichtige Beiträge zum Abbau von Sexismus und Homophobie, zur Verringerung von Diskriminierung und Gewalt leisten können.

Jungenarbeit muss aber deutlicher werden und die Gleichwertigkeit unterschiedlicher sexueller Orientierungen und Lebensweisen explizit thematisieren. Die Verantwortung dafür, dass alle Jugendlichen sich unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung in Bildungsinstitutionen und Einrichtungen der Jugendhilfe und darüber hinaus aufgehoben und sicher fühlen können, muss viel weitgehender als bisher üblich auch von den heterosexuell lebenden männlichen Kollegen der Jungenarbeit übernommen werden.

Literatur:

Berliner Fachrunde Jungenarbeit (2006): Berliner Fachtag Jungenarbeit: Jungenarbeit jetzt! Dokumentation. Berlin. Online unter HYPERLINK „http://www.dissens.de/de/dokumente/fachtag-jungenarbeit060906.pdf“ http://www.dissens.de/de/dokumente/fachtag-jungenarbeit060906.pdf

Berliner Fachrunde Jungenarbeit (2008): 2. Berliner Fachtag Jungenarbeit: Die Vielfalt der Jungenarbeit. Dokumentation. Berlin. Online unter HYPERLINK „http://www.dissens.de/de/dokumente/dissens-jungenfachtag-sept2008.pdf“ http://www.dissens.de/de/dokumente/dissens-jungenfachtag-sept2008.pdf

Bremer JungenBüro/BDP-Mädchenkulturhaus (2004): „respect“. Antirassistische Jungen- und Mädchenarbeit gegen Ausgrenzung und Gewalt. Dokumentation. Bremen.

Connell, Robert W./Raewyn (1999): Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Opladen.

Cremers, Michael (2007): Neue Wege für Jungs?! Ein geschlechtsbezogener Blick auf die Situation von Jungen im Übergang Schule-Beruf. Expertise im Auftrag des Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V. (Bezug: publikationen@bundesregierung.de)

Drägestein, Bernd / Grote, Christoph (2004): Halbe Hemden – Ganze Kerle. Jungenarbeit als Gewaltprävention. Hg. von der Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen. Hannover. (Bezug: HYPERLINK „mailto:info@jugendschutz-niedersachsen.de“ info@jugendschutz-niedersachsen.de)

Jantz, Olaf (2003): Männliche Suchbewegungen – Antisexistisch und parteilich? Jungenarbeit zwischen Begegnung und Veränderung. In: Grote, Christoph/Jantz, Olaf (Hg., 2003): Perspektiven der Jungenarbeit. Konzepte und Impulse aus der Praxis. Opladen.

Jantz, Olaf / Grote, Christoph (2003): Mann-Sein ohne Männlichkeit. Die Vielfältigkeit von Lebensentwürfen befördern. In: Grote, Christoph/Jantz, Olaf (Hg., 2003): Perspektiven der Jungenarbeit. Konzepte und Impulse aus der Praxis. Opladen.

Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille (Hg., 1988): parteiliche Mädchenarbeit und antisexistische Jungenarbeit. Petershagen-Frille.

Könnecke, Bernard (2008): Jungenarbeit – Wie fange ich an? Erste Schritte zu einer veränderten Praxis. In: Berliner Fachrunde Jungenarbeit (2008): 2. Berliner Fachtag Jungenarbeit: Die Vielfalt der Jungenarbeit. Dokumentation. Berlin.

Krabel, Jens (1998): Müssen Jungen aggressiv sein? Eine Praxismappe für die Arbeit mit Jungen. Mülheim an der Ruhr.

Sielert, Uwe (2002): Jungenarbeit. Praxishandbuch für die Jugendarbeit Teil 2. Weinheim/München.

Stuve, Olaf (2008): Theoretische und praktische Fortschritte in der Jungenarbeit. In: Berliner Fachrunde Jungenarbeit (2008): 2. Berliner Fachtag Jungenarbeit: Die Vielfalt der Jungenarbeit. Dokumentation. Berlin. S. 5 - 20.

Timmermans, Stefan (2008): Sexuelle Vielfalt lernen! Oder: Echte Kerle haben (keine) Angst vor Schwulen. In: Berliner Fachrunde Jungenarbeit (2008): 2. Berliner Fachtag Jungenarbeit: Die Vielfalt der Jungenarbeit. Dokumentation. Berlin. S. 21 - 31

Lutz van Dijk/Barry van Driel (Hg., 2008): Sexuelle Vielfalt lernen. Schulen ohne Homophobie. Berlin.

Homosexualität – immer noch ein „heisses Eisen“ in der Schule

*von Detlef Mücke, Guido Mayus und Ulf Höpfner **

1. Die Schule – ein homophober Lernort

1.1. Alltägliche Äusserungen von Schülerinnen und Schülern

„Fass mich nicht an, bin doch nicht schwul!“ „Schwul“ ist das häufigste Schimpfwort auf deutschen Schulhöfen. Ausdruck einer gefühlsmäßigen Abwehrhaltung. Darüber hinaus hat das Wort schwul dahingehend einen Bedeutungswandel erhalten, dass es – im Gegensatz zu „cool“– als negatives Adjektiv verwandt wird: „Ist das ein schwuler Stift!“ „Französisch ist eine schwule Sprache!“ „Du schwuler Jude!“

Wie reagieren Schülerinnen und Schüler, wenn man diese daraufhin anspricht, dass derartige Äußerungen doch beleidigenden Charakter haben bzw. sprachlogisch unsinnig sind? Die Antworten sind oft ausweichend. „Das haben wir doch gar nicht so gemeint. Da haben wir uns nichts bei gedacht, das sagt doch jeder!“ oder „Das war doch nur Spaß!“ Meistens sind sie sich nicht dessen bewusst, dass sie mit derartigen Worten andere verletzen. Im Gespräch darüber wird ihnen oft klar, dass sie mit solchen Worten diskriminieren und vielen ist es peinlich. Wenige zeigen eine manifeste Ablehnungshaltung, wollen bewusst andere provozieren oder ihre diskriminierende Einstellung offen innerhalb der Gruppe dokumentieren.

1.2. Vorurteilsmotivierte Gewalterfahrungen von schwulen, bi- und transsexuellen Jugendlichen

Neben dieser verbalen Gewalt berichten schwule, bi- und transsexuelle (SBT) Jugendliche auch von ihrer vorurteilsmotivierten Gewalterfahrung. Im Rahmen der zweiten Umfrage von MANEO, die 2007/08 bundesweit durchgeführt worden war, haben unter den 17.477 Teilnehmern auch viele jugendliche SBT-Schüler von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen teilgenommen. Dr. Bodo Lippl, Mitarbeiter des Wissenschaftsteam, hat hierzu erste Ergebnisse in impuls veröffentlicht[1].

---

* *Die Autoren Ulf Höpfner, Guido Mayus, Detlef Mücke sind Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft schwuler Lehrer in der GEW BERLIN. Siehe: www.schwulelehrer.de Detlef Mücke, 64, ist pensionierter Lehrer. Er unterrichtete an einer Gesamtschule in Neukölln-Gropiusstadt und wurde für sein Engagement 2005 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Guido Mayus, 43, ist Lehrer und zurzeit abgeordnet für ein Forschungsprojekt an die Universität Potsdam. Ulf Höpfner, 37, ist Lehrer und Fachbereichsleiter Naturwissenschaften am Diesterweg-Gymnasium in Berlin-Wedding.*

1 Fußnote siehe Seite 113

Die Studie verdeutlicht, dass SBT-Schüler an allgemeinbildenden Schulen am häufigsten von Gewalterfahrungen betroffen sind (60,6 Prozent), gefolgt von Schülern an beruflichen Schulen (54,9 Prozent). Sicher überrascht es nicht, dass die befragten Schüler mit 43 Prozent Bedrohungen als den größten Anteil von Gewalterfahrung benennen. Alarmierend sind diese Zahlen dennoch. Bezüglich des Schultyps gibt es signifikante Unterschiede: „Während in Haupt- und Realschulen eher körperliche Gewalttaten statt Bedrohungen zugefügt werden, spielen in Gesamtschulen und Gymnasien überwiegend Bedrohungen eine stärkere Rolle als körperliche Gewalt. Zudem ist die Betroffenheit von Gewalt an Hauptschulen am höchsten (nur 31,6 Prozent haben von keinem Vorfall berichtet).“ Die Täter sind überwiegend männlich (88,5 Prozent) und „33,1 Prozent der Vorfälle gegen schwule und bisexuelle Schüler fanden in der Schule selbst statt, 29,0 Prozent auf der Straße.“

Ist Schule demnach ein homophober Ort? Bejahen muss man diese Frage, wenn man bedenkt, dass nur 28,0 Prozent der Schüler angeben, dass an ihrer Schule darauf geachtet wird, dass sich niemand über Schwule/Bi-/Transsexuelle lustig macht, nur 46,3 Prozent finden, dass Schwule, Bi-/Transsexuelle von Mitschülern und Mitschülerinnen verteidigt werden und nur 46,9 Prozent äußern, dass Lehrerinnen und Lehrer an ihrer Schule eingreifen, wenn schlecht über Schwule geredet wird. Von einem angstfreien Klima in der Schule kann jedenfalls bei diesen Ergebnissen nicht gesprochen werden. Kein Wunder also, dass mehr als die Hälfte der Schüler angeben, dass es an der eigenen Schule besser sei, sich nicht zu outen und seine Homosexualität zu verheimlichen. Schulen nehmen ihre Verpflichtung nicht wahr, Schülerinnen und Schüler in ihrer sexuellen Orientierungsphase zu unterstützen oder zumindest sie nicht zu beeinträchtigen.

Um das Ausmaß homophober Gewalt zu erfahren, ist es notwendig, diese gesondert zu erfassen. Eine Möglichkeit wird gerade im Land Berlin

---

1 Dr. B. Lippl, Zwei Schritte vor, ein Schritt zurück – Hassgewalt gegenüber bisexuellen und schwulen Jugendlichen im Coming-out, ‚in: IMPULS, Die MANEO-Fachzeitschrift zu Homophobie und Hate Crime, Ausgabe 02/2008. siehe auch: www.maneo-toleranzkampagne.de.

entwickelt. Es ist beabsichtigt, die an allen Schulen vorhandene Handreichung zur Gewalterfassung und –prävention dahingehend zu erweitern, dass homophobe Gewalt eigens thematisiert wird. Lehrkräfte werden darin informiert, wie konkrete Opferhilfe zu leisten ist und welche Maßnahmen einzuleiten sind. Auch gibt es konkrete Hinweise, wie die Nachsorge gelingen kann und ein Diskriminierungsfall pädagogisch aufgearbeitet werden kann. Auch gibt es Adressen von Ansprechpartnern der Opferhilfe, der LSBTI-Community und der Polizei.

1.3. Untersuchung über die psychosoziale Situation jugendlicher Lesben, Schwuler und Bisexueller in Berlin 1999

Diese Ergebnisse decken sich mit anderen Untersuchungen früherer Jahre. Im Frühjahr 1999 veröffentlichte die Berliner Senatsschulverwaltung in Kooperation mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft die bisher einmalige Untersuchung über die psychosoziale Situation jugendlicher Lesben, Schwuler und Bisexueller in Berlin. Einsamkeit ist das größte Problem und die Suizidgefährdung ist viermal so hoch wie bei gleichaltrigen heterosexuellen Jugendlichen.[2]

1.4. Andere Untersuchungen über die Einstellung von heterosexuellen Jugendlichen zu Homosexualität und LSBTI (lesbisch, schwule, bi-, transsexuell, intersexuelle) -Jugendlichen

Umfragen des Instituts „iconkids & youth“ unter Jugendlichen aus den Jahren 1998 und 2002 ergaben eine von 34 auf 61 Prozent gestiegene negative Einstellung gegenüber Homosexuellen (FAZ v. 26.07.2005).[3]

Ein länderübergreifender Forschungsbericht von ILGA Europe und IGLYO unterstreicht, dass Familie und Schule die Bereiche mit den größten Anpassungsschwierigkeiten für LSBTI-Jugendliche sind. Mehr als die Hälfte der Befragten berichtet von Vorurteilen und Diskriminierungen in den Familien, zwei Drittel von negativen Erfahrungen an Schulen.[4]

Die neueste Untersuchung aus dem Jahre 2007 „Einstellungen zur Homosexualität: Ausprägungen und sozialpsychologische Korrelate bei

2 Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport in Kooperation mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin (Hrsg.) „Sie liebt sie. Er liebt ihn. – Eine Studie zur psychosozialen Situation junger Lesben, Schwuler und Bisexueller in Berlin“, 1999. siehe auch: http://www.berlin.de/lb/ads/gglw/publikationen/

3 S. Kusicke, „Mein Schatz, schwul zu sein ist ganz normal“ – Wie Interessengruppen versuchen, eine neue Darstellung von Homosexualität im Schulunterricht zu erreichen, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.07.2005.

4 J. Takacs, Social exclusion of young LBGT People in Europe, Brüssel 2006

Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund“ von der Christian-Albrecht-Universität Kiel unter Leitung von Prof. Dr. Simon (Simon-Studie) weist auf folgende Aspekte hin: „Homosexuellenfeindliche Einstellungen sind unter Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund wesentlich stärker verbreitet als in der deutschen Vergleichsgruppe. Besonders stark ausgeprägt sind sie bei männlichen Jugendlichen türkischer Herkunft. In dieser Gruppe halten es 78,9 Prozent für ‚abstoßend‘, wenn sich zwei Männer auf der Straße küssen.“ Als eine der möglichen Ursachen wird u.a. auf die Religiosität hingewiesen. „Der Zusammenhang von Religiosität und Homosexuellenfeindlichkeit ist bei türkischstämmigen Schülern am stärksten ausgeprägt. Je religiöser sie sind, desto homosexuellenfeindlicher sind sie. Auch bei den Russischstämmigen zeigen sich solche Zusammenhänge, wenn auch weniger stark. Bei den deutschen Schülern dagegen kaum.“[5]

Eine Bremer Schülerumfrage unter 968 Schülerinnen und Schülern am Schulzentrum Walliser Straße aus dem Jahr 2008 zeigt, „dass 40 Prozent der muslimischen, 23 Prozent der katholischen und zwölf Prozent der evangelischen Jugendlichen Homosexualität immer noch für eine Krankheit halten. Bei den Nichtgläubigen waren es knapp elf Prozent. Und „zumindest unmoralisch ist Homosexualität für 62 Prozent der befragten Muslime, 39 Prozent der Katholiken, 26 Prozent der Protestanten und immerhin 20 Prozent der Nichtgläubigen.“ Zu diesem halbjährigen Projekt gehörte auch die Auseinandersetzung mit Menschenrechten, religiöser Schwulendiskriminierung, Nazi-Schwulenverfolgung und Homosexualität im Tierreich.[6] [7]

1.5. Verhaltensstrategien von Lehrkräften

Wie reagieren Lehrkräfte, wenn sie homophobe Äußerungen von Schülern hören? Es gibt drei Verhaltensstrategien.
Die Lehrperson „schaltet auf Durchgang“, sieht keinen Anlass, diskriminierende Formulierungen zurückzuweisen, und tut es als Umgangssprache von jugendlichen Pubertierenden ab.

Ohne inhaltlich im Unterricht darauf einzugehen, kann eine Lehrperson in dieser Situation kurz aber bestimmend sagen: „In meinem Unter-

5 Prof. Dr. B. Simon, Einstellungen zur Homosexualität: Ausprägungen und sozialpsychologische Korrelate bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, 40 (2), 87-99 2008 (www.uni-kiel.de/psychologie/sozial/simon-php)

6 E. Stengel, Schwule Kekse – Bremer Schülerumfrage belegt Homophobie, Frankfurter Rundschau vom 20.11.2008

7 „Das Recht anders zu sein“ gilt für alle Menschen, auch für Homosexuelle – Ein Projekt der Klasse 2HH 07/05 des SZ Walliser Straße in Bremen, 2008. Siehe auch: www.szwalliser.de

richt möchte ich derartige abfälligen Bemerkungen nicht hören! Unterlass das bitte!“

Eine abschätzige Wortwahl kann zum Anlass genommen werden, ein, zwei Unterrichtsstunden oder mehr darauf zu verwenden, Vorurteilen entgegen zu treten und zu versuchen, diese abzubauen. Da Sexualerziehung fächerübergreifend zu erteilen ist, kann jeder Fachlehrer und jede Fachlehrerin dies tun, wenn es pädagogisch für notwendig erachtet wird.

1.6. Unzureichende Thematisierung von Homosexualität in der Schule

Alle Umfragen zum Thema Homosexualität belegen, dass in der Schule Homosexualität zu wenig oder gar nicht thematisiert wird. Die Mitglieder der AG schwule Lehrer in der GEW BERLIN haben die Erfahrung gemacht, dass viele Kolleginnen und Kollegen sich überfordert und nicht ausgebildet fühlen, Sexualerziehung durchzuführen, geschweige denn, sich zu dem „heißen Eisen“ Homosexualität zu äußern. Weder während des Studiums noch während der 2. Phase der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung, dem so genannten Referendariat, sind sie darauf vorbereitet worden.

Auch die 2004 von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung veröffentlichte Expertise „Richtlinien und Lehrpläne zur Sexualerziehung – Eine Analyse der Inhalte, Normen und Werte sowie Methoden zur Sexualerziehung in den sechzehn Ländern der Bundesrepublik Deutschland“ kommt zu der Einschätzung, dass „trotz aller Anstrengungen und Anregungen aus den zurückliegenden drei Jahrzehnten man auch heute noch davon ausgehen muss, dass Sexualaufklärung und – erziehung in der Schule nicht immer im Sinne der Richtlinien und manchmal nicht intensiv genug durchgeführt wird.“[8]

2. Möglichkeiten emanzipatorischer Sexualerziehung und Antidiskriminierungsarbeit in pädagogischen Einrichtungen

Die Entkriminalisierung der Homosexualität im Jahre 1994 durch die Streichung des § 175 StGB, die Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes im Jahre 2001 und die folgende schrittweise Gleichstellung von Eheleuten und Lebenspartnern in vielen Gesetzen und Verordnungen, die Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) als nationale Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie 2000/78/EG haben dazu

8 Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.), Richtlinien und Lehrpläne zur Sexualerziehung – Eine Analyse der Inhalte, Normen, Werte und Methoden zur Sexualaufklärung in den sechzehn Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Expertise, ,Köln 2004, S. 12

geführt, dass in weiten Teilen der politischen Parteien und der Bevölkerung ein Bewusstseinswandel stattgefunden hat. Auf der anderen Seite gibt es gesellschaftliche Kräfte, die diese Veränderungen bekämpfen oder sogar zurückdrehen wollen, insbesondere die orthodoxen Teile der Religionsgemeinschaften. Schule ist Teil der gesellschaftlichen Realität, spiegelt dieses Spannungsverhältnis wider und muss diesen Bewusstseinswandel pädagogisch begleiten. Aufgabe der Schule ist es, gesellschaftlich aktuelle Konflikte aufzugreifen und die Schülerinnen und Schüler dazu zu befähigen, sich eine eigene Meinung zu bilden. Im Folgenden soll aufgezeigt werden, welche Rechtsgrundlagen für den Unterricht zurzeit relevant sind und welche Möglichkeiten Schule bieten kann, das Thema lesbisch-schwule Lebensweisen einzubinden.

In allen Bundesländern wird in den Richtlinien zur Sexualerziehung die Vielfalt der Lebensformen mittlerweile als gesellschaftliche Realität zur Kenntnis genommen. „Bei der sexuellen Orientierung ist auch hier in fast allen amtlichen Veröffentlichungen die Intention zu erkennen, der Diskriminierung von Homosexualität entgegenzutreten. Allein in Mecklenburg-Vorpommern soll Homosexualität überhaupt nicht thematisiert werden, in Baden-Württemberg und Sachsen ist sie nur fakultativ im Lehrplan für katholische Religion am Gymnasium verankert, und in Bayern und Schleswig-Holstein wird sie nach wie vor im Zusammenhang mit Problemen gesehen. Die Lehrpläne der sechs Länder Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Sachsen-Anhalt fordern dagegen die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Liebe. Im Sinne eines Diversity-Mainstreaming setzen sich lediglich die sexualerzieherischen Vorgaben von Berlin, Bremen und Hamburg aktiv für die Akzeptanz der Vielfalt von sexuellen Orientierungen ein. In Thüringen wird das Thema ohne erkennbare Wertung genannt.“[9]

Seit dem Schuljahr 2004/05 werden in allen Bundesländern die Lehrpläne traditioneller Prägung sukzessive durch Bildungsstandards ersetzt, die festschreiben, über welche Einstellungen, Fähigkeiten und Kenntnisse (Kompetenzen) Schülerinnen und Schüler zu einem bestimmten Zeitpunkt ihrer Schulkarriere verfügen müssen. Der damit verbundene Perspektivenwechsel sieht auch vor, dass die neuen Bildungspläne weniger über Inhalte als über Kompetenzen das Unterrichtsgeschehen steuern, daher werden weniger als in vorherigen Bildungsplänen inhaltliche Festlegungen getrof-

9 a.a.O., S. 168

fen. Es ist eines der Ziele der Bildungsplanreform 2004, den Schulen eine größere Freiheit bei der Auswahl von Themen und Unterrichtsgegenständen zu ermöglichen. Aufgrund dieser Tatsache lassen sich die einzelnen Inhalte schwerer verorten als dies in den traditionellen Bildungs- und Lehrplänen der Fall war. Dennoch ist eine explizite Erwähnung von einzelnen Themen in diesen neuen Rahmenlehrplänen der jeweiligen Fächer wichtig, da Schulbuchverlage sich bei der Konzeption neuer Lehrbücher an den Inhalten der Rahmenlehrpläne orientieren.

Nichts desto trotz kann aber jede Lehrkraft zu jeder Zeit Homosexualität im Unterricht thematisieren, wenn sie es pädagogisch für sinnvoll hält – und zwar nicht nur im Lehrplan des Faches Biologie, sondern auch in den Lehrplänen der Fächer Deutsch, Fremdsprachen, Geschichte, Sozialkunde, Politische Wissenschaft, Religion und Ethik – und die Richtlinie zur Sexualerziehung des jeweiligen Bundeslandes extensiv auslegt und interpretiert.

So antwortet z. B. der Minister für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg, Herr Helmut Rau, auf einen Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen am 11. Juli 2007: „Selbstverständlich ist Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen ein wesentliches Ziel auch der neuen baden-württembergischen Bildungspläne. Die ‚Bereitschaft, andere Auffassungen zu tolerieren' wird nicht nur in Religion gefordert und es steht – ganz im Sinne der oben genannten Freiheit der Unterrichtenden – den Schulen frei, Toleranz an religiösen oder z. B. an der Frage der gleichgeschlechtlichen Lebensweisen einzuüben." Und weiter: „In der allen Schularten vorangestellten Einführung in den Bildungsplan 2004 von Hartmut von Hentig wird für den neuen Bildungsplan festgestellt, dass Schülerinnen und Schüler ‚ein klares Verhältnis zum eigenen Geschlecht, zu den biologischen und seelischen Funktionen der Geschlechtlichkeit' finden. Der neue Bildungsplan legt nicht fest, an welchen Inhalten diese Einstellungen zu erwerben sind. In vielen Fächern kann das Thema gleichgeschlechtlicher Lebensweisen behandelt werden, sei es im neuen Fächerverbund Materie, Natur, Technik der Hauptschule, wo ‚Verantwortung im Umgang mit der Geschlechtlichkeit' gefordert wird." Kultusminister Rau weist ausdrücklich darauf hin, dass auch in anderen Fächern gleichgeschlechtliche Lebensweisen behandelt werden können und formuliert abschließend: „Alle Fragen, die Jugendliche bewegen, sollten in der Schule ihren Platz finden. In der Verbindung von biologisch-sexuellen Fakten, historischem Wandel und der ethischen Dimension der Frage der Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen liegt der Schlüssel für die Behandlung des Themas im Unterricht. All dies ist vom neuen Bildungsplan in jeder Weise abgedeckt, wenn die Behandlung des Themas sensibel

erfolgt, ethisch vertretbar und vom Alter her geeignet ist.“ Bedauerlicherweise kommt er zu der Schlussfolgerung: „Angesichts der umfangreichen Aufarbeitung der in Frage stehenden Sachverhalte in den Bildungsplänen hält das Kultusministerium zusätzliche Schulmaterialien und Informationsangebote für Personen schulpflichtigen Alters für nicht erforderlich.“[10]

In manchen Schulgesetzen, z. B. in Berlin, wird vom Gesetzgeber gefordert, dass „jeder junge Mensch ungeachtet seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft, seiner Behinderung, seiner religiösen oder politischen Anschauungen, seiner sexuellen Identität und der wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Stellung seiner Erziehungsberechtigten ein Recht auf zukunftsfähige schulische Bildung und Erziehung habe.“ (§2 Schulgesetz von Berlin)

In vielen Bundesländern gibt es Aufklärungsprojekte, die von Lehrkräften in die Schulen eingeladen werden können, um Sexualkundeunterricht zu erteilen bzw. die Sexualerziehung zu unterstützen. In den Bundesländern Hamburg, Berlin und Brandenburg haben die Kultusbehörden Handreichungen für den Unterricht zur Thematisierung lesbischer und schwuler Lebensweisen herausgegeben. In Nordrhein-Westfalen setzt sich die Initiative „Schule ohne Homophobie – Schule der Vielfalt“ für die Akzeptanz von unterschiedlichen Lebensweisen ein (www.schule-der-vielfalt.de und www.schlau-nrw.de) und stellt Unterrichtsmaterialien zur Verfügung. Die Landesbildstellen stellen Spielfilme und Dokumentationen zur Verfügung. Die EU hat Unterrichtsmaterial „Mit Vielfalt umgehen. Sexuelle Orientierung und Diversity in Erziehung und Beratung“ herausgegeben.

Das Netzwerk SOR-SMC (Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage) setzt sich aktiv gegen jede Form von Diskriminierung ein und hat ein Themenheft „Diskriminierung – Sexuelle Orientierung“ herausgegeben.

Der LSVD hat eine Broschüre „Homosexualität in Migrationsfamilien – Handbuch für Multiplikatoren“ herausgegeben.

An vielen Schulen werden zum Thema Antidiskriminierung und Mobbing Projekttage durchgeführt.

Auch der Besuch von Orten der Geschichte und Verfolgung von Homosexuellen, wie z.B. Gedenkstätten in ehemaligen Konzentrationslagern, Schwules Museum in Berlin und Mahnmal für die ermordeten Homosexuellen in Berlin und anderen Städten kann im Unterricht vor- und nachbereitet werden.

Die „Respect gaymes“(www.community-gaymes.de) und der „come-together-cup“ (www.come-together-cup.de) kann eine Möglichkeit sein, Vorur-

10 Drucksache 14/1432 des Landtages von Baden-Württemberg. www.landtag-bw.de

teile in Schülerkreisen mit Migrationshintergrund abzubauen, indem durch sportliche Begegnung und Wettkampf von lesbischen Schülerinnen und schwulen Schülern mit Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ein gemeinsames Kennenlernen und Wertschätzen ermöglicht wird.

3. Perspektiven und bildungspolitische Forderungen

Schule muss ein angst- und diskriminierungsfreier Ort sein. Die Ausführungen im ersten Teil und die dort benannten Studien belegen, dass das Gegenteil der Fall ist. Konzepte und Ansatzpunkte, die im zweiten Teil ausgeführt sind, zeigen, dass das Problem bekannt ist und dass es Bestrebungen gibt, diese untragbare Situation zu verändern. Warum gelingt es dennoch nicht in zufriedenstellendem Maße?

Der Erziehungsauftrag der Schule schließt Sexualerziehung als einen wichtigen und unverzichtbaren Teil der Erziehung mit ein. Schulische Sexualerziehung soll Kindern und Jugendlichen altersgemäß helfen, sich frei zu entwickeln, unterschiedliche Lebensstile kennenzulernen und bei der Entwicklung der eigenen sexuellen Identität hilfreich sein. Für das, was den Schülerinnen und Schülern in der Schule vermittelt wird, stehen die Lehrkräfte in direkter Verantwortung. Daher ist es nicht nur das Naheliegendste, sondern auch das Dringlichste, dass alle Lehrkräfte zur Sexualerziehung befähigt werden. Noch immer wird in Schule und Erziehung selbstverständlich davon ausgegangen, dass alle Jugendlichen heterosexuell sind. Etwas anderes ist nicht vorgesehen und kommt daher auch nicht vor. Weder in den meisten Schulbüchern, noch in den meisten Lehrplänen, geschweige denn im Unterricht. Lesbische, schwule, bi- oder transsexuelle Schülerinnen und Schüler fühlen sich nie mitgemeint und daher ausgeschlossen, da ihre Orientierung oder Identität keine Worte findet. Lehrkräfte fühlen sich oft überfordert oder haben Berührungsängste mit Themen, die in dieser Weise über ihren Lehrstoff hinausgehen. Deshalb müssen Lehrkräfte aller Fächer in der ersten und zweiten Phase ihrer Ausbildung zur Sexualerziehung befähigt werden. Danach müssen Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden. Lehrkräfte sind jedoch auch dann nicht und schon jetzt nicht allein gelassen. Außerschulische Institutionen, wie z. B. Aufklärungsprojekte, Pro Familia oder Gesundheitsämter, können und sollten mehr als bisher unterstützend herangezogen werden. Entsprechende finanzielle und personelle Ausstattung dieser Institutionen ist erforderlich.

Nicht nur die Lehrkräfte, auch die Schulverwaltung und Schulaufsicht stehen in der Verantwortung, wenn es darum geht, Schule als diskriminierungsfreien Ort zu gestalten. Dies kann zwar nicht von oben verordnet werden, aber es können Ausgangspunkte geschaffen werden, die dies weitest-

gehend anregen. Eine entsprechende Aufnahme in den Kriterienkatalog der mittlerweile in fast allen Bundesländern durchgeführten Schulinspektionen würde die Schulen verpflichtend anregen, dieses Thema zu diskutieren. Bei den Schulinspektionen handelt es sich um eine Evaluationsmaßnahme, die die Schulen in ihrer Qualitätsentwicklung unterstützt. Die Schulen erhalten Rückmeldungen zu ihren Stärken und zu ihrem Entwicklungsbedarf. Schulen sollten dementsprechend zukünftig nicht nur in ihrem Schulprogramm die Forderung von Akzeptanz und Toleranz gegenüber explizit allen Minderheiten festschreiben, sondern auch nachweisen, welche Anstrengungen sie in dieser Hinsicht unternehmen.

Aus alldem ergeben sich weitere Forderungen:

Die Beschäftigten in Schulen und Schulverwaltungen müssen gemäß § 12 AGG geschult werden.

In allen Bundesländern müssen die Arbeitsgemeinschaften lesbischer Lehrerinnen und schwuler Lehrer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und anderer Lehrerverbände, die Vertreter der LSBTI-Community oder der Aufklärungsprojekte Verhandlungen mit den jeweiligen Kultusverwaltungen aufnehmen, um Maßnahmen gegen Homophobie und für die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in Unterricht und Schule zu entwickeln.

Durch Anfragen oder Anträge in den Landesparlamenten muss die bildungs- und gesellschaftspolitische Diskussion vorangetrieben werden. So geschehen im Jahre 2007 im Land Baden-Württemberg (s.o.).

Im Land Berlin hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 01.12.2008 im Berliner Abgeordnetenhaus einen „Berliner Aktionsplan gegen Homophobie“ als Antrag eingereicht, der dazu führte, dass die Regierungsfraktionen von SPD und der Linken beabsichtigen, eine Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ zu starten. Ein Schwerpunkt dieser Initiative ist die Stärkung von Bildung und Aufklärung in allen pädagogischen Einrichtungen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) muss Unterrichtsmaterial entwickeln und zur Verfügung stellen, damit z.B. verstärkt im Unterricht der Fächer Sozialkunde, Geschichte und Politische Wissenschaft die Geschichte der Lesben- und Schwulenbewegung als Bürgerrechtsbewegung, Gewalt gegen Lesben und Schwule weltweit als Verletzung von Menschenrechten und die Antidiskriminierungspolitik der EU thematisiert werden können.

Nach Erkenntnissen des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig wird Homosexualität in Sozialkunde- und Politikbüchern etwa seit Mitte der neunziger Jahre – aber nur marginalisiert – behandelt. (FAZ v. 26.05.2007) LSBTI-Themen müssen jedoch

in den Schulbüchern aller Fächer angemessen berücksichtigt werden. Die Schulbuchverlage stehen in der Verantwortung, Lehrmaterial so zu konzipieren, dass es die Lebensrealität widerspiegelt und nicht in traditionellen Darstellungen der Geschlechter- und Rollenbilder verhaftet bleibt
In allen pädagogischen Einrichtungen muss ausreichend zielgruppenspezifisches Informationsmaterial zum Thema sexuelle Vielfalt vorhanden sein und den Jugendlichen in geeigneter Weise niedrigschwellig zur Verfügung gestellt werden.

Auch die Elternarbeit muss intensiviert werden. So informiert beispielhaft die Stadt München mit einem Elternbrief zur Situation von LSBTI-Jugendlichen, gibt Hinweise für Elternberatungsangebote.[11]

Auch Plakataktionen an allen Schulen, wie sie bereits in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen aber auch in der Schweiz durchgeführt wurden, müssen in regelmäßigen Abständen aktualisiert und wiederholt werden, um auf diese Weise Vorurteile abzubauen.

Projekte, wie z.B. respect gaymes und community-gaymes sind weiterhin zu fördern und auszubauen, da auf diese Weise durch persönliches Kennenlernen Vorurteile langfristig abgebaut werden.

Homophoben Äußerungen von z.B. Rap-Sängern und anderen Vertretern gesellschaftlicher Gruppen muss nicht nur von der LSBTI-Community selbst, sondern auch von politisch Verantwortlichen entgegnet werden. Homophobie muss gesamtgesellschaftlich als eine Menschenrechtsverletzung verurteilt werden.

11 www.muenchen.de/Rathaus/dir/gleichgeschlechtl/jugendliche

„Fussball ist alles – auch schwul“: Strategien gegen Homophobie im Fussball

von Christian Deker*

An jedem Spieltag kann man in den deutschen Fußballstadien homophobe Sprechchöre hören – meist werden Gegner und Schiedsrichter als „schwul“ beschimpft. Noch hat es kein Profispieler gewagt, öffentlich zu seiner Homosexualität zu stehen. Lange schienen sich auch die Verantwortlichen dem Problem zu verschließen – nach vielen Diskussionen und Aktionen scheint nun endlich ein Umdenken eingesetzt zu haben.

Ein Fußballstadion irgendwo in Deutschland, es ist Samstag Nachmittag, 15:30 Uhr. Ein bierseliger Mob von Proleten singt sich in Laune, beschimpft den Schiedsrichter als „schwule Sau“ und prügelt sich nach dem Spiel mit den gegnerischen Fans. Zum Glück entspricht dieses Klischee nicht ganz dem Alltag in den Stadien. Die Gewalt ist weiterhin der Ausnahmefall und die Atmosphäre immer mehr von Frauen und Familien geprägt.

Traurig aber: Der wahre Teil dieser Schilderung ist die Homophobie, die es an jedem Spieltag in den deutschen Stadien gibt. „Schwule Sau“ gehört zum Vokabular vieler Fußballfans wie der Torjubel. Auch auf der Haupttribüne hört man immer wieder wüste Beschimpfungen gegnerischer Spieler oder des Schiedsrichters, bei denen oft das Wort „schwul“ fällt.

„Luca Toni et en Homo“

Auch bei internationalen Spielen sind homophobe Vorfälle an der Tagesordnung. Nach Beobachtungen des Netzwerks „Football Against Racism in Europe“ (FARE) stimmte bei der EURO 2008 während der Partie Niederlande gegen Italien die überwältigende Mehrheit des niederländischen Fansektors das Lied „Luca Toni et en Homo“ zur Melodie des White-Stripes-Songs „Seven Nation Army“ an, wenn der italienische Stürmer Luca Toni in Ballbesitz kam.

Bisher hat kein Fußballprofi den Mut aufgebracht, sich öffentlich zu seiner Homosexualität zu bekennen. Das Fußballmagazin „Rund“ veröffentlichte 2006 die Geschichte dreier homosexueller Spieler aus der Ersten und Zweiten Bundesliga, deren Namen ungenannt blieben. „Natürlich fühle ich mich beschissen. Auch meine Frau weiß nichts davon“, wird dort ein

---

* *Christian Deker, 27, ist Mitgründer des offiziellen schwul-lesbischen VfB Stuttgart-Fanclub „Stuttgarter Junxx“ und Sprecher der Queer Football Fanclubs (QFF), dem Netzwerk der schwul-lesbischen Fanclubs.*

Zweitligaprofi zitiert. Der Spieler ist verheiratet, lebt aber schon seit seiner Jugend in einer festen Beziehung mit einem Schulfreund zusammen. „Aber was soll ich machen? Ein Outing wäre mein Tod." Der Erstligaprofi, der ebenfalls eine langjährige homosexuelle Partnerschaft führt, ist es leid, dass ihn eine eingeweihte Freundin zu den Mannschaftsabenden und Weihnachtsfeiern begleitet, um so den Eindruck zu erwecken, „normal" zu sein. „Die Notlügen und die Heimlichtuerei sind unglaublich belastend", zitiert ihn das Rund-Magazin.

Auch die Geschichte von Justin Fashanu ist kein Vorbild, das heutigen Spielern Mut machen könnte. Der englische Profi war der bislang einzige aktive Fußballprofi, der sich 1990 öffentlich zu seiner Homosexualität bekannte. Nach dem Outing wurde er aus der Mannschaft komplimentiert und hielt dem öffentlichen Druck in der Folgezeit nicht mehr stand. Acht Jahre nach seinem Coming-Out und belastenden Vergewaltigungsvorwürfen erhängte er sich. „Schwul und eine Person des öffentlichen Lebens zu sein ist hart", schrieb er in seinem Abschiedsbrief.

„Ich dusche mit dem Arsch zur Wand"

Die Liste der Zitate von Spielern und Trainern, in denen die Vorurteile wie ein eitriger Pickel im Gesicht sitzen, ist lang. Der Feyenoord Rotterdam-Spieler John De Wolf sagte: "Ich würde niemals mit Schwulen duschen." Luciano Moggi, der ehemalige Manager des italienischen Spitzenclubs Juventus Turin, inzwischen vorbestraft wegen Korruption, sagte: „Fußball ist nichts für Schwule. Es gibt keine Schwulen im Fußball. Ich weiß nicht, ob die Spieler was gegen sie haben, aber ich habe auf jeden Fall was gegen sie." Der Torwart Frank Rost wird mit den Worten zitiert: „Außerdem dusche ich mit dem Arsch zur Wand." Bayern-Manager Uli Hoeneß sagte 2004 über den schwulen Fußballprofi: „Schlimm ist nur, wenn er auf ein Doppelzimmer besteht." Und der Teamchef des kroatischen Nationalteams, Otto Baric, stellte 2004 fest: „Homosexualität ist abnormal. Ich werde niemals Homosexuelle in mein Team berufen."

„Sport ist einer der konservativsten Bereiche unserer Gesellschaft", sagt Tatjana Eggeling. „Der Arbeitersport wurde jahrzehntelang nur von Männern und deren Sichtweise dominiert." Die Kulturwissenschaftlerin beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema Homosexualität und Sport. Auch im Frauenfußball haben die Spielerinnen mit Vorurteilen zu kämpfen. Zwar sind die Probleme nicht so gravierend wie im Männerfußball, da die Strukturen nicht ganz so archaisch sind. Es wird aber gar nicht erst über die sexuelle Orientierung der Spielerinnen diskutiert, vielmehr seien alle Fußballerinnen sowieso lesbisch, so das Klischee in Deutschland. Die stereotypen

Vorstellungen (Männer sind stark, Frauen sind schwach) sind auf allen Ebenen des Fußballs zu finden: bei SpielerInnen, TrainerInnen, SchiedsrichterInnen, Vereinen, Organisationen und Fans. Sexistische Diskriminierungen sind ebenso verbreitet wie Homophobie.

Fußball dient vielen Menschen als persönliches Ventil, sie lassen ihrem Frust, ihrem Hass und ihren Vorurteilen freien Lauf. Das Stadion ist für viele der einzige Platz, an dem sie ungestraft Dinge sagen können, die im Alltag unausgesprochen bleiben. Deshalb treten beim Fußball gesellschaftliche Probleme verschärft und ungehemmt auf. Daraus ergibt sich aber auch zugleich die große integrative Kraft des Fußballs: Die Menschen sind beim Fußball viel zugänglicher für Themen, für die sie im Alltag vielleicht überhaupt kein Verständnis aufbringen würden.

Veränderungen beginnen im Kopf

Diskriminierungen haben ihren Ursprung fast immer in Vorurteilen. Die Aufgabe der Gesellschaft ist es, diese Vorurteile abzubauen. Homophobie und Sexismus stehen in der Hierarchie der Diskriminierungen weit hinten, viele Menschen haben gar kein Bewusstsein dafür. Oft sind sich Fans gar nicht im Klaren darüber, dass sie gerade Frauen, Schwule oder Lesben beleidigen. Deshalb ist es wichtig, erst einmal ein Problembewusstsein bei den Menschen zu schaffen. Veränderungsprozesse beginnen immer im Kopf.

Das Bewusstsein für Homophobie muss auf verschiedenen Ebenen entstehen: auf der Funktionärsebene, bei den Vereinen, SpielerInnen und SchiedsrichterInnen, bei den Fans und auch bei den Medien. Alle Gruppen auf die richtige Art und Weise anzusprechen, ist eine komplexe Aufgabe.

Grundsätzlich sind die Thematisierung und der Tabubruch der erste und wichtigste Schritt: Wenn die Leute erst einmal über das Thema Homosexualität reden und sich damit beschäftigt haben, ist schon viel gewonnen. Die Vorurteile lassen sich außerdem im unmittelbaren Gespräch auf Augenhöhe am besten abbauen.

Wichtig sind aber auch klare Statements von Verantwortlichen und Vorbildern, zum Beispiel beliebten Spielern. Außerdem müssen homophobe Verhaltensweisen in der Öffentlichkeit missbilligt oder sogar sanktioniert werden. ManagerInnen und TrainerInnen müssen erkennen, dass ein Profispieler, der seine sexuelle Identität ständig verstecken und verleugnen muss, nicht nur darunter leidet. Er kann auch sein volles Potenzial nicht abrufen; damit versickern die Millionen-Investitionen des Vereins in privaten Problemen des Spielers.

Unter Fußballfans gelten eigene, ungeschrieben Regeln. Viele Stadi-

onbesucher halten von öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Vereine und Verbände wenig. Am Projekt der Fußball-Liga „Zeig dem Rassismus die rote Karte", bei dem alle Stadionbesucher eine rote Karte in die Höhe halten sollen, beteiligt sich in den Fanblöcken kaum jemand. Die Ultra-Gruppierungen, die für die Sprechchöre, die gute Stimmung und die beeindruckenden Choreografien in den Stadien verantwortlich sind, verstehen sich sogar ausdrücklich als Gegenpol zu den Verbänden und Vereinen. Sie stellen sich bewusst gegen die Kommerzialisierung und Lenkung des Fußballs „von oben". Aktionen, die in den Stadien Erfolg haben, müssen deshalb von den Fans selbst kommen.

Gieren nach dem Outing

Die Öffentlichkeit, vor allem die Medien, haben sich in den letzten Jahren dem Thema Homophobie besonders unter einem Aspekt gewidmet: Welcher Spieler ist schwul? Wer outet sich als erster? Dass sich die Boulevard-Medien in ihrer voyeuristischen Gier auf den ersten schwulen Spieler stürzen werden, ist abzusehen. Der Preis, den die Boulevard-Medien für ein Outing durch Dritte bieten, ist hoch. Auch der Preis für ein Coming-Out dürfte deshalb groß sein, der Profi könnte mit dem Ende seiner Karriere dafür bezahlen.

Die Aktivitäten gegen Homophobie in den letzten Jahre haben wegen der unterschiedlichen Ebenen und der komplexen Struktur im Fußball verschiedene Richtungen verfolgt. Auf Seiten der Fans gründeten sich schwul-lesbische Fanclubs, Tanja Walther-Ahrens von der European Gay and Lesbian Sport Federation (EGLSF) führte auf Funktionärsebene viele Gespräche und die vielen schwul-lesbischen Sportvereine und Fußballturniere versuchten, Vorurteile abzubauen.

Mit Regenbogenfahne ins Stadion

Im August 2001 hatten es ein paar schwule Fans im Berliner Olympiastadion satt, sich immer verstecken zu müssen. Sie gründeten den ersten schwul-lesbischen Fanclub. Die Idee dahinter: Wenn die Verantwortlichen das Problem Homophobie beharrlich ignorieren, werden die Fans von der Basis aus aktiv.

Seither hängt nicht nur im Berliner Stadion die Regenbogenfahne, es haben sich eine ganze Reihe anderer schwul-lesbischer Fanclubs gegründet. Auf Berlin folgten Dortmund, Stuttgart und St. Pauli – inzwischen gibt es 15 offizielle schwul-lesbische Fanclubs, davon zwölf in Deutschland, zwei in der Schweiz und einer in Spanien. Die Fans in Barcelona, Basel, Berlin,

Bern, Bielefeld, Dortmund, Hamburg, Kaiserslautern, Karlsruhe, Köln, Leverkusen, Mainz, München, St. Pauli und Stuttgart haben alle das gemeinsame Anliegen, auf die Existenz von Schwulen und Lesben dort hinzuweisen, wo gegnerische Spieler aus den Stehblöcken heraus als „schwul" beschimpft werden: in den Fußballstadien.

Die Mitgliedschaft in den Fanclubs steht allen Menschen offen, egal ob groß oder klein, dick oder dünn, homo oder hetero. Die Fanclubs wollen niemanden ausgrenzen, vor allem nicht sich selbst. Sie verstehen sich als aktiven Teil der Fanszene und als ganz „normale" Fanclubs, die ebenso mit dem Verein feiern oder leiden wie die anderen Fans. Sie treten nicht offensiv im Stadion auf, sondern wollen die Vorurteile durch die Integration in die Kurve abbauen. Die schwul-lesbischen Fanclubs sind offiziell bei den Vereinen anerkannt, durch diesen Status sind die Integration in die Fanszene und der Kontakt zum Verein wesentlich einfacher. Bei Gesprächen und persönlichen Kontakten im Stadion ist es sehr leicht, andere Fans davon zu überzeugen, dass man mit Schwulen und Lesben sehr gut über Fußball sprechen kann. Spätestens beim zweiten Bier fallen die Vorurteile.

Inzwischen haben sich die Fanclubs zu einem länderübergreifenden Netzwerk zusammengeschlossen, den „Queer Football Fanclubs" (QFF). Sie treffen sich zwei Mal im Jahr und pflegen einen intensiven Austausch über Erfahrungen und Projekte. Solche vereins- und länderübergreifenden Netzwerke gehören im Fußball zur Ausnahme.

Die Aktionen im Stadion reichen von Spruchbändern („Fußball ist alles – auch schwul…" in Berlin) über Regenbogen-Doppelhalter (in Dortmund) bis hin zu 10 000 Flyern und Aufklebern und einem Transparent, mit dem die Mannschaft ins Stadion einlief („Schwulenhatz ist fehl am Platz" in St. Pauli). In vielen Stadien besteht ein reger Austausch zwischen den schwul-lesbischen Fanclubs und der restlichen Fanszene, zum Teil gibt es auch gemeinsame Veranstaltungen, wie zuletzt eine in der Fanszene viel beachtete Podiumsdiskussion in Mainz.

Bunte Farben beim Kölner CSD

Leider bleiben auch die negativen Reaktionen nicht aus: Aus der Anonymität des Internets heraus erhalten die Fanclubs immer wieder beschimpfende Einträge in ihren Internet-Gästebüchern, die bis hin zur Morddrohung reichen. Einem Mitglied des schwul-lesbischen Kaiserslautern-Fanclub „Queer Devils" wurde bei einem Stadionfest ins Gesicht gespuckt. Beim UEFA-Cup-Spiel Hertha BSC gegen Galatasaray Istanbul stahl ein türkischer Fan das Regenbogenbanner der „Hertha-Junxx". Im Großen und Ganzen sind die Erfahrungen aber gut, vor allem im direkten Kontakt.

Einer der Höhepunkte der Fanclub-Aktivitäten war die gemeinsame Teilnahme am Christopher Street Day (CSD) in Köln 2008. Beim größten schwul-lesbischen Straßenfest Europas zogen die Fußball-Fans mit einem eigenen Wagen und einer 100-köpfigen Fußtruppe durch die Domstadt. Gemeinsam mit der schwulen Fußballmannschaft „Cream-Team-Cologne" und dem Benefiz-Fußballturnier „Come-Together-Cup" vermittelten sie den vielen hunderttausend Zuschauern am Straßenrand ihre Fußball-Begeisterung. Der Come-Together-Cup ist ein integratives Benefiz-Fußballturnier, das ehrenamtlich organisiert jedes Jahr in Köln, Essen und Berlin stattfindet. Die schwul-lesbische Community lädt alle Gesellschaftsgruppen der jeweiligen Stadt zum gemeinsamen Kicken ein, um Vorurteile abzubauen und den gemeinsamen Spaß am Fußball als verbindendes Element in den Vordergrund zu rücken.

Auch andere Fangruppierungen wie das „Bündnis aktiver Fußball-Fans" (BAFF) oder FARE engagieren sich seit Jahren gegen Homophobie. BAFF arbeitete bereits 2002 einen Katalog gegen Homophobie aus. Noch 2006 sagte BAFF-Sprecher Martin Endemann: „Ganze Kurven verbreiten homophobe Inhalte, wären es rassistische Inhalte, gäbe es einen Riesenaufruhr. Nähme der DFB Homophobie in seinen Strafenkatalog auf, müsste er fast jedes Bundesligastadion dichtmachen und jedes zweite Spiel abbrechen."

Zwar hat der DFB Homophobie bis heute nicht ausdrücklich in den Strafenkatalog aufgenommen, doch zumindest der Umgang mit dem Thema hat sich stark verändert.

Theo Zwanziger: Der Kurs ändert sich

Noch 2006 wollte sich der DFB nicht zur Diskriminierung von Randgruppen im deutschen Fußball äußern. Zwar hatte der neue DFB-Präsident Theo Zwanziger nach seinem Amtsantritt im September 2006 die Themen Rassismus und Gewalt offensiv auf die Agenda gesetzt, doch bei der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung herrschte noch Funkstille. Daran änderte auch eine UEFA-Konferenz zum Thema Rassismus im Februar 2006 zunächst nichts: Erstmals wurde Homophobie zwar offiziell thematisiert, Tanja Walther-Ahrens leitete einen Workshop zum bisher tabuisierten Thema. Der DFB schwieg aber weiter.

Beim bundesweiten Fankongress 2007 in Leipzig dann die Wende: Der DFB setzte zum ersten Mal neben anderen Formen der Diskriminierung auch Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit auf die Agenda. DFB-Präsident Theo Zwanziger zeigte sich gegenüber den Aktivitäten der schwul-lesbischen Fanclubs im persönlichen Gespräch sehr aufgeschlossen – im Anti-Diskriminierungs-Workshop des Kongresses verurteilte er Homophobie ausdrück-

lich. Diese klare Stellungnahme, die der DFB-Präsident in der Folgezeit oft wiederholte, war für viele Fans und Funktionäre das Signal, dass der DFB Homophobie zumindest offiziell zum Problem deklariert hatte.

Um an einer Lösung des nun offiziellen Problems zu arbeiten, initiierte Tanja Walther-Ahrens von der EGLSF die Veranstaltungsreihe „Fußball ist alles…". Mit Aktionsabenden gegen Homophobie im Fußball versucht sie in Kooperation mit den schwul-lesbischen Fanclubs und verschiedenen Bundesliga-Vereinen, Verantwortliche und Medien für das Thema zu sensibilisieren.

Aktionsabende bringen Öffentlichkeit

Der erste Abend fand im Oktober 2007 im Berliner Olympiastadion statt. Trotz der Teilnahme von Helmut Spahn, dem Sicherheitsbeauftragten des DFB und damaligen Vorsitzenden der Task Force von DFB und DFL gegen Gewalt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, war die Resonanz bei den Vereinen gering. Die „Erklärung gegen Diskriminierung im Fußball", die auf dem Aktionsplan von BAFF und FARE basiert und in Vorbereitung des DFB-Fankongresses vom Netzwerk „Frauen im Fußball" (F_in) und der EGLSF überarbeitet wurde, unterzeichnete nicht einmal ein Dutzend Profivereine. Mit der Erklärung verpflichten sich die Unterzeichner, alle Formen von Diskriminierung zu thematisieren, Antidiskriminierungsparagraphen in Stadionordnungen und/oder Vereinssatzungen einzuführen, eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung zu leisten, die Vielfalt des Fußballs zu unterstützen und Diskriminierungen zu dokumentieren.

Der zweite Aktionsabend in Köln brachte die öffentliche Diskussion im Mai 2008 einen Schritt weiter. Zwei Gründe waren dafür ausschlaggebend: Zum einen die Teilnahme von DFB-Präsident Theo Zwanziger, der sich während der Podiumsdiskussion einmal mehr positionierte. „Fußball muss sich gegen jede Art der Diskriminierung stellen. Das ist eine große Verpflichtung", sagte Zwanziger. „Wenn uns das im Fußball gelingt, tun wir etwas Gutes für die Gesellschaft." Weiter sagte der DFB-Präsident: „Wir sind alle unterschiedlich. Unterschiede dürfen jedoch nicht zu einer unterschiedlichen Bewertung und Diskriminierung führen. Die Würde des Menschen ist unantastbar, unabhängig von allen Unterschieden."

Daum sorgte für Aufregung

Zum anderen erhielt der Aktionsabend durch den Trainer des 1. FC Köln, Christoph Daum, eine Steilvorlage. Daum rückte in einem Fernseh-Interview Homosexuelle in die Nähe von Pädophilen: „Da wird es sehr deutlich, wie sehr wir dort aufgefordert sind, gegen jegliche Bestrebungen, die

da gleichgeschlechtlich ausgeprägt ist, vorzugehen", sagte er. „Gerade den uns anvertrauten Jugendlichen müssen wir mit einem so großen Verantwortungsbewusstsein entgegen treten, dass gerade die, die sich um diese Kinder kümmern, dass wir denen einen besonderen Schutz zukommen lassen."

Dieses Statement aus der DSF-Dokumentation „Das große Tabu – Homosexualität und Fußball" sorgte für großen Medienrummel und öffentliche Diskussionen. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Volker Beck sagte: „Die Äußerungen zur Homosexualtität von Christoph Daum sind unerträglich und ich erwarte, dass die Vereinsführung des 1. FC Köln sich hiervon distanziert." In einem klärenden Gespräch mit dem schwul-lesbischen Köln-Fanclub „Andersrum rut-wiess" machte Daum einige Wochen später deutlich, dass er diese Äußerungen so hätte nicht abgeben sollen, sie entsprächen überhaupt nicht seiner Lebenseinstellung. Das Beispiel Daum belegt jedoch eindrücklich, wie sehr die Vorurteile noch immer im Unterbewusstsein der Menschen verankert sind.

Für sein Engagement gegen Intoleranz im Sport, insbesondere Fußball, wurde Theo Zwanziger gemeinsam mit Nationalspieler Philipp Lahm und Tanja Walther-Ahrens mit dem Tolerantia-Preis 2008 ausgezeichnet. Der Preis wird seit 2006 von der Initiativgruppe Schwules Weimarer Dreieck an Persönlichkeiten aus Polen, Frankreich und Deutschland verliehen, die sich für Toleranz eingesetzt haben. Im Rahmen eines öffentlichen Trainings der Nationalmannschaft überreichte MANEO-Leiter Bastian Finke den Preis in Düsseldorf.

Philipp Lahm hatte 2008 dem schwulen Lifestyle-Magazin „Front" in einem Interview gesagt: „Wenn ein Spieler schwul ist, ist er trotzdem mein Mannschaftskollege, und für mich würde sich im Umgang mit ihm nichts ändern." Und weiter: „Ich lebe gerne in einer liberalen, offenen Gesellschaft, in der ein tolerantes Miteinander ohne diskriminierende Vorurteile möglich ist."

Der Versteckspieler bricht sein Schweigen

Auch ein ehemaliger Fußball-Spieler meldete sich 2008 zu Wort: Der ehemalige DDR-Jugendnationspieler Marcus Urban veröffentlichte unter dem Titel „Versteckspieler" seine Biografie. Der Sportjournalist Ronny Blaschke schrieb nach intensiven Gesprächen mit Urban dessen Lebensgeschichte auf. Marcus Urban brach seine Karriere unter anderem deshalb ab, weil er mit seiner Homosexualität im Fußballumfeld nicht zurecht kam. Er will mit dem Buch dazu beitragen, dass das letzte Tabu im Fußball fällt, weitere Spieler seinem Beispiel folgen und Homosexualität auch im vermeintlich „männlichen" Sport als etwas ganz Normales betrachtet wird. Das Echo in der Öffentlichkeit war groß, denn erstmals war es möglich, die Psyche

und die Schwierigkeiten eines schwulen Spielers unverstellt aus der Nähe zu betrachten.

Ein weiteres Signal setzte 2009 der Präsident des VfB Stuttgart, Erwin Staudt. Er übernahm die Schirmherrschaft über den Christopher Street Day 2009 in Stuttgart. Damit positionierte sich nach DFB-Präsident Zwanziger ein weiterer hoher Repräsentant des deutschen Fußballs öffentlich gegen Homophobie. „Wir sind sehr glücklich und auch ein bisschen stolz, dass Erwin Staudt die Schirmherrschaft angenommen hat", kommentierte Mark Friedrich, Vorsitzender des schwul-lesbischen VfB-Fanclubs „Stuttgarter Junxx". „Erwin Staudt repräsentiert unseren Lieblingsverein so, wie wir uns den VfB Stuttgart wünschen: offen, tolerant und integrativ."

Der DFB wird aktiv

Anfang Februar 2009 fand schließlich ein Treffen zwischen dem DFB und den schwul-lesbischen Fanclubs, der EGLSF und dem Come-Together-Cup statt. In konstruktiver Atmosphäre tauschten sich die Beteiligten auf Einladung des DFB einen Tag lang über konkrete Maßnahmen und Projekte des DFB gegen Homophobie im Fußball aus. Dabei erarbeiteten Helmut Spahn, der Sicherheitsbeauftragte des DFB, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DFB-Abteilung Prävention und Sicherheit, Tanja Walther-Ahrens (EGLSF), Christian Deker (QFF) und Andreas Stiene (Come-Together-Cup) zwölf mögliche Maßnahmen und Projekte, von denen der DFB in nächster Zeit möglichst viele umsetzen will.

Der DFB will zum Beispiel Vereins- und VerbandsmitarbeiterInnen dazu anhalten, sich öffentlich gegen Homophobie zu positionieren. Stadionsprecher, Fanbeauftragte und Sicherheitsbeauftragte sollen stärker für das Problem Homophobie sensibilisiert werden. Im täglichen Arbeitsablauf soll das Thema Homophobie in den DFB-Gremien angesprochen werden. Die Schulungsunterlagen für Trainerinnen und Trainer sollen entsprechend ergänzt werden. Außerdem soll die Ausstellung „Gegen die Regeln – Schwule und Lesben im Sport" im DFB-Umfeld gezeigt werden, zum Beispiel beim nächsten DFB-Bundestag.

Fest zugesagt hat der DFB eine Aktion gegen Homophobie im Rahmen eines Länderspiels unter Beteiligung des Fanclubs Nationalmannschaft. Außerdem will der DFB zur FARE-Aktionswoche im Oktober 2009 seine bundesweite Aktion in Zusammenarbeit mit QFF und der EGLSF der Homophobie in den Stadien widmen. Zur Frauen-WM 2011 sind ebenfalls Aktionen angedacht. Wie schon 2008 will der DFB auch 2009 den Wagen der schwul-lesbischen Fanclubs beim Kölner CSD sponsern.

Sollten diese Projekte umgesetzt werden, hat der DFB seinen Worten

tatsächlich auch Taten folgen lassen. Das Engagement des größten Sportverbands der Welt ist als beachtlich einzuschätzen, wenn man bedenkt, dass sich der DFB noch im Jahr 2006 zum Thema Homophobie nicht einmal äußern wollte.

Im Februar 2009 trafen sich schließlich in Barcelona Vertreter der schwul-lesbischen Fanclubs mit Repräsentanten aus anderen europäischen Ländern, um eine europäische Strategie gegen Homophobie zu entwerfen und der UEFA konkrete Projekte vorzuschlagen.

Outing noch in weiter Ferne?

All diese Aktivitäten und Aktionen haben nicht das primäre Ziel, dass sich ein Spieler endlich outet. Die Aktivisten wollen lediglich ein so tolerantes Klima erzeugen, dass in nicht allzu ferner Zukunft ein Outing tatsächlich möglich sein könnte.

Thomas Meggle, Fußball-Profi des FC St. Pauli, zeigte sich 2008 bei einer Podiumsdiskussion des schwul-lesbischen Fanclubs „Queerpass St. Pauli“ optimistisch: „Die Gesellschaft ist bereit für das erste schwule Outing eines Bundesliga-Profis. Auch wenn ein Spieler schwul ist, ist er in erster Linie mein Mannschaftskollege, und ich würde ihn nach seiner Leistung auf dem Feld und seiner Persönlichkeit beurteilen, nicht nach seiner sexuellen Orientierung.“

DFB-Präsident Zwanziger sagte im Interview mit dem DSF über das Outing eines Profis: „Wenn mein Zeitplan es hergibt, und ich würde es wahrscheinlich möglich machen, dann würde ich ihn sofort bei mir empfangen, um zu verdeutlichen, wir sind Freunde!“

„Schwule Hamburger als Hassgegner“

In Zukunft bleibt trotz der positiven Entwicklungen noch viel zu tun. Die mit dem DFB vereinbarten Projekte müssen umgesetzt, die Aufklärungsarbeit in den Stadien weiter vorangetrieben werden. Noch viel mehr Verantwortliche und Spieler müssen sich öffentlich gegen Homophobie stellen. Gerade auch bei Vereinen, in denen Homophobie vermehrt zutage tritt und von der Fanszene noch kaum diskutiert wird.

Beim Spiel Hansa Rostock gegen St. Pauli im September 2008 kam es beispielsweise neben massiven Ausschreitungen auch zu rassistischen und homophoben Gesängen der Rostocker Fans. Der Wechselgesang „Wir haben einen Hassgegner – das sind die schwulen Hamburger“ wird offenbar in Rostock bei jedem Spiel von mehreren Tribünen angestimmt. Beim Spiel gegen St. Pauli war weder vom Stadionsprecher eine Ansage gekommen,

noch hatte der Schiedsrichter einen entsprechenden Sonderbericht verfasst. Beides ist nach den Vorgaben des DFB eigentlich vorgeschrieben. Der DFB stellte die Ermittlungen hinsichtlich der homophoben Gesänge mit der Begründung ein, man habe nachträglich nicht mehr nachvollziehen können, aus welchem Block die Gesänge kamen. Homophobie von heute auf morgen zu beseitigen, ist unrealistisch. Letztlich ist auch die ganze Gesellschaft gefragt, deren Probleme im Fußball verschärft zutage treten. Aber solch krasse Fälle wie der in Rostock zeigen die Notwendigkeit der Anti-Diskriminierungs-Arbeit in den kommenden Jahren sehr deutlich.

Dass auch bei Funktionären auf europäischer und internationaler Ebene noch immer viel Nachholbedarf besteht, zeigt der Fußball-Weltverband. Die FIFA untersagt ausdrücklich, dass sich Männer auf dem Platz küssen. „Die Begründung der Fifa ist absurd", sagte Franco Grillini, Abgeordneter des italienischen Parlaments für das linke Ulivo-Bündnis und Präsident der Schwulenvereinigung Arcigay. „Man wolle damit verhindern, dass Geschlechtskrankheiten übertragen werden. Jeder weiß aber, dass man die nicht vom Küssen bekommt."

„Faktor zur Förderung von Integration und Toleranz"

UEFA-Präsident Michel Platini hat immerhin vor kurzem bei einer Rede vor dem Europäischen Parlament hervorgehoben, dass Homophobie im Fußball nicht toleriert werden dürfe. Platini sagte, dass der Fußball ein bedeutender Faktor zur Förderung von Integration und Toleranz in einem pessimistischen Europa sei. „Ich bin der Ansicht, dass der Fußball in sozialen Fragen eine Pionierrolle übernehmen muss und sogar zu Fortschritten auf dem Weg hin zur Lösung schwieriger politischer Probleme beitragen kann", sagte er. „Der Fußball überschreitet Grenzen, überwindet Hemmnisse, der Fußball baut Vorurteile ab und bekämpft resolut Diskriminierungen überall dort, wo sie bekämpft werden müssen. Rassismus, Ausgrenzung, Sexismus und Homophobie können nicht toleriert werden."

In anderen europäischen Ländern sind die Erfahrungen unterschiedlich. In der Schweiz verschließt sich der Fußball-Verband dem Problem seit Jahren. In Frankreich gibt es dagegen nach einem Treffen mit dem Verband erste Erfolge und konkrete Vereinbarungen. In Italien tun sich die Aktivisten sehr schwer, da das Klima im Fußball noch sehr homophob geprägt ist. Anfang des Jahres 2009 trafen sich Trainer und Funktionäre des norwegischen Topclubs Rosenborg Trondheim erstmals mit einer Abordnung des norwegischen Schwulen- und Lesbenverbandes. Die Anti-Diskriminierungs-Arbeit in England ist schon sehr weit voran geschritten, es gibt zum Beispiel Geldstrafen und Stadionverbote für homophobe Gesänge. Seit 2001 ist in der

Satzung der FA ausdrücklich verankert, dass der Verband gegen Diskriminierung wegen sexueller Orientierung vorgeht.

Heute haben immerhin 31 Proficlubs und Fußballverbände die "Erklärung gegen Diskriminierung" unterzeichnet. Am 5. Juni 2009 findet in Stuttgart der dritte Aktionsabend gegen Homophobie statt. Dann soll den Vereinen Strategien aufgezeigt werden, was im Bereich der Prävention gegen Homophobie möglich ist. Es werden hoffentlich mehr Vereine teilnehmen als 2007 in Berlin.

Mehr Informationen:
www.queerfootballfanclubs.com
www.eglsf.info

MANEO

17. Mai
MANEO

Internationaler Tag gegen Homophobie

Alle Informationen rund um den Internationalen Tag gegen Homophobie jetzt im neuen MANEO-Faltblatt und unter **www.tag-gegen-homophobie.de**

Dr. med. Christian Messer

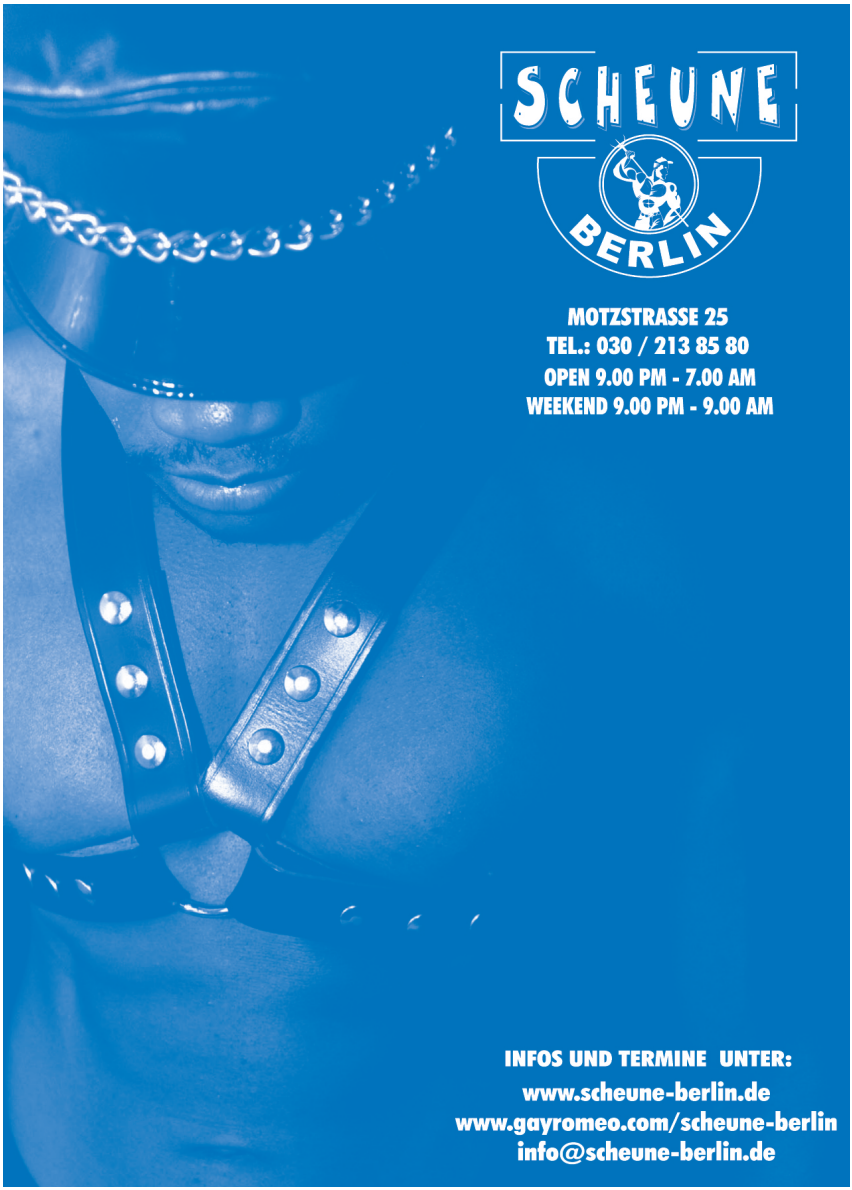
Facharzt für Psychosomatische
Medizin und Psychotherapie

Gesundheitszentrum
Bergmannstr. 5
Haus 5 / Ebene 5
10961 Berlin (Kreuzberg)
Tel.: 030 - 70 50 95 09
www.praxis-messer.de

Seit 30 Jahren setzen sich die schwulen Lehrer in der GEW BERLIN ein für gesellschaftliche Akzeptanz von LGBT-Lebensweisen in Schule und Gesellschaft gegen Diskriminierung von LGBT-Lehrkräften am Arbeitsplatz für Schaffung eines Schulklimas, in dem LGBT-SchülerInnen sich angstfrei outen können für Rahmenlehrpläne, Medien und Schulbücher, in denen LGBT-Lebensweisen selbstverständlicher Bestandteil sind.

Seit 30 Jahren treffen wir uns alle 14 Tage. Komm auch du vorbei! Schau auf unsere Homepage

www.schwulelehrer.de


SCHEUNE
BERLIN
MOTZSTRASSE 25
TEL.: 030 / 213 85 80
OPEN 9.00 PM - 7.00 AM
WEEKEND 9.00 PM - 9.00 AM
INFOS UND TERMINE UNTER:
www.scheune-berlin.de
www.gayromeo.com/scheune-berlin
info@scheune-berlin.de

Eine Auswahl der zwischen 2006 und 2009 im Rahmen der öffentlichen Talkrunde MANEO-Soirée behandelten Themen ist nun in dem vorliegenden 140-seitigen MANEO-Lesewerk dokumentiert. In den von MANEO ausgerichteten Talkrunden haben zahlreiche Fachpersonen und Akteure Ursachen und Folgen von Homophobie und Gewalt sowie Ansätze und Strategien zur Überwindung diskutiert. Zwölf Autorinnen und Autoren haben für MANEO die geführten Diskussionen nachgezeichnet, Positionen herausgearbeitet, nachgefragt und einen vertiefenden Blick in die Materie vorgenommen.

Mit Beiträgen von:
Martin Reichert, Dr. Christian Messer, Pieke Biermann, Andreas Marschner, Robert Kastl, Jan Feddersen, Andreas Prezel, Bernard Könnecke, Detlef Mücke, Guido Mayus, Ulf Höpfner, Christian Deker.

MANEO PRÄVENTION